



21. Oktober 1924

JULIUS KALISKI · WELTSOZIALISMUS

IN dem Rhythmus geschichtlichen Werdens bildet sich neben den großen Imperien, deren feste Umrisse seit langem sichtbar sind, auch das europäische Festland als die 5. dieser Welteinheiten aus. Regierungen, Parteien, Zeitungen und mit ihnen die großen Leserschichten in Deutschland glauben allerdings dort, wo übernationales Werden sich vollzieht, Zufallsgebilde zu sehen: weil sie selber nur nach Zufällen des Tages ihre Stellung nehmen und nicht von dem Willen geleitet werden an dem Neubau Europas im Sinn seiner Einfügung in das Ganze des Planeten, als Teil dieses Ganzen, mitzuwirken. Vor ihren stumpfen Augen geht die Organisierung der schaffenden Menschheit in großen Wirtschaftskomplexen vor sich, aber sie nehmen daran keinen Anteil. Das, was ihnen hier jahrzehntelang als die entscheidende Welttendenz vorgeführt wurde, bleibt ihnen innerlich fremd, und von den großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Tatsachen, die die einzelnen Etappen der Durchsetzung dieser Tendenz kennzeichnen, nehmen sie nur als von Konstellationen Notiz, die sich irgendwie ergeben haben, und von denen man vielleicht einen kleinen Tagesvorteil erhaschen könnte.

Wer in der Tagespolitik die Linien der Weltentwicklung sucht und erkennt, dem haben die letzten Völkerbundsverhandlungen in Genf, die das kommende organische Europa zeigten, erneut jene Weltgestaltung ins Bewußtsein gebracht, die in dieser Zeitschrift seit jeher dem menschlichen Erkennen als unaufhaltsamer Prozeß, dem menschlichen Wollen als unaufschiebbare Aufgabe vorgeführt wurde. In 5 Wirtschaftskomplexen gliedert sich unsere Erde. Das Britische Weltreich, durch die Weltmeere verbunden, wird zu dem Produktionsorganismus werden, dem vor mehr als 2 Jahrzehnten Chamberlain, der damals noch den alten Freihandelsdoktrinen erlag, zum Leben verhelfen wollte. Die Vereinigten Staaten von Amerika erweitern sich zu einem Panamerika. Unter der Führung Japans entsteht das Ostasiatische Imperium, vorläufig unter Widerstand Chinas, das später sein Hauptgebiet und seine Hauptstärke werden wird. Das Russische Imperium, durch kurz-sichtige deutsche Kriegspolitik, die sich selbst dadurch zur Katastrophe brachte, zerstückelt, durch englisches Gegenwartsinteresse, das darum den Bolschewismus fördert, in langer Ohnmacht gehalten, wird sich wieder zusammenschließen und nach Überwindung der bolschewistischen Sterilität die gewaltigen Kräfte seines Volkes, die ungeheuren Besitztümer seines Bodens

aufschließen. Gemessen an den inneren Kräften dieser 4 großen Imperien erscheint Europa bescheiden. Es ist ein Nichts, wenn das europäische Festland, in zusammenhanglose Gebietsstücke geteilt, als Fremdkörper in der sonst organisierten Welt verharrte.

So stark erscheint die Unmöglichkeit, daß ein solcher Zustand andauern könnte, daß selbst der Weltfriedenskongreß des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften, der in der 1. Oktoberwoche in Berlin tagte, über seine sonst vorwiegend negative und nur abwehrende Tendenz hinaus sich mit der Gestaltung eines einigen Europas zu befassen genötigt sah. Der vom reinsten Streben erfüllte, geistig feinfühlende österreichische Diplomat Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der in den letzten Jahren von der Notwendigkeit Europa zur übernationalen Einheit gestalten zu helfen ergriffen wurde und sich mit Temperament und Energie in den Dienst dieser Idee stellte, unternahm es in seiner sympathischen und altgehegte Gefühle schonenden Art dem Friedenskongreß diesen Gedanken näherzubringen. Nicht von allen, zu denen er sprach, und die seine Reden der Öffentlichkeit zu übermitteln berufen waren, ist dem europäischen Problem die Vorurteilslosigkeit entgegengebracht worden, die man hat, wenn man guten Willens ist. Man wünschte dort vielfach keine Vertiefung des Problems durch eine Diskussion, in der auch Zusammenhänge besprochen werden mußten, die den Formalpazifisten in ihrer vom Liberalismus übernommenen traditionellen anglophilen Orientierung unerwünscht erscheinen. Unter dem Zwang einer ihm, und gerade nur ihm, erheblich verkürzten Redezeit hat Genosse Felix Stössinger die notwendigsten Einwendungen und Ergänzungen zu den Erörterungen auf dem Friedenskongreß selbst gemacht. Da die Tagespresse in ihrem, der erwähnten Tradition günstigen Instinkt seine Ausführungen unterschlagen hat, so seien sie hier in Kürze wiedergegeben:

»Nach der gewaltigen Beredsamkeit des Herrn Professors Basch wird es mir schwer sein Ihre volle Aufmerksamkeit zu gewinnen, besonders nachdem er 20 Minuten gesprochen hat, ich aber in 5 Minuten Sie zum Gegenteil dessen überzeugen soll, was er Ihnen gesagt hat. Freilich will ich Sie nicht veranlassen heute schon zu einer Überzeugung oder gar zu einer Resolution zu kommen. Denn gerade der Fehler der bisherigen Debatten war es ja zu glauben, daß die Politik des kontinentalpolitischen Pazifismus eine Tätigkeit in Sektionen oder eine Entscheidung auf Kongressen erforderte. Gerade wir, die wir die Kontinentalpolitik der Sozialistischen Monatshefte vertreten, besaßen an Herrn Coudenhove einen Mitkämpfer, den wir zu dem Erfolg beglückwünschten, daß er den Pazifistenkongreß gezwungen hat das Problem Pan-europa zu behandeln und damit, nachdem in den bisherigen Debatten die internationalen und antimilitaristischen Fragen besprochen wurden, sich dem Realpazifismus zuzuwenden. Tatsächlich will die Kontinentalpolitik der Sozialistischen Monatshefte nicht gegen den Völkerbund gerichtet sein sondern im Rahmen des Bestehenden seine Verwirklichung und Erfüllung. Aber während Coudenhove die Frage mehr politisch und formal ansieht, sieht sie die Kontinentalpolitik wirtschaftlich und produktionstechnisch. Sie sagt nicht, was Europa utopisch soll, sondern was es muß, wenn es weiter bestehen will. Sie weiß, daß Europa in der gegenwärtigen Form nicht lebensfähig ist, von keinem Völkerbund, wenn es vor dem Zusammenbruch steht, gerettet werden kann, und daß, wie das 19. Jahrhundert die Vereinigung der Kleinstaaten zu Großmächten, das 20. Jahrhundert die Vereinigung der Großmächte zu Wirtschaftsimperien bringen wird. Diese Politik ist nicht formal sondern geographisch-wirtschaftlich orientiert. Und da sie nicht nur die Frage kennt, was im nächsten Jahr geschehen soll, sondern die viel wichtigere stellt, wie die Welt 1950 aussehen soll, liegt ihr jede Animosität gegen irgendein Volk oder irgendeinen Staat fern. Herr von Gerlach wirft den Kontinentalpolitikern vor antienglisch zu sein. Etwas Wahres ist an dieser Behauptung. Denn so wie wir die Feinde des *alten* Europas und Feinde der *alten* Welt sind, so sind wir auch Feinde des *alten* Englands, das seit Jahrhunderten den Gleichgewichtszustand Europas mit dem Blut

der Völker des Kontinents begossen hat, und ihn nicht anders erhalten konnte. Wir sind Feinde des alten Englands, das nicht leben zu können glaubt, wenn sich die Völker Europas voll und frei entwickeln. Aber wir sind sicher, daß ein neues England kommen wird, und daß schon heute aus seinen wirklich sozialistischen Köpfen uns Bundesgenossen entstehen werden. MacDonald gegen uns in Schutz zu nehmen ist überflüssig. Wir sagen nichts gegen ihn, nur etwas gegen die Politik des alten Englands, die fortzusetzen er in der gegenwärtigen Weltlage gezwungen ist. Aber seine Person, die in Deutschland doch erst durch seine Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften bekannt geworden ist, braucht wirklich nicht vor dem, woran er geistig mitgearbeitet hat, geschützt zu werden. Der Pazifismus muß sich mit der Kontinentalpolitik auseinandersetzen. Er wird sie verstehen lernen, und dann wird er für diese Ideen sein. Denn das Ergebnis ihrer Durchsetzung wäre der Friede.«

Vor Stössinger schon hatte der Franzose Verneuil, von der Universität Straßburg, von der Kontinentalpolitik der Sozialistischen Monatshefte gesprochen, deren Kenntnis er offenbar als Gemeingut aller voraussetzte, die sich ernsthaft mit Politik befassen. Darin irrte er freilich. Er berücksichtigte offenbar nicht das gespaltene Bewußtsein der Menschen, vornehmlich der in der Öffentlichkeit agierenden, denen die Dinge plötzlich und immer wieder ganz unbekannt sind, über die sie selber schon so viel geredet und geschrieben haben. Daß die offiziellen bürgerlichen Pazifisten, die durch Beschlüsse und formale Verpflichtungen den Weltfrieden sichern zu können glauben, jener organischen Gestaltung der Welt nur ein begrenztes Verständnis entgegenbringen können, erscheint begreiflich. Von Sozialisten sollte man freilich etwas ganz anderes erwarten. Und doch werden im Vorwärts vom 11. Oktober 1924, in einem Artikel Staatenbund Alleuropa, die Darlegungen Coudenhoves so behandelt, als ob da eine Sache neu aufgekommen sei, die man irgendwie abzuschätzen und wohlwollend beiseite zu legen habe. Freilich ahnt der Autor, daß sich diese Ideen mit den »Forderungen der Sozialisten« irgendwie »berühren«. Aber wo sucht er diese Berührung? Er schreibt: »Während des Krieges hat auch Karl Kautsky diese Frage erörtert. Kautsky hat davor gewarnt diese Idee, die eine vollständige Umwandlung der bisher herrschenden Staatensysteme verlange, mit der Idee eines europäischen oder gar nur mitteleuropäischen Zollvereins zu verknüpfen, der nur die Verlängerung des Kapitalismus zu fördern geeignet sei.«

Ein freihändlerisches Europa mit England an der Spitze (das ist es nämlich, was die Sozialisten alter Schule unter einem geeinigten Europa verstehen): in dieser formaldemokratisch-manchesterlichen Konzeption soll also die Berührung mit dem Sozialismus liegen. Jenseits dessen weiß man dort nichts von der Durchforschung und Durcharbeitung aller Probleme der Kontinentalpolitik. Diese entziehen sich der Erkenntnis selbst sozialdemokratischer Politiker, wengleich alles, was in allen Ländern außer Deutschland an der Leitung der Politik mittelbar oder unmittelbar mitwirkt, selbstverständlich die Gesamtheit der mit der Kontinentalpolitik zusammenhängenden Tatsachen und Probleme kennt und beherrscht. Ist aber nicht eigentlich die Zeit gekommen, um wenigstens für die führenden Schichten der politischen Parteien Deutschlands die Mängel auszugleichen, die man ausschließlich als Folge des alten Regimes hinzustellen beliebt? Darf es in der Sozialdemokratie unbekannt bleiben, daß die kontinentaleuropäische Politik, wie sie von den Sozialistischen Monatsheften seit einer langen Reihe von Jahren vertreten wird, auf die organische Neugestaltung der Erde nach Produktionsgeboten hinarbeitet? Mindestens seit den ersten Kriegsjahren muß der offiziellen Partei diese Auffassung und Durchdringung des kontinentaleuropäischen Problems bekannt sein. Hat sie sie sich aber zu eigen gemacht? Bei Gelegenheit der

ersten Veranstaltung parteitagähnlichen Charakters seit Ausbruch des Weltkriegs, der sozialdemokratischen Reichskonferenz im September 1916, hatte in den Sozialistischen Monatsheften der Herausgeber Joseph Bloch verlangt, daß die sozialdemokratische Politik auf folgendes hinarbeiten müßte: »Nach außen: auf die spätere Bildung eines kontinentaleuropäischen *Wirtschafts-imperiums*, das uns vor britischen Eingriffen sichert, uns ferner durch Kolonisation uns zugänglicher Gebiete, in erster Linie eigenen Kolonialbesitz, die wichtigsten tropischen und subtropischen Rohstoffe verschafft und somit die Selbstversorgung, freilich nicht absolut, aber doch in einem Maß ermöglicht, daß wir in den eigentlichen Lebensnotwendigkeiten unabhängig werden. Um die Interessen der europäischen Kontinentalstaaten zu diesem Zweck vereinigen zu können und erneute angelsächsische Trennungsversuche unwirksam zu machen, wäre durch eine Orientierung nach dem Osten (die bei dem Fehlen unausgleichbarer Interessengegensätze zwischen den Zentralmächten und der Türkei auf der einen, Rußland und Japan auf der andern Seite sehr wohl möglich wäre) einer dauernden Bindung unserer Kräfte auf dem Kontinent vorzubeugen.«

Dieser *außenpolitischen* Forderung ließ er dann die Forderungen einer sozialistischen *Innen- und Wirtschaftspolitik* folgen, die ganz und gar aus der Produktionsidee erwachsen, so ihren unlöslichen Zusammenhang feststellend. Dies ist der Punkt, wo sich die europäische Idee mit den Forderungen der Sozialisten »berührt«. Diese Imperien (man lege endlich die philisterhafte Scheu vor dem Wort Imperialismus ab, das nichts mit Bindungen der Vergangenheit, alles mit Tendenzen der Zukunft zu tun hat) umfassen national differenzierte Staaten, die sich wirtschaftlich integrieren, so alle nationalen Schaffenskräfte im Zusammenwirken aufs höchste steigern. Es ist also sehr naiv empfunden, wenn ehrliche Pazifisten befürchteten, man wolle aus dem Vereinigten Europa England "ausschließen", oder wenn vorgeschlagen wird, man solle doch England und Rußland "fragen", ob sie zu Europa gehören wollen oder nicht. Die Einordnung einzelner Länder und Gebiete in Wirtschaftskomplexe geht nicht nach Frage und Antwort vor sich. Sie folgt immanenten Gesetzen der Produktionsentwicklung, deren Durchsetzung verhindern zu wollen sich schwer an denen rächt, die solches versuchen.

Wahre Friedensgesinnung, die das Zukunftsbild Jesajas, daß die Schwerter zu Pflugscharen umgewandelt werden, so schnell wie möglich auf dieser Erde verwirklichen will, ist schön und das einzig Menschliche, muß also jedem Sozialisten eignen. Aber selbst das strengste internationale Verbot Kriege zu führen bleibt negative Politik. Nur die Ausschaltung der Kriegsursachen ist positive Leistung. Der imperiale Aufbau der Welt schafft durch die Gruppierung der 5 Wirtschaftskomplexe, von denen die 3 geographisch zusammenhängenden (Ostasien, Rußland, Europa) ebenso natürliche engere innere Beziehungen zu einander haben wie die beiden angelsächsischen (England, Amerika), ein wahrhaftes Weltgleichgewicht. Dieses Weltgleichgewicht hat nichts mehr von dem europäischen Gleichgewicht der Vergangenheit. Die unselige Balance of power-Doktrin ist die Quelle einer langen Reihe aufeinanderfolgender Kriege gewesen, geführt zur Stabilierung und dann Aufrechterhaltung der Position Englands als »Despot des Weltmarkts«, um mit Marx zu reden. Sie war die leitende Idee des alten Englands, das sich seine durch eigene Volkskraft und die Gunst der Lage einmal errungene Stellung als Besitzzermacht durch die Niederhaltung der Kräfte anderer Länder bewahren wollte. Mit dieser Politik, die die Entzweiung der europäischen Völker, die stetige Spannung auf dem Kontinent zur Voraussetzung hat, wird es zu Ende sein, wenn der Kontinent, sein eigenes Wesen erken-

nend, seinen Zusammenschluß vollzogen hat. Das neue England wird nach den Gesetzen leben, die auch für die anderen Länder der Erde gelten. Es wird seine eigenen Produktivkräfte neu entfalten. Und darum ist die europäische Kontinentalpolitik, wie wir sie wollen, im tiefsten Sinn auch pro-englisch, wie sie eben promenschlich ist. Dieser Weg des neuen Englands wird um so rascher zurückgelegt werden, je schneller die Entwicklung des europäischen Festlands zu einem Wirtschaftskomplex vor sich geht. Die schlimme Schuld der Gefährdung des Weltfriedens fällt also denen zu, die da glauben trennen zu müssen, was zusammengehört. Aber die Pazifisten aller Länder fürchten sich vor dem europäischen Zusammenschluß. Denn sie wissen, daß dieser nur erfolgen kann, wenn sich vorerst Deutschland und Frankreich mit einander verständigen. Und auf diese Verständigung verzichten sie, um nicht den Unwillen des alten Englands heraufzubeschwören.

Die Neugestaltung der Welt durch die Bildung der großen Wirtschaftseinheiten ist in Wahrheit der Weltsozialismus. Denn er macht dem Zustand der Welt ein Ende, in dem eine Reihe von Völkern durch andere oder ein anderes ausgebeutet werden. Freilich, auch manchem braven Sozialdemokraten, der immerzu von Ausbeutung und Klassenkampf spricht, ist es unbekannt, daß diese Kategorien nicht nur für die einzelnen Menschen sondern auch für die ganzen Nationen gelten. Sie mögen sich von Marx belehren lassen, der schon vor 75 Jahren in seiner Rede in der Demokratischen Gesellschaft in Brüssel über die Freihändler also spottete:

»Wenn die Freihändler nicht begreifen können, wie ein Land sich auf Kosten des andern bereichern kann, so brauchen wir uns darüber nicht zu wundern, da die selben Herren noch weniger begreifen wollen, wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten der andern bereichern kann.«

Mit der Möglichkeit der Ausbeutung des einen Volkes durch das andere fällt auch der Anreiz dazu sie zu versuchen. Dann haben wir jenen Weltfriedenszustand, den die Pazifisten in ihren Resolutionen erstreben. Dann aber haben wir vor allem, in dem Zusammen der Kräfteentfaltung in den Wirtschaftsimperien, den Weltsozialismus, der den Weg zur Gemeinschaftsarbeit innerhalb jedes Landes, zu dem, was man bisher allein unter Sozialismus verstanden hat, freimacht.

MAX SCHIPPEL · DEUTSCHLAND VOR DER WIEDERGEWINNUNG SEINER HANDELSPOLITISCHEN SELBSTÄNDIGKEIT

URSPRÜNGLICH, nach der Veröffentlichung der 14 Punkte Wilsons, war für die handelspolitische Neugruppierung der Mächte manches ganz anders gedacht als wir es heute, unter zuweilen recht bedenklichen Reibungen und Stößen sich tatsächlich vollziehen und vorbereiten sehen. Sogar eine stärkere ausgleichende Rolle des Völkerbunds und des Internationalen Gerichtshofs, also eine gewisse Einschränkung der staatlichen Einzelsoveränität, war für das Gebiet der Handelspolitik ins Auge gefaßt. Und zwar sollte nach Überwindung einer überleitenden Zwischenzeit selbst Deutschland, in Verbindung mit seinem Zutritt zum Völkerbund, gleich anderen Völkerbundsmitgliedern der vorgesehenen internationalen handelspolitischen Gleichberechtigung teilhaftig

werden. Es ließe sich am Ende sogar darüber streiten, ob nach den früher gegebenen Zusicherungen Deutschland nicht Rechte und Rücksichten beanspruchen könnte, denen die heutige Stellungnahme Englands und seiner ehemaligen Verbündeten sehr wenig entspricht.

Wilson vertrat, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, in wiederholten Reden und Kundgebungen den Standpunkt, »daß jeder Zolltarif, den eine Nation für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung (for its own economic service) für notwendig hält, sei dieser Tarif nun hoch oder niedrig, auf alle Außenstaaten gleichmäßig anzuwenden sei (should apply equally to all foreign nations), mit anderen Worten, daß es keine ungünstigere Sonderbehandlung für einzelne Staaten geben dürfe (there should be no discriminations against some nations, that did not apply to others)«. Ein Vertrauensmann Wilsons spitzte diese Grundanschauung dahin zu, daß jedes bargaining system, also jedes Feilschen um besondere Leistungen und Gegenleistungen je zwischen 2 besonderen Partnern »den starken Staat gegen den schwächern begünstigt. Es führt zu einem Vorstoß der Staatsgewalt (to the projection of a State's power) über die nationalen Grenzen hinaus, unter Beeinflussung und Beherrschung der Politik anderer Staaten. Es fördert eine Weltbetrachtung, die die normalen Beziehungen des internationalen Handels widernatürlich (perversely) zu Arten der wirtschaftlichen Kriegführung umdeutet.« Bei Wilson konnte man demnach von einer bestimmten Art internationaler wirtschaftlicher Abrüstung als Strebeziel für das Gebiet der Handelspolitik sprechen; nach der unter den heutigen Verhältnissen unantastbaren freien Entscheidung über Zolltarif und Zollgesetz habe jeder Staat die allgemeine bedingungslose Meistbegünstigung gleichmäßig auf den Ring der mit ihm verkehrenden Länder anzuwenden. Oder, wie man oft jenseits des Ozeans, abweichend vom europäischen Sprachgebrauch, mit Vorliebe sagt: als internationale handelspolitische Norm habe alsdann die equality of trade conditions, die equality of treatment zu gelten.

Im 3. der 14 Punkte taucht diese allgemeine, unbedingte und uneingeschränkte Meistbegünstigungspflicht von neuem auf, als »Sicherung einer Gleichheit der Verkehrsvoraussetzungen (establishment of an equality of trade conditions) zwischen allen Nationen, die den Frieden hochhalten und sich zu seiner Sicherung zusammenschließen«. Eine gewisse Unbestimmtheit haftet diesen Worten allerdings bereits, insbesondere in den Übersetzungen, an; aber nach allem, was vorausging, und nach feststehendem amerikanischen Sprachgebrauch kann die equality of trade conditions kaum etwas anderes ausdrücken wollen als die Ablehnung jeder von einem einzelnen Staat ausgehenden Differenzierung zwischen den bei ihm konkurrierenden Auslandsinteressen (neben dem Zoll für die Einfuhrware kommen hier bekanntlich noch die mannigfaltigsten anderen Verkehrs- und Rechtsverhältnisse für die Gleichbehandlung und Meistbegünstigung in Frage).

Nach Artikel 23 des Völkerbundsvertrags versprechen schließlich die Bundesmitglieder, unter e, die nötigen Bestimmungen zu treffen »to secure and maintain equitable treatment for the commerce of all members of the League«. Die deutschen Übersetzungen schwächen dies ab zu der Zusicherung »die gerechte Behandlung des Handels aller Bundesmitglieder zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten«. Der ursprüngliche klare und umfassende Sinn der internationalen Forderung Wilsons droht hier vollends zu einer wenigsgangenden, im Ernstfall wertlosen Redensart zu zerfließen.



UF Deutschland ist der erwähnte Artikel 23 zunächst nicht anwendbar, weil Deutschland noch nicht in den Völkerbund aufgenommen ist, also Mitgliedsrechte nicht in Anspruch nehmen kann. Deutschland wurde, wie man weiß, sogar auf 5 Jahre, bis zum jetzt herannahenden 10. Januar 1925, einseitig nur der Meistbegünstigungspflicht unterstellt (Artikel 264 f), während durch den Wegfall fast aller alten Handelsverträge seit dem Krieg die deutschen Meistbegünstigungsberechtigungen fast ausnahmslos erloschen waren. Es bestand sogar nach Artikel 280 die Möglichkeit die 5 Ausnahmejahre zu verlängern, »mit oder ohne Abänderung für einen weitem Zeitraum«, und zwar auf Grund der Entscheidungen des Völkerbundesrates, die »mindestens 12 Monate vor Ablauf der Frist«, also vor dem letzten 10. Januar hätten fallen müssen.

Welche Grundlage die Alliierten unter dem Einfluß Wilsons für den Zeitraum nach dem Ablauf des handelspolitischen Interregnums noch immer in Aussicht nahmen, geht jedoch am besten aus der folgenden amtlichen Erwiderung auf die deutschen Einwände in Versailles hervor:

»Die Prinzipien, die die Alliierten und Assoziierten Mächte in Anwendung zu bringen gedenken, wenn die Welt zu normalen Verhältnissen zurückkehrt, sind jene, die Präsident Wilson in seinen Reden wiederholt hervorgehoben hat, und die in Artikel 23 e des Völkerbundesvertrages niedergelegt sind . . . Wenn nach der notwendigen Übergangszeit ein neugestaltetes Deutschland in den Völkerbund aufgenommen ist, werden die Alliierten und Assoziierten Mächte mit Deutschland zusammenwirken können die gleichmäßige Behandlung des Handels aller Nationen durchzusetzen.«

Es ist bezeichnend, wie hier die etwas verwaschene Formulierung des Artikels 23 des Völkerbundesvertrages inhaltlich der alten Forderung Wilsons ausdrücklich gleichgesetzt wurde, und die damalige Antwort an Deutschland wiederholt in der englischen Übersetzung genau die Amerika und Wilson geläufigen Worte »establishment of an equitable treatment for the commerce of all nations«. In England hat es deshalb an Stimmen nicht gefehlt, die daraus ein unzweifelhaftes Recht Deutschlands auf Meistbegünstigungsbehandlung nach Ablauf der 5 Übergangsjahre herleiteten: unzweifelhaft zum mindesten im Fall der früher oder später vollzogenen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Auf jeden Fall sind wir hier im Lauf der Jahre recht weit von den ersten Richtlinien Wilsons und selbst von der ersten Auffassung der vereinten Urheber des Völkerbundesvertrags abgekommen. Deutschland muß nunmehr durch langwierige Verhandlungen mit den einzelnen Staaten die Anerkennung seines Meistbegünstigungsrechts respektive in jedem Einzelfall die nähere Abgrenzung und Inhaltsbestimmung seines Meistbegünstigungsanspruchs jedem einzelnen Staat erst abringen; und unter den Völkerbundsmitgliedern selber behandelte man sich in den letzten Jahren gleichfalls keineswegs gegenseitig nach dem Vorschlag Wilsons.

Seine allgemeine politische und wirtschaftliche Schwäche steht natürlich Deutschland bei seinen ersten Anläufen zur Wiedergewinnung voller und wirksamer handelspolitischer Selbständigkeit vielfach im Weg. Mit der Verenthaltung der Meistbegünstigung vermag es gerade im Augenblick einigen Staaten gegenüber viel weniger als früher zu drohen, weil es die Kredithilfe oder auch die politische Unterstützung dieser Staaten nicht aufs Spiel setzen und verscherzen kann. Immerhin stehen Deutschland auch einige außerordentliche Mittel zur Verfügung, so in den Beratungen mit Frankreich und England die Behandlung der elsäß-lothringischen Einfuhren.



ÜR Elsaß-Lothringen, das vormals durch Zolleinheit an den deutschen Markt gebunden war, sah der Friedensvertrag zollfreie Einfuhr nach Deutschland vor, gleichfalls (Artikel 268 unter a) bis zum 10. Januar 1925. Die Verweigerung des Fortbestands jeder besondern Verkehrs- und Zollerleichterung nach dieser Seite wäre für Frankreich heute noch ein schwerer Nachteil. Vor allem die Interessen der Textilindustrie und des Weinbaus Frankreichs drängen mindestens zu einer nochmaligen Zwischenlösung, die kaum unüberwindbare Bedenken für Deutschland bietet, das bis 1914 in der vollkommen freien Konkurrenz seines ehemaligen Gebietsteils, nach Überwindung der ersten Beängstigungen unserer Textilindustrie vom Jahr 1871, keinen Nachteil erblickte.

Die französische Textilerzeugung war nach 1871 rasch zur Ausfüllung der Produktionslücke übergegangen, die durch die Gebietsabtretungen entstanden war, und hatte schon lange vor dem Weltkrieg den französischen Bedarf im allgemeinen reichlich gedeckt. Sie spricht, wohl stark übertrieben, heute von einem zu erwartenden Mehrzustrom von etwa 30 % zu ihrem heimischen Absatzmarkt und sieht die elsässische Produktion unter solchen Umständen natürlich lieber nach anderen Märkten abgelenkt. Der elsäß-lothringische Weinbau leidet andererseits unter dem Wettbewerb der viel billigeren südfranzösischen Weine und unterhält rege Verbindungen mit dem deutschen Weinverbrauch und selbst mit der deutschen Weinherstellung, die namentlich mit elsässischen und lothringischen Weißweinen vielfach die Erträge ihrer eigenen renommierten Erzeugnisse streckte. Auch noch in anderen Beziehungen ist Deutschland für Frankreich der umworbene, weil unter Umständen gebende Teil.

Gerade die künftige Richtung des elsässischen Textilabsatzes, soweit sie von den deutschen zollpolitischen Entscheidungen beeinflusst wird, rief jedoch die Befürchtungen Englands, in erster Linie Lancashires, wach. Fällt die elsässische Bedarfsdeckung nach Deutschland hin aus, oder wird doch die elsässische Zufuhr nach Deutschland in Zukunft den gleichen Zöllen wie England unterworfen, so eröffnet sich für Lancashire voraussichtlich ein wichtiges neues Absatzfeld in Deutschland. Snowdens Alarmruf noch zur Zeit der Londoner Konferenz entsprang wesentlich solchen Erwägungen gegenüber dem französischen Entwurf, der lediglich zur vorläufigen Orientierung der deutschen Vertreter bestimmt war:

»Das vorgeschlagene Abkommen geht nicht von Deutschland sondern von Frankreich aus, und ich habe keinen Grund zu glauben, daß Deutschland ihm zustimmen wird, falls nicht etwa versucht werden sollte dies als Preis für die Erlösung von der französischen militärischen Okkupation deutscher Gebiete zu bewirken . . . Dieses überaus geschickte Abkommen beabsichtigt Deutschland zu zwingen [?] aus Elsaß-Lothringen zollfrei Waren nach Deutschland zuzulassen, die in scharfem Wettbewerb mit ähnlichen britischen Erzeugnissen stehen. Die englischen Waren, die nach Deutschland eingeführt werden, wären aber sehr hohen Tarifen unterworfen. Nur diesen unfairen einseitigen Vorteil hatte ich bei meinen Ausführungen im Auge, und er wäre, wenn erreicht, unzweifelhaft unheilvoll für viele britische Interessen.«

Die zweite große Sorge Englands wird durch die Möglichkeit einer endlichen schwerindustriellen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen lothringischen Erzen und deutschen Kohlen bei Gelegenheit der zunächst bloß handelspolitischen Verhandlungen geweckt. Bei solchen Anlässen werden selbst die friedliebendsten englischen Freihändler von handelspolitischer Kampflust befallen. Und so fügte es sich denn, daß ausgerechnet die

erste englische Arbeiterregierung, sonst auf ihre Freihandelsgesinnung nicht wenig stolz, die 26prozentige Reparationseinfuhrabgabe, die mehr als eine bloße Schikane ist, wieder in Kraft setzte, und daß Snowden als Schatzkanzler ziemlich grobes Geschütz auffuhr, um Deutschland an der Seite Englands zu halten und vor allen Frankreich freundlichen Extratouren zu warnen. Blätter und Wortführer der englischen Hochfinanz haben unterdes weiter auf Englands Stärke als Kreditgeber und auf Deutschlands Hilflosigkeit in der Kapitalsbeschaffung hingewiesen. Frankreich (und mittelbar, wegen der möglichen Rückwirkungen auf die Höhe der Reparationsgesamtleistung, damit zugleich Deutschland) erinnert man in ähnlicher Weise an das Damoklesschwert der interalliierten Schulden, so daß das freihändlerische England, gewöhnlich durch seine Zollosigkeit bei Verhandlungen im Nachteil, diesmal mancherlei Trümpfe glaubt ausspielen zu können.

Wird es ihm abermals gelingen Deutschland von Frankreich hinweg und nach England und der englischen Bevormundung hinüberzudrängen? Wird die neue Ära der handelspolitischen Selbständigkeit Deutschlands ernstlich der wirtschaftlichen Annäherung und Versöhnung der beiden großstaatlichen kontinentalen Nachbarn dienen, oder wird sie nur die diplomatische und wirtschaftliche Überlegenheit Englands in erhöhtem Maß offenbaren? Immer die gleiche Frage erhebt sich so bei den verschiedensten internationalen Auseinandersetzungen. Hoffentlich wird sie endlich einmal von Deutschland im europäischen, nicht im englischen Sinn beantwortet.

MAX COHEN · DIE INNENPOLITISCHE FORDERUNG

MEHR als 5 Jahre hat das deutsche Volk gebraucht, um zu der Einsicht zu gelangen, daß die Hoffnung mit Unterstützung Großbritanniens nur ganz geringe oder womöglich gar keine Reparationen zu zahlen trügerisch war. Diese törichte Illusion wäre aber auch heute noch nicht verflogen, wenn nicht die nachdrücklichen Lehren des Ruhrkriegs gewesen wären, der ihm gezeigt hat, daß ohne Umkehr vom bisherigen Weg das Land dem sichern Untergang geweiht war. Diese Umkehr hätte nun freilich ein paar Jahre früher erfolgen können; denn es stand schon lange fest, daß die englische Politik keineswegs darauf gerichtet war den Deutschen das Leben zu erleichtern, sondern daß es sehr egoistische Motive waren, die das Interesse Englands an Reparationszahlungen, die für andere (Frankreich, Belgien) bestimmt waren (seine eigenen hatte es sich ja vorweg genommen, hatte ihm Deutschland prompt und ohne Widerstreben abgeliefert), immer geringer werden ließen. Denn eine wirkliche Erfüllungspolitik (keine von der Art, bei der man nur erfüllen will, ohne etwas zu entbehren: also die Besitzenden ohne Steuern, die Arbeiter ohne Mehrarbeit) ist ohne einen ernsthaften Neuaufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich, und dieser darf nach der Auffassung des alten Englands (ein neues England wird sich später wesentlich anders orientieren können) nur so weit gehen, daß das deutsche Volk wohl als Konsument englischem Absatz dienen, aber nicht als Produzent englischem Absatz gefährlich werden kann. Die Ausführung der Reparationen hat aber eine außergewöhnliche Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Voraussetzung. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß eine auch nur partielle Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung ohne eine starke Hebung

der deutschen Wirtschaftskraft nicht erlangbar ist, während der eigentliche Zweck des Krieges für England doch gerade ihre Niederzwingung und dauernde Niederhaltung war. Man kann daher die latente Gegnerschaft der englischen Wirtschaft, auch gerade der Arbeiter, gegen die Erfüllungspolitik sehr wohl verstehen. Man kann es erst recht begreifen, daß das alte England alles daransetzt Deutschland und Frankreich nicht zu einander kommen, nicht mit einander arbeiten zu lassen; die Stellungnahme des der Arbeiterpartei angehörenden Schatzkanzlers gegen direkte deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen braucht daher nicht zu verwundern. Deutschland wird sich aber, wenn es neuen, schweren Prüfungen entgehen will, durch gar nichts abhalten lassen dürfen den durch die Annahme der Dawesgesetze vorgeschriebenen Weg zu gehen. Es ist nur zu wünschen, daß das Beschreiten dieses Weges den Beginn einer neuen Epoche darstellt, in der Deutschland endlich die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten des neuen Europas begreift und die Rolle, die es selber in diesem Europa spielen kann.

Alles, was bisher in Deutschland geschehen ist, hat gezeigt, daß der Neuaufbau nicht einfach und leicht von statten geht, weil die Kräfte, die ihn bewerkstelligen sollten, sich in Kämpfen gegen einander schweren Schaden zugefügt haben. Das, zuallererst, muß aufhören, wenn Erfüllung und Wiederaufbau nicht bloße Forderungen und Wünsche bleiben sollen. So richtig es ist, daß im normalen Verlauf des politischen Lebens eine kräftige, ja schonungslose Opposition ein fruchtbares Element des parlamentarischen Systems ist, so notwendig und unersetzlich der geistige und wirtschaftliche Kampf für die Weiterentwicklung eines jeden Volkes ist, so liegt die Sache in einer Wieder- oder Neuaufbauperiode, die einem Volk nur an einem Wendepunkt seiner Geschichte beschieden ist, doch wesentlich anders. Auch in gewöhnlichen Zeiten muß der Klassenkampf, wie Millerand als Sozialist vor einem Vierteljahrhundert ausgeführt hat, durch die Klassensolidarität ergänzt werden. Nun gar in Notzeiten, wo die Einschränkung des gegenseitigen Bekämpfens wesentliche Kräfte für den Wiederaufbau frei macht.

Man hat für die Notwendigkeit dieses Zusammenarbeitens das Wort von der Volksgemeinschaft in Umlauf gesetzt. Richtiger müßte man, da die Volksgemeinschaft etwas selbstverständlich Vorhandenes, nicht erst zu Konstituierendes, ist, wohl sagen, daß es heute einer Arbeitsgemeinschaft der bestehenden Gruppen und Parteien bedarf. Wir haben eine solche Arbeitsgemeinschaft bereits während des Krieges unter dem Signum des Burgfriedens gehabt. Aber dieser Burgfriede war nur etwas Negatives und, da er dies blieb, auf die Dauer auch nur des Krieges unhaltbar. Er beschränkte sich auf die Bewilligung der Kriegskredite, während sein wichtigster Inhalt die gemeinsame Tätigkeit für eine aufbauende europäische Politik hätte sein müssen, für die die Kreditbewilligung nur ein Mittel zum Zweck war. Die Sozialistischen Monatshefte waren in all den Kriegsjahren bemüht das bloße sterile und daher schließlich verderbliche Sein des Burgfriedens in das Werden einer produktiven Arbeitsgemeinschaft überzuführen. Sie verlangten daher eine neue, selbständige Außenpolitik, die, mit der Ostorientierung beginnend, zunächst den Zusammenbruch Deutschlands verhüten sollte, und die dann auf eine wirtschaftliche Zusammenfassung des europäischen Kontinents, der politisch nach nationaler Selbstbestimmung zu gliedern wäre, hinarbeiten sollte; wobei jene Orientierung nach dem Osten, das heißt die Verständigung mit dem damals noch intakten Russischen Imperium, auch gleichzeitig das Zu-

standekommen des kontinentaleuropäischen Wirtschaftsimperiums erleichtern, die Entwicklung seiner Produktivkräfte fördern sollte. Damals ist es leider nicht gelungen die Anhänger des Burgfriedens auf der Linken von der Notwendigkeit ihm einen derart lebendigen Inhalt zu geben zu überzeugen, und daher hat das Weiterbestehen dieses leeren Burgfriedens Deutschland im Letzten mehr Schaden zugefügt als es im Anfang Nutzen gebracht hatte. Denn der Krieg, der ohne den Willen zu einer aufbauenden Europapolitik von vornherein verloren war, wurde durch ihn um Jahre verlängert, und der Zusammenbruch war natürlich um so fürchterlicher, je länger er äußerlich hintangehalten worden war. Aber ein Volk von den Kräften und Zukunftsmöglichkeiten wie das deutsche kann nicht ewig unten bleiben. Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, zu der es sich im Versailler Vertrag verpflichtet hat, gibt Deutschland den Antrieb zur Wiederaufrichtung.

Nun muß man klar den Sinn der Wiederaufbauperiode erfassen. Unsinnig wäre die Vorstellung, als ob nach der Unterbrechung durch den Krieg nun alles wieder so gehen könnte wie vor dessen Ausbruch. Nein, die Wiederaufbauperiode ist ein ebenso anormaler Zustand im Positiven wie es der Krieg im Negativen gewesen war. Und daher bedarf sie der Gemeinschaftsarbeit des ganzen Volkes: im Wirtschaftlichen wie im Politischen. Die Ausführung der Dawesgesetze stellen diese Aufgabe ohne weiteres. Ohne eine ernsthafte und erfolgreiche Europapolitik großer politischer Parteien sind diese Gesetze überhaupt nicht auszuführen. Aber das Entscheidende kann erst geschehen, wenn man begreift, daß die Dawesgesetze nicht nur die Bestimmung haben uns in der nächsten Zeit den Zwangsmaßnahmen der Gläubigerstaaten zu entziehen, sondern daß sie auf eine ganz allgemeine, sowohl wirtschaftliche wie politische Zusammenarbeit mit Frankreich hindrängen. Das kann die Stellung Deutschlands auf dem Kontinent grundsätzlich ändern, die 1918 scheinbar preisgegebene Zukunft Deutschlands wieder neu gründen. Will man mit diesem Gedanken Ernst machen, so muß man vor allen Dingen erkennen, daß die Bedürfnisse der parteipolitischen Agitation (die wir als marxistisch geschulte oder geschult sein sollende Sozialisten wirklich nicht äußerlich nehmen sondern als politischen Ausdruck des Klassenkampfes verstehen müssen) jetzt, in dieser Periode, hinter die Notwendigkeit für den Ausbau von Staat und Innenwirtschaft zu sorgen zurückzutreten haben. Ist die Aufbauperiode abgeschlossen, dann tritt wieder die Scheidung der Geister im politischen Kampf ein. Freilich auf einer höhern Stufe der Leiter. Denn ein für allemal: Das, was war, kehrt nicht zurück. Der alte liebgewordene Parteikampf in seiner altgewohnten und altbewährten Art genügt den neuen und strengeren Anforderungen der Zukunft nicht. Er wird anders vor sich gehen, auch zum Teil auf anderm Boden. Doch seine Energie, seine Leidenschaft wird nicht geringer sein. Heute aber brauchen wir in dem Parlament die politische Arbeitsgemeinschaft aller Parteien, die die Vertretungen schaffender Wirtschaftskräfte sind.

In dem größten Land der deutschen Republik, in Preußen, haben wir seit längerer Zeit eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien im Zeichen der Großen Koalition. Wenn Preußen das eigentliche Rückgrat der Republik geworden, wenn einzig hier die Staatsautorität wirklich in hohem Grad wieder hergestellt und die Verwaltung wieder richtig arbeitsfähig gemacht, wenn auch schließlich für jede Einzelperson das Leben wieder erträglich geworden ist, es zum mindesten gegen rohste Willkür und frechen

Überfall, der Mensch gegen menschenunwürdige Beschimpfung mehr geschützt ist als in manchem andern deutschen Land, so ist das jener Koalition zu danken, die eine für das Deutschland der Nachkriegszeit ganz ungewöhnliche Kontinuität aufzuweisen hat, und durch die es dem energischen und klarblickenden sozialdemokratischen Innenminister gelungen ist Preußen vor den Erschütterungen zu bewahren, die wir in Bayern, Sachsen, Thüringen erlebt haben. Natürlich sind die Erfolge einer solchen Koalition für den Staat nicht ohne parteipolitische Opfer jeder Partei und schließlich jeder politischen Persönlichkeit zu erreichen. Aber man muß eben eine Anzahl von Parteigängern auch eine Zeitlang entbehren können, wenn es darauf ankommt die Grundlagen des Staatswesens zu festigen; die aus Unzufriedenheit oder richtiger Unverständnis davonlaufen, finden sich später, wenn das Ergebnis sichtbar wird, wieder ein. Das alles ist in Preußen geschehen. Man ist also mit der Großen Koalition im ganzen nicht schlecht gefahren. Im Reich ist freilich der Versuch mißlungen. Aber eben nur deshalb, weil man auf allen Seiten gerade in der Außenpolitik ausschließlich agitatorisch-demagogisch eingestellt war; weil man nicht daran dachte, was die Außenpolitik für Deutschland bringen soll, sondern welchen Eindruck sie auf die Anhänger dieser oder jener Partei macht. Aus diesem Grund hat man auch viel zu lange mit dem Zustandbringen der Großen Koalition dort gezögert. Und schließlich ist sie unter einem Reichskanzler zustande gekommen, der in seinen Entscheidungen nicht die nötige pupillarische Sicherheit bot, der wohl vieles ganz richtig sah, aber wegen innenpolitischer Bindungen nicht die Konsequenzen zu ziehen wagte. Kein Wunder, wenn diese Koalition zusammenbrach, ehe sie überhaupt zu funktionieren begonnen hatte.

Aber jetzt, nachdem durch den Londoner Pakt eine neue außenpolitische Ära für Deutschland eröffnet wurde, müssen wir den Gedanken politischer Arbeitsgemeinschaft neu aufnehmen. Diese Arbeitsgemeinschaft kann aber im Reich jetzt gar nicht weit genug gefaßt werden, sie darf und muß nur die antiproduktiven Gruppen ausschließen. Die Völkischen sind für eine solche Kräftekonzentration natürlich unmöglich, einfach aus dem Grund, weil sie dem wirklichen Schaffensgedanken zu fern stehen und daher unbedenklich jede Zusammenarbeit sabotieren, ohne nur die Empfindung der Verantwortung zu haben; wie ihnen auch das Gefühl für uneingeengtes Menschentum, für universelle Menschengemeinschaft fehlt. Ebenso muß man auch auf diejenigen verzichten, die sich selbst Kommunisten nennen, in ihrem gegenwärtigen geistigen Zustand aber von kommunistischer Gesinnung ganz weit entfernt sind, und die für die deutsche Wirtschaft schon deswegen ausscheiden, weil sie ihre Weisungen aus Moskau erhalten, Weisungen, die aber gar nicht Deutschland oder die deutsche Arbeiterklasse, auch nicht die immer in der Phraseologie vorgeschobene "Weltrevolution" im Auge haben sondern den Weiterbestand des parasitären bolschewistischen Systems in Rußland, das auswärtiger Bundesgenossen bedarf. Von den Parteien, die sich so selber ausschließen, abgesehen, muß man aber sonst alle zu einer Zweckgemeinschaft zusammenschließen suchen; der Zweck ist eben die Neubelebung der deutschen Produktion. Man darf, wenn man diese ganz konkrete, sowohl dem sachlichen Inhalt wie der Geltungsperiode nach genau umgrenzte Absicht hat, nicht vor den natürlichen Schwierigkeiten einer politischen Neubildung solcher Art zurückschrecken. Man braucht auch nicht, wenn Verhandlungen in einem bestimmten Augenblick

infolge der agitatorischen Residuen bei einzelnen Parteien vorderhand scheitern, nun gleich, wie es der Vorwärts am 10. Oktober tat, diese (Volksgemeinschaft genannte) Arbeitsgemeinschaft als »erledigt« abzutun. Es ist schon manches Tat geworden, was der Vorwärts für erledigt erklärt hat. Die Kölnische Zeitung hat viel eher den richtigen Instinkt, wenn sie sich am 10. Oktober aus Berlin schreiben läßt, das letzte halbe Jahr der innenpolitischen Entwicklung hätte gelehrt, daß das deutsche Volk der Volksgemeinschaft bedürfe, aber noch weit von ihr entfernt sei. Diese Entfernung mag zurzeit sehr groß sein. Aber die Kölnische Zeitung könnte sie verkleinern helfen, wenn sie ihr auf manchen Gebieten so zutreffendes sachliches Urteil auch auf den Sozialismus oder mindestens auf die Sozialdemokratische Partei ausdehnen wollte. Jedenfalls sollte man jetzt, auf der Rechten wie auf der Linken, sich nun endlich darüber klar werden, welche Parteien man für die in der Ausführung der Dawesgesetze sich manifestierende Periode der deutschen Arbeit brauchen wird, mag ein Zusammengehen mit ihnen auch noch so unbequem, ungewohnt und peinlich sein. Die Versuche, die der zurzeit amtierende Reichskanzler in der letzten Woche angestellt hat, um eine neue Regierung zustande zu bringen, zeigen das nachgerade bei den deutschen Regierungskrisen der Nachkriegszeit vertraute Bild des Karussells der Konstellationen. Aus diesem ewigen Zirkel kommt man nur heraus, wenn man aufhört Parteienmehrheiten auszukalkulieren und daran denkt, daß die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahrfünft die politische Konzentration aller Arbeitenden erheischt (die sich dann fest auf den Boden der bestehenden Verfassung stellen und auch dafür sorgen müssen, daß ihre Vertretungen in den einzelnen deutschen Ländern mit der skrupellosen Ausnutzung zufälliger Machtpositionen aufhören und die Landespolitik nach den Erfordernissen des Reichs einrichten).

Sieht man ein, daß es zu solcher Zusammenarbeit doch kommen wird, so tut man gut auch die Parteiagitation jetzt und auch, wenn eine Neuwahl des Reichstags zum Zweck der eindeutigen Feststellung der Kräfteverhältnisse erfolgen sollte, so zu führen, daß jene Kooperation nicht allzusehr erschwert oder verzögert wird. Aber man muß dann auch von vornherein wissen, daß man auf liebe Gewohnheiten des Parteikampfs alter Art verzichten muß, auch auf Gewohnheiten der persönlichen und sozialen Tradition. Auf der Rechten wird man den Herrenstandpunkt, den man vielfach wieder einzunehmen begonnen hat, endgültig preisgeben und statt dessen anerkennen müssen, daß die deutsche Wirtschaft nur dann funktionieren kann, wenn man die Arbeiter als Träger der Produktion achtet. Der kollektive Arbeitsvertrag wird die Norm für das Arbeitsverhältnis abgeben müssen. Auf der Linken, vornehmlich in der politischen Vertretung der Arbeiterklasse, wird man sich mehr als bisher dazu verstehen müssen alle Tätigkeit, auch in der Sozialpolitik, unter dem Gesichtswinkel einer Erhöhung der Produktivität der Gesamtwirtschaft zu werten, Forderungen *danach* zu normieren. Vor allem aber wird es auf keinen Fall geschehen dürfen, daß wieder ein Kampf zwischen Stadt und Land entfesselt wird. In der Frage des Agrarschutzes wird die deutsche Linke endlich mit der Vertretung "reiner Konsumenteninteressen" (die es ja nur für den Kurzsichtigen gibt) aufhören und statt dessen einer Politik energischer Produktionsförderung für die Landwirtschaft zustimmen müssen; sie wird dabei dem notwendigen nationalen Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht länger widerstreben.

die dazu erforderlichen Maßnahmen auch nicht von der augenblicklichen Weltmarktlage abhängig machen dürfen sondern bei allem an die tieferen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion zu denken haben. Immer aufs neue muß betont werden, daß rechtzeitig, in der Gegenwart gebrachte Opfer uns vor sehr viel größeren in naher Zukunft bewahren.

Eines der unsinnigsten Argumente der Linken gegen die Einbeziehung der Rechten in die Regierung ist dieses, daß das Ausland, daß insbesondere Frankreich kein Vertrauen zu einer rechtsgerichteten Regierung habe. Ob eine Regierung, die die Rechte mit umfaßt, rechts- oder andersgerichtet ist, das hängt eben von der politischen Produktivität der Linksparteien ab. Sollten diese sich bei einer Zusammenarbeit so unterlegen fühlen? Wenn das nicht der Fall ist, braucht man sich auch nicht zu fürchten. Aber auch sonst ist diese Rücksicht auf Frankreich (merkwürdig, daß man sie gerade hier nehmen will) ganz verfehlt. Gewiß sähe Frankreich seiner ganzen demokratischen Tendenz gemäß überall in Europa gern eine reine Demokratie am Ruder. Aber es denkt gar nicht daran sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands zu mischen, und das vom Vorwärts veranlaßte Interview Herriots braucht man durchaus nicht so zu deuten wie es der Vorwärts tat. Frankreich kommt es nur darauf an, daß die deutsche Regierung in ihrem eigenen Land arbeitsfähig ist und die Produktivkräfte des Volkes zu heben und zu fördern versteht. Denn das allein liegt, wie im deutschen, so auch im französischen und im gesamteuropäischen Interesse (und dient auch, unbewußt, der Entwicklung zur Demokratie, mögen die beteiligten Parteien auch noch so bewußt antidemokratisch vorgehen wollen). Der Streit um Monarchie oder Republik ist in Deutschland zurzeit ganz müßig, und es lohnt sich nicht ihn auf dem Papier auszufechten. Deutschland ist in absehbarer Zeit als Monarchie unmöglich. Die Republik ist jetzt seine einzige Lebensform. Das wird auch die Rechte nicht ändern können, sie wird vielmehr, durch Mitübernahme der Verantwortung, ebenso manche ihrer Agitationsgewohnheiten ablegen müssen wie es die Sozialdemokratie bereits getan hat. Im übrigen liegen die Dinge doch wirklich nicht so, daß die Linksparteien in den entscheidenden außenpolitischen Dingen eine so glückliche Hand bewiesen haben, daß niemand es besser zu machen vermöchte. Wahr ist doch vielmehr, daß die Linke weder gewußt hat, was sie wollte noch ernstlich ihre Macht gegen die widerstrebenden Gruppen in Deutschland gebraucht hat, um schon vor Jahr und Tag eine Lösung der Reparationsfragen herbeizuführen, was zweifellos nicht nur möglich sondern unter besseren Bedingungen als heute zu erreichen gewesen wäre. Gerade in der Frage, die für die Wiederherstellung Deutschlands und Europas die wichtigste und aktuellste ist: in der deutsch-französischen Verständigung, hat keine der bisherigen Regierungen das Richtige getan. Das aber muß Sinn und Zweck deutscher Außenpolitik sein: alles zu fördern, was diese Verständigung beschleunigen, erweitern und vertiefen kann.

Alles, was der Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs nützt, bewirkt auch den politischen Fortschritt, der ja terminologisch das typische Programm der Linken ist. Der wichtigste Schritt zur Herstellung dauernden Friedens auf dem Kontinent kann jetzt getan werden, wenn bei der Ausführung der Dawesgesetze Deutschland und Frankreich sich zusammenfinden. Nur mit diesem Ausblick darf die neue deutsche Regierung gebildet werden.



JOHANNES TIMM · BAYERN UND DAS REICH

DIE Verfassung des Deutschen Reichs von 1871 brachte in Wirklichkeit nicht die Einigung des deutschen Volkes. Das Werk Bismarcks war sicherlich ein nicht geringer Fortschritt auf dem Weg dahin. Als Geschenk volksbeglückender Fürsten an ihr Volk konnte diese Verfassung indes niemals in dem deutschen Volk jene innere Wärme ausstrahlen, die zur Belebung eines gesunden Nationalgefühls unbedingt notwendig ist. Eine noch so bedeutende politische Organisation eines großen Staates allein macht es noch nicht. Es kommt auf den Inhalt einer Verfassung an. Und gerade da bot die Bismarcksche Reichsverfassung dem Volk wenig an Erweiterung seiner Freiheiten, wenig an Verbesserung seiner sozialen Lage, wenig zur Förderung des Kulturfortschritts im allgemeinen.

Dazu kam, daß das in dem Dreiklassenwahlrecht erstarrte Preußen den überwiegenden Einfluß in der Reichspolitik bekam. Bayern vollzog nur widerstrebend und mit einer gewissen innern Abneigung seinen Beitritt zum Deutschen Reich, der bei dem Einfluß der damaligen bayrischen Patriotenpartei im bayrischen Landtag schließlich nur gegen weitgehende Zugeständnisse erreicht werden konnte. Trotzdem sind aber die bayrischen Sonderbestrebungen seit 1871 nie ganz zur Ruhe gekommen. In der Folge traten sie nur etwas zurück durch das rasche wirtschaftliche und industrielle Emporblühen Deutschlands, an dem Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in Bayern einen großen Anteil hatten. Aber schon während des Weltkriegs, als die Verelendung Deutschlands sich fortgesetzt steigerte, verschärfen sich wieder die Gegensätze zwischen Nord und Süd. In den geheimen Verhandlungen der Ausschüsse des bayrischen Landtags fielen von den Vertretern der bürgerlichen Parteien kräftige Töne über den alles vernichtenden preußischen Zentralismus besonders in den Berliner Kriegsgesellschaften. In den ersten Oktobertagen des Jahres 1918 gab die deutsche Oberste Heeresleitung den Krieg auf. Um diese Zeit geschah in Bayern ein wichtiger Vorgang, der später in den parlamentarischen Debatten des bayrischen Landtags wiederholt eine Rolle spielte. Es schwirrten beim Kriegsende Gerüchte über Bestrebungen, die angeblich in Bayern darauf hinausliefen die Reichseinheit zu lockern oder ganz aufzuheben. Bei einer politischen Aussprache im bayrischen Landtag 1922 kam der demokratische Abgeordnete Hammerschmidt darauf zurück. Er erinnerte daran, daß kurz vor dem Novemberumsturz der Gedanke aufgetaucht wäre Bayern auf eigene Füße zu stellen, und fügte hinzu: »Wenn man das in Abrede stellen wollte, so müßte ich an eine gewisse Resolution, die von mir unterschrieben war, und an deren Schicksal erinnern.«

Die Münchener Post schrieb am 17. November 1922 zu dieser Sache:

»Hammerschmidt kann wohl nur das Ereignis vom 29. Oktober 1918 im Auge gehabt haben, wo die liberale Partei eine Erklärung des bayrischen Landtags einbringen wollte, worin Bayerns Treue zum Reich bekundet werden sollte. Abgeordneter Held weigerte sich dieser Erklärung die Zustimmung zu geben, »da man sich nicht an das Reich binden könne in einem Augenblick, wo man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß es auseinanderfalle.«

Der Abgeordnete Held erklärte darauf im Landtag, diese Behauptung der Münchener Post sei direkt aus den Fingern gesogen und eine Fälschung, wie sie ihm im Leben noch nicht vorgekommen sei; seine Partei habe die Erklärung nicht unterzeichnet, weil sie fürchtete, es könnte der Anschein erweckt werden, daß in Bayern tatsächlich solche Bestrebungen im Gang seien. Dar-

auf nahm die Süddeutsche Demokratische Korrespondenz zu der Sache Stellung, indem sie folgendes ausführte:

»Wir haben an sich keine Veranlassung uns in den Streit zwischen Münchener Post und Abgeordneten Held einzumischen. Aber nachdem sich die Münchener Post auf uns beruft und somit der Vorwurf des Abgeordneten Held auch uns berührt, sehen wir uns zur Steuer der geschichtlichen Wahrheit und zur Wahrung des eigenen Interesses veranlaßt folgendes festzustellen: Die Erklärung, die die liberale Fraktion im Oktober 1918 vorgeschlagen hat, und auf die in der Münchener Post und vom Abgeordneten Held Bezug genommen ist, hatte folgenden Wortlaut: »Angesichts der schweren Zeiten, die dem deutschen Volke bevorstehen, legt die bayrische Volksvertretung Wert darauf Zeugnis abzulegen für die unerschütterliche Einheit des deutschen Volkes und für seine feste Entschlossenheit alles Schwere gemeinsam zu tragen. Die weit verbreitete Erbitterung über manche Erscheinungen des öffentlichen Lebens und der feste Wille den Einfluß Bayerns innerhalb des Reichsganzen zur gebührenden Geltung zu bringen ändert nichts an dem Treueverhältnis, das unlösbar alle deutschen Stämme umschlingt. Alle Gerüchte über Bestrebungen, die angeblich in Bayern darauf hinausgehen die Reichseinheit zu lockern oder ganz aufzuheben, verweist die bayrische Volksvertretung in das Gebiet grundloser, landesverräterischer Erfindungen. Wie das bayrische Volk fest auf den Schutz des Deutschen Reiches vertraut, so kann das Reich in Not und Gefahr zuverlässig auf Bayern und alle seine Stämme rechnen.« Über diese Erklärung der liberalen Fraktion wurde am Dienstag den 29. Oktober 1918 abends nach Schluß der Plenarsitzung im Sitzungssaal der Abgeordnetenkammer zwischen Herren des Zentrums und 4 Herren der liberalen Fraktion verhandelt. Dabei erklärte Abgeordneter Held folgendes: Die liberale Fraktion müsse ihren Antrag, daß die Kammer eine Erklärung über das Verhältnis Bayerns zum Reich abgeben solle, zurückziehen. Man könne sich nicht an das Reich binden in einem Augenblick, wo man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß das Reich auseinanderfalle. Wir würden keinen Waffenstillstand bekommen, das heißt, man werde uns so unmögliche Bedingungen stellen, daß weiter gekämpft werden müsse. Dann würden, da Österreich einen Sonderfrieden machen würde, der die österreichischen Bahnen den Gegnern zur Verfügung stelle, vielleicht binnen 8 Tagen Italiener an der bayrischen Grenze stehen können; die Westfront würde von Süden her aufgerollt werden. Schon erwägen maßgebende Personen, ob die Regierung in München bleiben könne. Wir würden vor die Frage gestellt werden, ob Bayern einen Sonderfrieden schließen solle; wir würden dann fraglos bessere Bedingungen erhalten. Für den Friedensschluß plane man auf seiten der Entente die Bildung eines Pufferstaates von Basel bis nach Belgien, bestehend aus Elsaß, der Pfalz, den linksrheinischen Teilen von Hessen und der Rheinprovinz, Luxemburg usw. Dazu werde man die zeitweilige Verfügung über die Ruhrkohlenbergwerke fordern. Das Hauptziel sei die Schwächung Preußens, Hannover werde wiederhergestellt werden; Oberschlesien mit den Bergwerksdistrikten werde an Polen kommen, ebenso Posen und ein Gebiet um Danzig; Preußen würde also im wesentlichen auf den Stand von 1814 zurückgeführt werden. Bayern dürfe sein Schicksal nicht an das Preußens knüpfen. Es würde sich die Frage ergeben, ob sich nicht die süddeutschen Staaten mit Deutsch Österreich zusammenschließen sollen. Wirtschaftliche Gründe würden dann allerdings bald zu einer Annäherung zwischen diesem süddeutschen-österreichischen Bund und Preußen führen; aber zunächst müsse man fragen, ob man es verantworten könne Bayern in das Geschick Preußens mit hineinziehen zu lassen.«

Die Süddeutsche Demokratische Korrespondenz bemerkt dann noch, daß diese Ausführungen Hells sofort nach Schluß der Besprechung schriftlich festgehalten wurden; die Zeugen des Vorgangs seien noch vorhanden.

Der Abgeordnete Held war damals Vorsitzender der Zentrumsfraktion der bayrischen Abgeordnetenkammer. Im bayrischen Landtag hat er später seinen Ausführungen in der Besprechung mit den liberalen Abgeordneten am 29. Oktober 1918 wiederholt eine andere Auslegung zu geben versucht. Die Teilnehmer an der Besprechung blieben indessen auf dem Sinn der schriftlich niedergelegten Ausführungen bestehen. Jedenfalls wurde damals die Treueerklärung in der bayrischen Abgeordnetenkammer nicht abgegeben.

Nach dem Zusammenbruch im November 1918 trat die rührige bayrische Zentrumspartei als Bayrische Volkspartei auf. Die Zentrumspartei hatte bis dahin die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung. Aber auch die Bayrische Volkspartei ist bisher die stärkste Partei in Bayern geblieben. Wenn sie auch nicht mehr die absolute Mehrheit im Landtag besitzt, so ist sie doch in der Führung der bayrischen Politik jetzt wieder ausschlaggebend; ihre Haltung in der Frage des Verhältnisses Bayerns zum Reich zu verfolgen ist deshalb von besonderer Bedeutung.

DAS erste Parteiprogramm der Bayrischen Volkspartei datiert vom November 1918. Es betonte zwar in allen Punkten den besondern bayrischen Standpunkt, wünscht aber doch in Punkt 7 »einheitliche Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen Staaten nach außen, gemeinsame Abwehr aller Angriffe auf die deutschen Staaten«. Es sollen danach immerhin die Außenpolitik und die Volkswehr für das ganze Reich einheitlich vom Reich aus bestimmt und geleitet werden. Besonders scharfe Angriffe auf das Reich, abgesehen von Einzelaussagen in der Presse der Bayrischen Volkspartei, erfolgten zunächst nicht. Denn zunächst galt es nach dem Zusammenbruch Bayern in seinem eigenen Gefüge zu erhalten. Die inneren Wirren erforderten damals die äußerste Anspannung aller staaterhaltenden Kräfte. In der Regierung fiel zuerst hauptsächlich den Sozialdemokraten diese undankbare Aufgabe zu. Nach der blutigen Niederwerfung des Räteterrors im Frühjahr 1919 wurde auf Betreiben des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann die Regierungsbasis verbreitert. Am 31. Mai 1919 wurde nämlich eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der Sozialdemokratie, der Demokratischen Partei und der Bayrischen Volkspartei gebildet, deren Hauptaufgabe die Schaffung einer bayrischen Verfassung war. Die Verfassungsarbeiten nahmen einen verhältnismäßig glatten Verlauf. Bei den Verfassungsberatungen stellte sich die Bayrische Volkspartei nämlich durchaus auf den Boden der Republik.

Am 4. März 1919 hatte die Fraktion der Bayrischen Volkspartei in Bamberg beschlossen, daß die Landtagsfraktion sich auf den Boden der republikanischen Staatsform stelle, und daß sie die Partei auffordere alsbald einen Beschluß der Landesversammlung der Bayrischen Volkspartei im gleichen Sinn herbeizuführen. Die Landesversammlung der Bayrischen Volkspartei lehnte allerdings den Antrag der Fraktion mit der Motivierung ab, daß sie die Entscheidung über die Staatsform grundsätzlich dem Volk überlasse. Jedoch sprach der Vorsitzende der Fraktion der Bayrischen Volkspartei Held im Verfassungsausschuß zu Bamberg am 25. Juli 1919 noch im Geist der neuen Zeit diese schönen Worte:

»Wir wollen aber daran festhalten, daß wir uns auf demokratischer Grundlage neu aufbauen, und zwar in der republikanischen Staatsform . . . Weiter möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das wirkliche Freiheitsprinzip, und zwar die demokratische Grundlage, unter allen Umständen das Fundament unserer neuen Verfassung sein muß.«

Am 12. August 1919 wurde dann die neue bayrische Verfassung im Landtag zu Bamberg mit 165 gegen 3 Stimmen der damaligen Unabhängigen und bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

Im Hitler-Ludendorff-Prozeß vor dem Münchener Volksgericht wurde festgestellt, daß während des Lüttwitzputsches im März 1920 die Absicht bestand

die Sozialdemokraten aus der bayrischen Regierung zu verdrängen. Auf die bayrischen Vorgänge während jenes Putsches, besonders ihre Rückwirkungen auf die Haltung der Sozialdemokratie in Bayern zur Regierungsbildung, soll hier nicht näher eingegangen werden. Es genügt hier festzustellen, daß seit dem März 1920 die Sozialdemokraten aus der bayrischen Regierung ausgeschieden sind, und daß damals unter der Ministerpräsidentenschaft Kahr eine bürgerliche Regierung gebildet wurde. In der schwersten Zeit, als es galt Land und Volk in Bayern durch einen verzweifelten Versuch vom Abgrund zurückzureißen, gelang es unter energischer Mithilfe der Sozialdemokratie die Anarchie zu überwinden und langsam gesetzmäßige Zustände herzustellen. Kahr konnte im März 1920 ein geordnetes Staatswesen übernehmen.

Die Leidenschaften des bayrischen Volkes wurden damals aber in anderer Weise wachgerufen. Der Schlachtruf lautete: Gegen den bolschewistisch verseuchten Norden! Von der "Ordnungszelle" Bayern aus muß das Deutsche Reich genesen. In Kahr sah man den großen Staatsmann, der diese befreiende Tat vollführen werde. Es kam dann jene Periode, die heute noch andauert, in der die Staatsleitung der verantwortlichen Regierung aus den Händen glitt und von den sich bildenden Kampfverbänden übernommen wurde. Diese bestimmen die Richtung der jeweiligen bayrischen Politik.



ZWEI Gruppen standen sich später schroff gegenüber. Die eine stellte sich ein auf die Wiederherstellung Bayerns als selbständigem Staat mit Rupprecht Wittelsbach als König an der Spitze, die andere, mit Hitler und Ludendorff an der Spitze, wollte die deutsche Frage von Bayern aus im großdeutschen Sinn lösen. Durch diese inneren Kämpfe in Bayern wurde das Verhältnis Bayerns zum Reich natürlich sehr getrübt.

In seinen offiziellen Reden hielt der Ministerpräsident von Kahr zunächst Reichstreue. Bei seinem Regierungsantritt am 16. März 1920 erklärte er im Landtag feierlich, er werde »selbstverständlich entschieden festhalten an der Reichs- und Landesverfassung«. Am 18. März 1920 stellte er an die Spitze seines Regierungsprogramms wiederum »das Bekenntnis treuen Festhaltens an der Reichs- und Landesverfassung«. Und am 23. Juli 1920 wiederholte er im Landtag, daß er »selbstverständlich . . . auf dem Boden der Reichs- und Staatsverfassung« stehe. Im September 1921 trat das Kabinett Kahr zurück. Als republikanischer Beamter, der die neue Verfassung beschworen hatte, kam von Kahr wieder auf seinen frühern einflußreichen Posten als Regierungspräsident von Oberbayern. Am 30. März 1922 hielt er vor Münchener Studenten und Beamten einen Vortrag, worin er seine Hörer aufforderte »an der Wiederherstellung der Monarchie mitzuwirken, damit er bald »Hoch König Rupprecht!« rufen könne«, um dann zu sagen: »Nun Herr, laß Deinen Diener in Frieden fahren!«. In der gleichen Versammlung erklärte er: »Heute muß sich jeder entscheiden, entweder nach rechts oder nach links. Der sogenannte Mittelweg führt in den Sumpf.«

Dagegen brauchen nur seine programmatischen Erklärungen als bayrischer Ministerpräsident gestellt zu werden.

Am 29. März 1920: »Die Regierung muß unbedingt die notwendige Direktion der Mitte im Auge behalten.«

Am 16. Juli 1920: »Die jetzige Regierung betrachtet sich als Regierung des Ausgleichs und der Versöhnung.«

Am 22. Juni 1921: »Der Standpunkt der Regierung ist ein solcher der Mitte.«

Aus diesen nackten Tatsachen geht klar hervor, daß innere Unwahrhaftigkeit schon damals die Maxime des politischen Handelns dieses Staatspräsidenten war. Kein Wunder, daß sich unter der Regierung Kahr die bayrisch separatistischen Strömungen in der leidenschaftlichsten Weise ungezügelt und ungehemmt zum großen Schaden für die Festigung der Reichseinheit auswachsen konnten. Es ist wirklich nicht wenig, was damals auf diesem Gebiet geleistet wurde. Aus der Fülle des Materials zur Illustration nur folgende Beispiele: In München wird nach dem Lüttwitzputsch der Bayrische Ordnungsblock gegründet, der am 30. März 1920 mit seinem ersten Aufruf an die Öffentlichkeit tritt. Es heißt darin:

»Die Reichsregierung schützt Euch nicht. Die Reichsregierung belobigt die Zerstörer der Verfassung. Die Reichsregierung verhandelt mit den Gewerkschaften. Reichswehr und Einwohnerwehr sollen entwaffnet, Spartakisten sollen bewaffnet werden . . . Darum wollen wir hinter unserer bayrischen Regierung stehen.«

Die deutschnationale München-Augsburger Abendzeitung begrüßt am 30. März 1920 die Neugründung des Bayrischen Ordnungsblocks also:

»Wenn es nicht gelingt auch Norddeutschland auf- und zusammenzurufen zum Kampfe gegen den Bolschewismus, dann wollen wir nicht zurückschrecken eine neue Mainlinie zu ziehen.«

In großen Plakaten hetzte dann der Bayrische Ordnungsblock weiter gegen die Reichsregierung. Einer der Aufrufe schloß mit den Worten:

»Der bayrische Süden steht vor einer großen geschichtlichen Aufgabe, wir wollen das Reich säubern von seinen Drängern, Schiebern, Gaunern, Landfremden, politischen Experimentatoren und Narren.«

Die Hetze gegen die Reichsregierung steigerte sich, als die Frage der Auflösung der Einwohnerwehren kam, und sie wurde regelmäßig mit separatistischen Drohungen verbunden. Durch eine solche maßlose Agitation wurden auch andere Kreise mit hineingezogen. Der Christliche Bauernverein, der Bayrische Bauernbund, der Bund der Landwirte und der Zweckverband landwirtschaftlicher Körperschaften verlangten in einem Aufruf, daß die bayrische Regierung der Forderung der Auflösung der Einwohnerwehren mit allen Mitteln entgegentrete. Dann wendet sich die Kundgebung gegen den angeblichen Plan der Reichsregierung einen Reichskommissar nach Bayern zu schicken, der die Aufgabe habe den Ausnahmezustand zu kontrollieren und die Ausweisung der Ausländer zu verhindern. Die Reichsregierung wird mit folgenden Worten vor der Durchführung dieses Planes gewarnt:

»Sollte die Reichsregierung trotzdem vergewaltigen, so fordern wir alle bayrischen Staatsbürger und vor allem die Bauern auf hierauf die notwendige Antwort zu geben. Wir sind willens von den schärfsten politischen Kampfmitteln, wie Anbaustreik, Lieferstreik, Steuerstreik, Gebrauch zu machen.«

Wiewohl noch rechtzeitig von Berlin aus eine amtliche Erklärung veröffentlicht wurde, daß die Meldung, wonach die Reichsregierung einen Staatskommissar nach Bayern schicken wolle, jeder Begründung enbehre, wurde der Aufruf dennoch auch mit seinem letzten Teil von allen Blättern, die den erwähnten Organisationen nahestanden, veröffentlicht, ohne daß von der bayrischen Regierung dagegen Einwendungen erhoben worden wären. Um die gleiche Zeit entwickelte der ehemalige Oberleutnant Karl A. Kuhn als Herausgeber der Würzburger Zeitschrift Marienburg am 19. April 1920 in seinem Organ ein Programm »zur Rettung Deutschlands«. Da heißt es:

»So schmerzlich es für jeden national empfindenden Deutschen ist, es muß einmal ausgesprochen werden, daß wir die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit haben gegen der rettungslos verseuchten Norden einen militärischen und handelspolitischen Schutzwall zu errichten, wenn wir nicht in die Tragödie Preußens hineingerissen werden wollen.«

Kuhn plädiert dann für einen Staatenbund Hessen-Baden-Württemberg-Bayern-Deutsch Österreich, der im Verein mit der Rheinprovinz die süd-deutsche Industrie retten solle:

»Der südwestdeutsche Staatenbund könnte dann Gewehr bei Fuß den sich austobenden Stürmen im Norden des Reiches zusehen, um sich später wieder mit ihm zu vereinigen.«

Der Würzburger Universitätsprofessor Robert Piloty rechnete in einem Aufsatz Reichszertrümmerer in den Regensburger Neuesten Nachrichten vom 23. April 1920 gründlich mit Kuhn ab. Die Kuhnschen Vorschläge, so schließt Piloty, seien ein trauriges Beispiel jenes staatsgefährlichen politischen Diletantismus, an dem wir "gebildeten Deutschen" schwerer leiden als ein anderes Volk der Erde.



U solchen Treibereien, wie sie in jenen Kuhnschen Vorschlägen zutage treten, wäre es in Bayern nie gekommen, wenn die dort führende bürgerliche Partei, die Bayrische Volkspartei, wenigstens fest auf dem politischen Boden stehen geblieben wäre, den sie bei ihrer Mitarbeit im Ministerium Hoffmann unter den Füßen hatte. Damals stand sie noch in engster Fühlung mit dem Reichstagszentrum, damals sahen die Führer der Bayrischen Volkspartei noch ein, daß bestimmte Sonderwünsche im Interesse des Reichsganzen zurückgestellt werden müssen. Damals stellte sie sich auf den Boden der Demokratie und der Republik. Damals erkannte sie klar, daß auf einem andern Weg als diesem weder das Reich noch Bayern aufgebaut werden könnte. Damals half sie die bayrische Verfassung mit aufbauen im Rahmen der Reichsverfassung. Aber gleich nach dem Lüttwitzputsch wurde von der Bayrischen Volkspartei mit kühner Schwenkung ein neuer Kurs eingeschlagen. Ihr führendes Organ, der Bayrische Kurier, brachte bereits am 19. Mai 1920 unter der Überschrift Die historische Aufgabe des kommenden Landtags einen Kampfsartikel gegen das Reich. Es wird da das Verdienst Kahrs gepriesen den Berliner Reichsstellen wieder zum Bewußtsein gebracht zu haben, daß in Bayern der eigenstaatliche Wille nicht untergegangen sei. Die nächsten Jahre seien entscheidend für die innere Gestaltung Deutschlands. Es müsse sich zeigen, ob die Verfassungsgebilde, die in der Not der Stunde entstanden sind, Dauerhaftigkeit besitzen. Der Kurs der Reichsgesetzgebung sei aus dem zentralistischen Fahrwasser in föderalistische Bahnen zu lenken:

»Gelingt es eine starke föderalistische Stoßtruppe im Reichstag zu bilden, so wird dann wohl auch das deutsche Zentrum das Zeichen der Zeit verstehen und die Richtlinien einschlagen, die ihm seiner ganzen Vergangenheit und seinem innern Wesen nach vorgeschrieben sind.«

Der Föderalismus der Bayrischen Volkspartei war aber in Wahrheit nur ein reichsschädlicher Partikularismus. Nun ging diese Partei mit Eifer an die Ausarbeitung eines neuen Programms, das am 18. September 1920 auf dem Landesparteitag in Bamberg beschlossen wurde. Um nur die bedenklichsten Punkte gegen die Reichseinheit herauszugreifen, sei erwähnt, daß unter anderem folgendes gefordert wurde: das Recht der einzelnen Staaten ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen, die Ausführung der Reichsgesetze durch die Staatsbehörden, das Recht der einzelnen Staaten in Angelegenheiten ihrer eigenen, durch die Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit mit auswärtigen Staaten Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu bestellen, die Gliederung der Reichswehr zu Lande in bundesstaatliche Kontingente.

Die bayrische Denkschrift an die Reichsregierung über die Föderalisierung des Reichs bewegt sich ganz im Gedankengang des Parteiprogramms der Bayerischen Volkspartei. Es ist kein Zweifel, daß, wenn die Forderungen dieser Denkschrift Wirklichkeit würden, die Geschlossenheit des Reichs in Trümmer ginge. Die große Deutsche Republik wäre dann nur noch ein wesensloser Schein, unfähig das Reich außenpolitisch kraftvoll zu vertreten. Selbst der Führer der Deutschnationalen im bayrischen Landtag, der Abgeordnete Hilpert, konnte sich der Überzeugung nicht verschließen, daß der Wortlaut des Bamberger Programms der Bayerischen Volkspartei den Weg eröffnet, der zur alten deutschen Vielstaaterei und zum lockern Staatenbund führt, in den letzten Folgerungen, wie sie aus den Punkten 2 und 6 gezogen werden müssen, bis in die Zeit vor 1866, ja bis zum Westfälischen Frieden zurückführe. Darum müsse man, betonte Hilpert, »die Bamberger Programmforderungen ablehnen und jedem Versuch sie innerhalb der bayrischen Regierungskoalition zur Auswirkung kommen zu lassen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten«. Diese Auslassungen Hilperts finden wir in der Münchener Augsburger Abendzeitung vom 6. Oktober 1920. Damals war seine Partei allerdings noch nicht in der Regierungskoalition vertreten. Heute sind die Deutschnationalen in Bayern mit in der Regierung. Inzwischen wird sich Hilpert auch mit dem Bamberger Programm abgefunden haben.

Die Hervorkehrung der bayrischen Sonderwünsche brachte die Bayerische Volkspartei seit 1920 bei jeder, oft der kleinsten Gelegenheit in Konflikte mit der Reichsregierung. Dieser Streit lähmte naturgemäß auch das bayrische Staatsinteresse; die Kampfgruppen konnten sich zügellos gegen das Reich austoben, ohne daran gehindert zu werden. Die Hitlerbewegung, zwar nicht mit separatistischen Zielen, aber doch auch gegen die Weimarer Verfassung gerichtet, wurde geduldet und zuerst sogar indirekt unterstützt. Hauptsächlich auch deshalb, weil sie ihre Hauptstoßkraft gegen den verhaßten "Marxismus" richtete. Erst von dem Augenblick an, wo sie offen auch gegen die katholische Kirche auftrat, wurde sie von der Regierung mehr aufs Korn genommen und von der Bayerischen Volkspartei bekämpft. Da aber war es bereits zu spät. Die Kampfverbände Hitlers waren mittlerweile so erstarkt, daß sie es wagen konnten der bayrischen Regierung offen Bedingungen zu stellen und ihre Durchsetzung mit Drohungen zu versuchen. In dem Unglücksjahr 1923 sah sich die bayrische Staatsregierung 3mal veranlaßt gegen die Hitlerbewegung einen besondern Ausnahmezustand zu verhängen. Zuletzt am 26. September 1923 durch Einsetzung Kahrs als Generalstaatskommissar. Wie dieser "starke Mann" seine Aufgabe löste, und wie er sich besonders um die Austilgung des "Marxismus" in Bayern Verdienste erwerben wollte, ist allgemein bekannt. Der Schrei nach dem Diktator verstummte nach dem Hitlerputsch. Es waren die früheren Verehrer Kahrs, die nun seine schroffsten Gegner wurden. Der Hitlerprozeß selbst enthüllte ein trübes Bild der Bestrebungen das Reich zu zerrütten, obwohl so manche dunklen Vorgänge keineswegs klaggestellt wurden. Der jetzt amtierende bayrische Ministerpräsident prägte damals das Wort, daß Bayern sich zu einer Unordnungszelle entwickelt habe, daß kein anständiger Mensch dort mehr seines Lebens sicher sei. Und der Aufruf der Bayerischen Volkspartei zu den letzten Landtagswahlen stellte fest, daß der Hitlerputsch im Bürgerbräukeller Bayern dem Fluch der Lächerlichkeit im Inland und Ausland preisgegeben hätte.



AN der Hand völlig einwandfreier Tatsachen sollte hier ein objektives Bild über das Verhältnis Bayerns zum Reich gegeben werden. Es lag außerhalb der Absicht dieser Arbeit alle damit in Zusammenhang stehenden Ereignisse zu schildern oder auch nur zu streifen. Das für Bayern ereignisvolle Jahr 1923 allein bietet eine Fülle von Stoff darüber, wie die Zersetzungsbestrebungen sich ausgewirkt, und welche Folgen sie im einzelnen gezeitigt haben. Die offenen und versteckten Verfassungsbrüche, das Versagen der Reichsregierung und anderes mehr, mußten hier ausgeschieden werden. Das sind Kapitel für sich. Es muß aber die Frage aufgeworfen werden: Besteht die Aussicht, daß das Verhältnis Bayerns zum Reich bald besser wird? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Soweit Bayern dabei in Betracht kommt, müßte vorher eine gründliche Umstellung seiner bisherigen Politik erfolgen, die Bayern so weit in den Sumpf geführt hat.

Die Sozialdemokratie hat niemals einer öden Nivellierung in einem zentralistischen Staatengebilde das Wort geredet; sie hat auf ihrem Parteitag in Kassel vor 3 Jahren einstimmig beschlossen:

»Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossenen Ländern ist zur Ordnung ihrer Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren.«

Innerhalb dieses Rahmens ist genügend Raum für das Eigenleben der Länder. Aber damit Deutschland wieder Weltgeltung gewinne, bedarf es einer starken Reichsgewalt. Es steht jetzt am Beginn einer neuen Ära, der des Neuaufbaus seiner Wirtschaft. Dabei ist das Reich auf alle seine Glieder, sicher sind aber auch die Länder auf das Reich angewiesen. Für eine gesunde Entwicklung der gesamtdeutschen Wirtschaftsverhältnisse ist es deshalb unerläßliche Voraussetzung, daß dies in Süd und Nord richtig erfaßt wird.

In richtiger Erkenntnis der naturnotwendigen Zugehörigkeit Bayerns zum Reich erließ die Bayrische Handelskammer in einer Delegiertenkonferenz am 13. Dezember 1922 eine Kundgebung, in der betont wurde:

»Bayern ist in seiner relativen Armut an Bodenschätzen, vor allem an Kohle und Eisen, mehr als jedes andere deutsche Land wirtschaftlich auf andere Produktionsgebiete im Reich angewiesen. Im Interesse der Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Landes erklärt sich deshalb die Delegiertenkonferenz mit Entschiedenheit gegen alle auf Lostrennung Bayerns vom Reich gerichteten Bestrebungen und für ein unverbrüchliches, festes Zusammenhalten aller Gliedstaaten im Sinn und Geist der Reichsverfassung.«

Genau so denken die arbeitenden Klassen in Bayern; sie wünschen endlich aus den Wirkungen der Zerrüttungsbestrebungen herauszukommen; sie sehnen sich nach der endlichen Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustands, unter dem ihre Bestrebungen um Verbesserung ihrer sozialen Lage am meisten behindert werden. Ob, sowohl in Bayern wie im Reich, sich eine kluge Staatspolitik für die wirklichen sozialen, kulturellen und politischen Bedürfnisse der großen Massen des deutschen Volkes durchsetzen wird, oder ob weiter politische Kannegießer und Dilettanten das deutsche Volk durch Sonderbestrebungen durch einander und von einander hetzen, davon hängt die wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung, wie des ganzen deutschen, so im besondern des bayrischen Volkes ab. Hoffen wir, daß es seine Leidensgeschichte in der klaren Erkenntnis abzuschließen sucht, daß ihm kein Rückwärts in vergangene Zeiten, nur ein Vorwärts aus eigener Kraft hilft.



ANNA SIEMSEN · NEUDEUTSCHE KLEINSTAATEREI



ALS wir Kinder waren, haben wir alle das Unglück kennen gelernt nach schönen und sorglos verbummelten Ferien die für 5 Ferienwochen gegebenen Aufgaben in einem einzigen letzten Ferientag nachholen zu müssen. Das Ergebnis war, daß alle Aufgaben schlecht gemacht wurden. Ferienaufgaben gibt es nicht mehr. Aber in der traurigen Lage von uns weiland verbummelten Ferienkindern ist heute Deutschland. Es hat die versäumten Aufgaben eines Jahrhunderts nachzuholen, die sich mit den Gegenwartsaufgaben überkreuzen. Das Ergebnis ist, daß wenig, und das Wenige schlecht getan wird.

Deutschland ist unter der Fassade der Reichseinheit und eines jungen großtönenden, aber nicht großwirkenden Imperialismus in seiner innern Struktur und im geistigen Habitus seiner Einwohner ein Haufe feudal absolutistischer Kleinstaaten geblieben. Und gerade die wirtschaftliche Einheit hat, indem sie wirtschaftliche Entwicklung begünstigte, den Gegensatz zwischen hochkapitalistischer Reife der Wirtschaft einerseits, absolutistisch kleinstaatlicher Verwaltung und kleinstaatlichem Kulturspießbürgertum andererseits aufriß, den heutigen unheilvollen Zustand mit heraufgeführt. In den großen industriellen und Verkehrszentren übersieht man diese Dinge, die statistisch nicht zu fassen sind. Und da diese Zentren auch die Heimat der großen politischen und wirtschaftlichen Presse sind, so entgehen sie überhaupt der Beobachtung. Sie sind aber so wichtig für das Verständnis unserer völlig grotesken Lage, daß einmal davon zu reden ist. Kleinstaatlicher Feudalismus lebt in vielen Ecken und Winkeln Deutschlands in den verschiedensten Formen. Ganz davon frei sind nur die paar Großstädte und was in Rheinland-Westfalen und Sachsen zu reinem Industriegebiet entwickelt ist. Thüringen bietet eine Spielart, die besonders ausgesprochen ist und in der letzten Zeit besondere Blüten getrieben hat. Darum sei es hier als Beispiel vorgeführt.

Dieser "Staatenkomplex", der jedes Schulkind vor dem Krieg in Verzweiflung versetzte, hatte auf dem Umfang einer mäßigen preußischen Provinz und mit der Bevölkerungszahl von $1\frac{1}{2}$ Millionen (Berlin hatte vor den Eingemeindungen mehr als 2 Millionen) 8 Landesherrn, 8 Hofhaltungen und 8 Ministerien mitsamt dem ganzen Apparat der nachgeordneten Aufsichts- und Verwaltungsbeamten. Dabei erreichte kein einziges dieser Vaterländer die Bewohnerzahl einer mittlern Großstadt wie München, Köln oder Dresden. Reuß ältere Linie blieb noch um rund 10 000 Seelen hinter Lichtenberg zurück; aber seine Residenzstadt, sein Hoftheater, seine Hoffestlichkeiten, Lust- und Jagdschlösser usw., vor allem aber seinen Hofstaat, Adel und sein hoffähiges Bürgertum hatte es nichtsdestoweniger. Das heutige Groß Berlin hätte ceteris paribus 20 thüringische Dynastien und Regierungen zu erhalten. Ich spreche hier nicht von den wirtschaftlichen Folgen für ein so kleines und armes Gebiet, wie Thüringen es ist. Diese, die Dürftigkeit fast aller Baulichkeiten, die schlechte Lebenshaltung, die körperliche Verkümmern der Bevölkerung sind jedem von außen Kommenden auffällig. Ich spreche von dem ganz eigentümlichen Bevölkerungstypus, der durch diese Überproduktion kleiner Regierungsbehörden und kleiner Residenzen entstand. Es ist eine Beamtenschaft, die, unter einander hundertfach versippt und ver-

schwägert, die vielen kleinen Ämter mit ihrer geringen Verantwortung und dem ruhigen Hindämmern in überkommener Tradition als ihr Recht und Erbteil ansah. Die eingesessenen Familien, in denen die Ämter und Stellen wechseln, bilden eine Aristokratie, die sich nach ihren näheren oder entfernteren Beziehungen zum Hof gliederte und abstufte, und für die es viel wichtiger war persönliche Beziehungen zu kennen und auszunutzen als Kenntnisse, wohl gar außerhalb Thüringens, zu suchen. Die Landesuniversität beförderte eine solche Absonderung und Inzucht noch. Und ganz unheilvoll wirkte die Einbildung mit dem Goethehaus in Weimar des klassischen Geistes teilhaftig zu sein, sich als Herz Deutschlands fühlen zu dürfen.

Unter einer solchen, friedlich in kleinsten Verhältnissen hinträumenden Beamtenschicht blühte ein Kleinbürgertum von Handwerkern und Kleinkaufleuten, die im Hoflieferantentitel, in der Aussicht auf Verschwägerung oder Aufstieg der Söhne ins Beamtentum und damit in die "Gesellschaft", Entschädigung fanden für die sehr begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten der kleinen Länder. Dies nämlich ist der merkwürdigste Zug in dem kleinen und so sehr zerrissenen Gebiet: daß wohl eine sehr starke Industriearbeiterschaft, aber kein entwickeltes Unternehmertum vorhanden ist. Mit ganz wenigen Ausnahmen herrscht der Typus des kleinen Unternehmers vor; zum Teil in der frühkapitalistischen Form des kleinen Verlegers, der die Aufträge an Heimarbeiter aufgibt. Das ist charakteristisch für das ganze eigentliche Gebirgsland, den "Wald" mit seiner Glas- und Spielwarenindustrie; aber auch in anderen Gegenden, wie bei den Wirkwarenfabriken Apoldas, ist dieses kleinste Unternehmertum vorherrschend. Und wie alle zurückgebliebenen und daher bedrohten Wirtschaftstypen zeigt es besonders bössartige Züge kleinlichsten Scharfmachertums, ohne Weitblick, ohne Kenntnis anderer als kleiner Augenblicksvorteile. Diesem sonderbar rückständigen Gewerbe steht ein ähnlich rückständiges Bauerntum gegenüber, das die gleichen Merkmale geringer Entwicklung, starker wirtschaftlicher und, parallel laufend, politischer und kultureller Rückständigkeit aufweist. Die sehr gedrückten und Generationen hindurch verkümmerten Kleinbauern sind politisch vollkommen schwankend, bald kommunistisch, bald völkisch und dann wieder im Gefolge des Landbundes. Eine wirklich feste bäuerliche Tradition mit dem dickschädeligen Unabhängigkeitsgefühl der freien Bauern, wie wir es aus Nordwestdeutschland kennen, fehlt; der starke Druck der vielen kleinen Behörden, die Steuern, Polizeimaßnahmen, das unmittelbare persönliche Hineinregieren; alles das ließ so etwas nicht aufkommen. So waren die kleinen und kleinsten Fürstenhöfe die Sonnen, um die sich alles drehte; von ihnen flossen Gunst, Gnaden und alle Zukunftsaussichten für die sich drängenden besseren Untertanen. Und das dynastische Gefühl für die Stellen und Ehren spendenden Landesväter verschmolz mit dem Gefühl für das Vaterland, das aber wesentlich doch nur die paar Quadratmeilen heimischen Fürstentums bedeuteten. Das deutsche Ausland erschien insofern feindlich, als von dort her fortgesetzt die Invasion konkurrierender Beamtenanwärter drohte und auch wirklich stattfand. Und da am übermächtigsten Preußens Nähe drohte, so setzte sich dieses persönliche Ohnmachtsgefühl im hoffähigen Bürgertum in einen Scheinliberalismus um, der im einzelnen zu ganz erfreulichen Einrichtungen wie freiheitlichen Schulversuchen (siehe Wyneken) und oppositionellen Professuren führte und im ganzen diesem Bürgertum die Illusion eigener Fortschrittlichkeit schuf.

Der Novemberumsturz stieß in diesem Idyll von Zwergstaaten die Fenster ein, und die frische Luft, die hineindrang, wirkte verheerend.

Schon daß die teilweise oder ganz sozialistische Regierung der Nachrevolution Thüringen zu einer Einheit zusammenschloß, hat weniger die respektiven Landesväter getroffen (sie führen ein unbekümmert sorgenfreies und idyllisches Dasein unter völliger materieller Sicherheit fort), als daß es alle überflüssig werdenden Minister, geheimen Regierungsräte samt ihren präsumtiven Nachfolgern und deren Anhang zu unversöhnlichen Gegnern der neuen Ära machte. Alle, die sich am Glanz des Hofes erfreut oder bereichert hatten, von den die Hoftheater besuchenden Backfischen bis zu den den Hof beliefernden Handwerkern und den Hofratstitel erhoffenden Professoren, schlossen sich ihnen an. In dieser durchaus wirklichkeitsfernen Kleinstadtatmosphäre hatten nun die politischen Hetzen und Verleumdungen einen Nährboden, wie er dankbarer und fruchtbarer nicht zu denken ist. Die krampfhaften Bewegungen einer Arbeiterschaft, die, stark gedrückt, aus jahrhundertlangem Elend erwachsen und in ihrer Zersplitterung schwer zu erfassen und aufzuklären ist, trugen dazu bei im Bürgertum einen blinden Arbeiter- und Sozialistenhaß zu wecken. Unter der sozialistischen Regierung war die gesellschaftliche Ächtung aller des Sozialismus Verdächtigen bereits vollkommen. Und die skrupellose Demagogie bürgerlicher Politiker führte bei der Mehrzahl des Bürgertums zu der ehrlichen Überzeugung, daß jeder Sozialist vogelfrei und dem Strafgesetz verfallen sei. Die Ära der Reichswehrexekution mit ihren zahllosen willkürlichen Verhaftungen hat diese Überzeugungen in einem politisch ungeschulten und rein stimmungsgemäß urteilenden Bürgertum vertieft. Leider hat das übrige Deutschland, das alle diese Tatarennachrichten ungeprüft übernahm, nichts getan, um diese unheilvolle Entwicklung zu hemmen, vielmehr den tobenden Unsinn dieser Hetzjagd unterstützt. So wurde nach den Ordnungsbundwahlen des Februars die Regierung begrüßt als eine, die mit der »sozialistischen Mißwirtschaft« in Thüringen gründlich abzurechnen habe.

Diese Regierung stützt sich auf Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei und Landbund, die in Thüringen keine Wesensunterschiede zeigen. Nur sind sie durch die persönlichen Interessen ihrer Wähler verschiedenartig festgelegt: Volkspartei auf Schutz des Hausbesitzer- und Unternehmertums, Landbund und Deutschnationale auf Grundbesitzerwünsche. Sie sind aber gleichmäßig offen antirepublikanisch und monarchistisch, und das äußert sich bei ihnen wie bei ihren Ministern mit einer rührenden Naivetät; zum Beispiel kommt keinem unter ihnen der Gedanke, daß der Verfassungseid eine Verpflichtung begründe. Gleichmäßig sind sie völkisch infiziert. Und da die Fraktion der Völkischen unter Dinters Führung den Ausschlag im Landtag gibt, so ist die Regierung in ihrem Tun von einer rein völkischen nicht zu unterscheiden. Ein positives Programm besitzt sie so wenig wie die Völkischen; das hat sich vom ersten Tag ihres Daseins an gezeigt. In der wichtigsten deutschen Lebensfrage, der des Dawesgutachtens, war die Regierung Thüringens die einzige, die keine Stellung nahm. Sie konnte sie nicht nehmen, da der vorsitzende Minister, Leutheuser, Volksparteiler und also zum Jasagen verpflichtet, die anderen Mitglieder ebenso parteimäßig ans Neinsagen gebunden waren, und alle in Angst vor dem drohenden Mißtrauensvotum der Völkischen lebten.

Im Innern ist ein solcher Konflikt glücklicherweise nicht zu befürchten. Denn hier besteht die einheitliche Parole alles abzubauen, was die sozialistische Regierung geschaffen hat. Und hier ergibt sich ein groteskes Bild. Die sozialistische Regierung war keineswegs in der Lage irgendwie "sozialistische Politik" zu treiben, wenn man nicht die Berufung einiger Sozialisten in Lehr- und Verwaltungsstellen so nennen will. Sie betrieb im ganzen mit viel gutem Willen eine arbeiterfreundliche und bürgerlich fortschrittliche Kultur- und Verwaltungspolitik. Sie hat im ganzen die Verwaltung vereinheitlicht und vereinfacht, die Finanzen zu sanieren und ihnen durch die Staatsbank einen Rückhalt zu geben versucht, Wohlfahrtseinrichtungen aufgebaut, mit vielem Eifer eine einheitliche Schulgesetzgebung angestrebt und mit Einrichtungen zur Arbeiterbildung begonnen. Alles das hätte jede vernünftige bürgerliche Regierung ähnlich tun müssen. Die jetzige Regierung ist aus Agitationsgründen gezwungen möglichst viel zu "verunjenieren". So wurde gleich in den ersten Tagen die Schulgesetzgebung auf dem Verordnungsweg zerstört und das Schulwesen zerrissen. Das Steuersystem wurde durchlöchert, und damit der glücklich balancierte Haushaltsplan vernichtet. Die kaum geschaffenen leistungsfähigeren Gemeindeverbände wurden durch fortgesetzte Ausgemeindungen in Verwirrung gebracht. Die Staatsbank ist durch das von den Völkischen verlangte skandalös durchgeführte Verfahren gegen ihren Präsidenten Loeb äußerst gefährdet. Und alles das geschieht mit einer Plan-, Sinn- und Ziellosigkeit, daß man zwischen Lachen und Mitleid schwanken würde, wenn die Sache nicht allzu ernsthaft wäre. Am schwerstwiegenderen aber ist wohl das Vorgehen gegen die Beamten, die im Verdacht stehen republikanisch gerichtet zu sein. Ich drücke mich sehr vorsichtig aus, wenn ich sage, daß das Beamtenabbaugesetz restlos und offenkundig zur Beseitigung aller politisch Mißliebigen benutzt wird, daß dadurch eine ungeheure Belastung der Finanzen statt einer Erleichterung eingetreten, daß ein Beispiel von Gesetzesanwendung gegeben ist, das jede Rechtssicherheit und jede Stetigkeit in der Verwaltung aufhebt, und daß die unausbleibliche Folge dieses Verfahrens sein muß, daß jede andersgerichtete, das heißt nicht rein monarchistisch reaktionäre Regierung, um den geschädigten Beamten zu ihrem Recht zu verhelfen, die gleichen Maßnahmen gegen die anwenden wird, die auf Kosten der Gemaßregelten befördert wurden.

Es ist undenkbar, daß irgendeine Regierung, die derartige Maßnahmen ergreift, auf ihrem Platz bliebe, wo ein Bürgertum vorhanden ist, das auch nur die geringste politische Schulung oder das geringste Gefühl für Gesetz und öffentliches Recht hat. Es ist Thüringens Verhängnis, daß die Geschichte dieser Zwergstaaten mit ihrer patriarchalischen und absolutistischen Klüngelwirtschaft beides nicht aufkommen ließ. Und es ist weiter ein Verhängnis, daß die wirtschaftliche Zersplitterung keine großen Interessenssphären sondern nur ein Durcheinander kleinster eigennütziger Bestrebungen schafft. Eine Besserung ist hier nur möglich, wenn das Land sein natürliches Wirtschaftszentrum in Erfurt erhält. Und es ist sehr zu bedauern, daß eine solche notwendige Regelung bisher unterblieben ist. Ob das Land sich überhaupt wirtschaftlich selbständig halten kann, bleibt auch dann zweifelhaft. Und diese Frage ist vielleicht wichtiger als alle politischen Schwankungen in diesem Land der unklaren Stimmungen und der politischen Unerfahrenheit. Jedenfalls wird von ihrer Beantwortung die politische Entwicklung ganz wesentlich abhängen.

Durch die Verschmelzung der 8 Zwergländer, durch die Beseitigung der winzigen Dynastien, ist immerhin schon heute ein so bedeutender Schritt vorwärts geschehen, daß zum Pessimismus kein Grund besteht. Das Land ist damit dauernd und wesentlich entlastet. Einer stärkern wirtschaftlichen Einheit ist der Weg geebnet. Die Vorbedingungen fruchtbarster Arbeit sind objektiv gegeben. Ob sie verstanden werden, das ist jetzt Thüringens Schicksalsfrage. Ihre Beantwortung liegt beim Bürgertum. Thüringens Arbeiterschaft hat sich bisher trotz ihrer sehr leidensvollen Geschichte und trotz der großen Rückständigkeit vieler Industrien durchaus entwickelungsfähig erwiesen und sich der Außenwelt und ihrer Einwirkung offen gezeigt. Ihre Organisationen sind durch die schlimme letzte Vergangenheit zwar geschwächt, aber immer noch völlig arbeitsfähig hindurchgegangen. Diese Arbeiterschaft ist wirklichkeitsoffen und zukunftsmutig. Man kann vom Bürgertum leider bisher nicht das selbe sagen. Und hier liegt die ungeheure Gefahr. Besteht das thüringische Bürgertum darauf die Gegenwart zu verneinen, sich gegen die Außenwelt abzuschließen und sich in einen Kult der Vergangenheit und die liebevolle Pflege kleinstaatlichen Eigennutzes zu vertiefen, so ist sein äußerstes Unglück nicht zu vermeiden. Ich sehe dies weniger in scharfen inneren Konflikten, so sehr diese zu bedauern wären, als in der völligen Verkümmern, zuerst geistig und politisch, dann unvermeidlich auch wirtschaftlich. In dem ohnehin armen und ungleichmäßig entwickelten Land wäre das die Katastrophe. Der Minister Leutheuser, der manchmal von entwaffnender Naivetät ist, hat den ständigen Wahlspruch: »Aber es war doch alles so gut. Warum hat man denn daran geändert?« Das ist die gefährliche thüringische Grundstimmung, Fafners Gähnen: »Laßt mich schlafen!« Aber es sind nicht einmal Besizende, die diese Schlafsucht zeigen, sondern Arme in jeder Beziehung: wirtschaftliche Kleinbürger, kulturell Rückständige und politisch Ahnungslose, die ein Jahrhundert der Entwicklung verschlafen und daraus den Anspruch auf weitere Ruhe ableiten.

Es wird in hohem Maß von der Entwicklung im Reich abhängen, ob sich dieser Anspruch durchsetzt. Gelingt es dort die verfassungstreuen, einem Fortschritt zu gesetzlichen Verhältnissen zustrebenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, gelingt es dort einer republikanischen Konzentration zu politischem Einfluß zu kommen, so wird sich Thüringen diesem Einfluß nicht entziehen können. Und je stärker er sein wird, desto aussichtsvoller für Thüringens wirtschaftliche Entwicklung und geistige Gesundheit. Es hieß ungerechtfertigt pessimistisch sein, wenn man glauben wollte, Dinters Blutinstinkt werde dauernd auf Goethes Grab herrschen.

PAUL BOMMERSHEIM · DÜRFEN



A, manchmal dürfen!

Datum der Geburt.

Schlummertiefe: Ewigen weiße Nacht.

Muttertrinken: Lieben vollen Stoff.

Wasserfließen: Leichten ersten Leib.

Körperschmerzen zehren herab.

Datum der Zucht.

O manchmal dürfen!

Wasserbaden: Laden blaue Sonne.
 Balletreten: Spannen straffe Siege.
 Wäldertage: Schlingen grün Geheimnis.

Pfosten deuten Weg hinab.

Datum der Fron.

O manchmal noch dürfen!

Blutstrom: Schweigen dichten Wäldern.
 Mundbett: Siegen weiche Kraft.
 Blütenstaub: Fallen in schwarzes Gras.

Fesseln hängen herdherab.

Datum der Fron.

O manchmal dürfen!

Glockenfallen: Reißen Freiheit das Tor.
 Stundenlos: Kreisen an steigenden Meeren.
 Leibesnackte: Blonden Wellensonne.

Zugpiff ruft hinab.

Datum der Fron.

Aber manchmal dürfen!

Schauen: Sternen sehr alter Welten.
 Wissen: Begehen machtfester Türme.
 Bilden: Behauen ganz junger Gesteine.

Tagesanbruch klopft hinab.
 Datum der Fron.

Todesdatum.

Einmal dürfen!

Vollbrachte: Blicken über ganz gebaute Stadt.
 Vollbrachte: Blicken herab von der Fahnenstange.
 Vollbrachte: Schauen in fern keimende Stadt.

Und dann das Todesdatum.



META CORSSEN · GEDANKEN ÜBER EIN NEUES BILDUNGSIDEAL



IN den geistigen Erschütterungen und Kämpfen unserer Zeit, in den Bewegungen, die eine neue Schule aufbauen, die für das Volkshochschulwesen tastend und suchend Formen schaffen wollen, drückt sich das Ringen um ein neues Bildungsideal aus, das sich aus dem flutenden Gewirr vielfach entgegengesetzter Strömungen heraus gestalten will. Können wir heute diese werdenden Züge schon erkennen? Eine Übereinstimmung aller derjenigen, die sich um Jugend- und Volksbildung mühen, über das Ziel, das erstrebt werden soll, ist freilich nicht vorhanden; gewisse Grundsätze kehren wohl bei allen wieder, aber ein klares Bild des Menschen, wie er sein soll, wie er gebildet werden soll, steht vielleicht vor einer oder der andern kleinen Gruppe von Bildungspolitikern, aber nicht vor dem allgemeinen Bewußtsein auch nur größerer Kreise. In den verschiedenen Lagern der Schulreform ist etwa der Grundsatz der Arbeitsschule im Gegensatz zur Lernschule eine allgemein anerkannte Forderung. Aber über die Frage, was denn nun erarbeitet werden soll, gehen die Meinungen vollständig auseinander. Soll die Schule für das Leben, für den Beruf erziehen, oder soll sie den Menschen als Ganzes bilden? Und noch weniger geklärt und unter einander in noch stärkerem Gegensatz vielleicht sind die Ideen, die das außerschulmäßige Volksbildungswesen beherrschen. So hat sich vor einiger Zeit, von Leopold von Wiese angeregt, eine Reihe von Persönlichkeiten, die auf den verschiedenen Gebieten der Volksbildungsarbeit, insbesondere in der Volkshochschule tätig sind, über das Wesen und die Ziele dieser Arbeit geäußert.¹ Nirgends aber ist hier ein durchgehender Gedanke zu erkennen, mit Ausnahme des ähnlich wie in der Schule allgemein aufgenommenen Prinzips der Arbeitsgemeinschaft. Alles ist im Werden; ältere und moderne Richtungen, weltanschauungsmäßig festgelegte und neutrale laufen neben einander her.

Blicken wir in die Vergangenheit, so ist das letzte Bildungsideal, das uns in geprägter Form überliefert ist, das des Klassizismus, das Bildungsideal Humboldts, wie es in seiner Schrift über die Grenzen der Wirksamkeit des Staats am schärfsten formuliert wurde: die harmonisch entwickelte, in all ihren Kräften gleichmäßig ausgebildete Individualität, wie man sie in der griechischen Antike verwirklicht wähnte. Man sucht sich jetzt in manchen Punkten, so gerade in der Bewertung antiker Kulturelemente für moderne Bildung, von den vom Humanismus aufgestellten Normen zu emanzipieren, aber mit seinem wesentlichsten Postulat wird, in Ermangelung eines eigenen, noch gearbeitet: "Allseitige Bildung" wird auch heute noch fast überall als Ziel aufgestellt. Und doch haben sich heute alle Voraussetzungen, auf denen die Bildung ruht, geändert. Konnte zur Zeit Goethes noch von einer umfassenden geistigen Kräfteentfaltung die Rede sein, so leben wir in dem Zeitalter der Einseitigkeiten, dessen Heraufkommen Goethe ja schon ankündigte. Die wichtigsten Kräfte des einzelnen sind von der Berufsausbildung und der Berufstätigkeit in Anspruch genommen, und die Entwicklung soll, wie die Bestrebungen der Psychotechnik, der psychologischen Berufsaulese und die Förderung und Erweiterung des Berufsschulwesens zeigen, in dieser Rich-

1) Siehe das *Sammelwerk Soziologie des Volksbildungswesens* /München 1921/.

tung noch weiter gehen. Eine auch nur annähernd gleichmäßige Betätigung auf allen Gebieten des geistigen Lebens scheint heute, da jedes Teilgebiet der Wissenschaft noch wieder in verschiedene Zweige zerfällt, gemeinhin unmöglich. Muß man da nicht auch auf anderen Wegen Bildung erstreben? Können wir das Bildungsideal der Klassiker noch unverändert oder mit einigen kleinen Modifikationen, wie etwa Beiseitelassen einer oder beider alter Sprachen übernehmen? Müssen wir uns nicht vielmehr auf die Grundlagen und den Sinn der "Bildung" besinnen?

Das Objekt jeglicher Bildungsarbeit ist der Mensch, der körperlich, geistig und seelisch entfaltet und geformt werden soll. Und hier müssen wir einen Grundsatz, den die Epoche Kants ans Licht gehoben hat, unbedingt festhalten: Wirklich bildend in diesem Sinn wirken nur die Elemente, die innerlich angeeignet, selbsttätig erworben, erlebt sind. Niemals ist Vermittlung irgendwelchen Stoffs an sich schon Bildung. Dieses formale Prinzip, das Prinzip der Autonomie der Persönlichkeit, die gebildet werden soll, verbindet uns geistig mit der Epoche der Klassiker; es wird heute stärker als je betont, der Gedanke der Arbeitsschule beruht darauf. Ebenso der Gedanke, daß Bildung nicht ein Vorrecht bestimmter Klassen sein soll, sondern nationale Bildung, Bildung des ganzen Volkes. Diese Idee war uns verloren gegangen; der "Gebildete" war und ist noch gleichbedeutend mit dem sozial Höherstehenden. Jetzt, da wir uns darauf besinnen, daß die Nation eine Gemeinschaft aller ihrer Glieder sein muß, da wir das politische Leben unseres Volkes auf die gleichberechtigte Mitwirkung aller gegründet haben, ist es selbstverständliches Gebot, daß unser Bildungsideal alle Schichten umfaßt.

Wenn nun sein Inhalt bestimmt werden soll, so lautet die entscheidende Frage: Wie kann aus dem Berufsspezialisten, dem Teilmenschen, den die moderne Arbeitsweise voraussetzt, ein vollentwickelter Mensch werden? Das Ziel ist das selbe geblieben, aber es sind andere Mittel nötig, um ihm näher zu kommen, und vielleicht wird sich ergeben, daß diese neuen Mittel schließlich auch das Ziel erweitern.

Wie könnte unter den heutigen Voraussetzungen überhaupt eine "allseitige" Bildung aussehen? Soll wahllos und zufällig von allen Seiten Bildungsmaterial zusammengerafft werden? Die Volksbildungsarbeit, zumal bei uns in Deutschland, bietet heute, eben weil sie noch mit dem alten Bildungsideal arbeitet, nicht zu einem neudurchdachten System gelangt ist, vielfach ein solches Bild. Man sehe sich nur daraufhin die Volkshochschule an, wie sie in fast allen größeren und kleineren Städten besteht. Ein zusammengewürfeltes Nebeneinander aller möglichen popularisierten Wissensinhalte wird einer ebenso wahllos zusammengesetzten Menge geboten, jeder nippt irgendwo, und der Erfolg wird im allgemeinen nur eine Vermehrung der Halbbildung sein. Soll eine organische Entwicklung der geistigen Kräfte des Menschen erreicht werden, so muß für die zahllosen Bildungsmöglichkeiten, die in den vielfach verschlungenen und auseinanderstrebenden geistigen Strömungen liegen, ein Zentrum gefunden werden. Es kann nicht für alle Menschen, für alle Berufsschichten das selbe sein. Es ist wohl heute nicht anders möglich, als daß der Mensch nicht nur die Form der Aneignung seiner Bildung sondern bis zu einem gewissen Grad auch ihren Inhalt selbst bestimmt. Der einzelne aber ist in seinen wesentlichsten Kräften an den Beruf gebunden. Eine ihm innerlich angemessene Bildung muß daher von seiner Berufsarbeit ausgehen.

In den ersten Schuljahren sind selbstverständlich gewisse allgemeine Grundlagen zu schaffen, aber schon die meisten modernen Schulpläne zeigen auf der Oberstufe eine Gabelung nach der Interessenrichtung, die im allgemeinen schon Berufsrichtung bedeutet. Bei einem durchgeführten Einheitsschulsystem würde sich der einzelne von seinem 15. Lebensjahr an einer Berufsschule oder der Vorbereitung auf das Hochschulstudium zuwenden. Die Problematik der Bildung ist heute am sichtbarsten bei der erstgenannten Gruppe, sie liegt aber bei der andern durchaus parallel. Hier wie dort erfordert der Beruf Vereinseitigung. Wir werden aber den Gedanken der neuen Bildung besonders an dem Beispiel der handarbeitenden Schichten zu verdeutlichen suchen, weil hier der Zwiespalt zwischen den Notwendigkeiten des Berufs und den Forderungen einer geistigen Entfaltung am weitesten klappt und daher eine Lösung an dieser Stelle die Lösung für alle anderen Berufsschichten einschließen muß.

Auch der Wissenschaftler hat längst auf "Allgemeinbildung" verzichtet. Eine Bildung, die den Menschen unserer Zeit vor geistiger Verkrüppelung bewahrt, kann nur in einer innern Ausweitung seiner Berufsbildung bestehen; sie muß mit seiner Arbeit in organischem Zusammenhang stehen. Um wirklich "gebildet" zu sein, muß der einzelne die Stelle kennen, wo er steht, seine Umgebung übersehen, seine eigene Funktion in dem wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Organismus, dem er angehört, begreifen. Das erfordert heute bei der Kompliziertheit aller Lebensverhältnisse schon ein nicht geringes Maß geistiger Arbeit. Es bedeutet insbesondere für den Arbeiter, der durch wenige, sich stets wiederholende Handgriffe eins der vielen tausend Rädchen treibt, die die Wirtschaft im Gang erhalten, daß er sich in dem Ganzen erkennt, daß er, wenn auch in bescheidener Funktion, bewußt an der Gestaltung der Produktion teilnimmt. Nur dadurch kann er wieder ein inneres Verhältnis zu seiner Arbeit gewinnen, wie es der Handwerker früherer Zeiten zu seinem Werk hatte. Er steht ihr wieder als bewußt Schaffender gegenüber, er setzt seine Gedanken, seine gesamten Kräfte, nicht nur seine Muskeln, für die Arbeit ein und wird dadurch wieder zum Vollmenschen. Eine fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit bis auf wenige Stunden oder ein stündlicher Wechsel der Tätigkeit, wie sie wohl zeitweilig in der politischen Propaganda als Ausweg aus der Not der mechanisierenden Arbeit erschienen, könnte keineswegs in diesem Sinn wirken. Es ist ökonomisch unmöglich, und es würde auch das Gegenteil einer wirklichen Bildung bedeuten. Die Bildungsbestrebungen, die heute aus der Arbeiterklasse selbst heraus unternommen werden, weisen auch durchaus in die andere Richtung. Sie sind für die Herausbildung eines neuen Menschen von großer Wichtigkeit.² Den Inhalt des Unterrichts an den Betriebsräteschulen und ähnlichen gewerkschaftlichen Bildungsinstituten bilden wirtschaftstechnische, sozialwissenschaftliche und politische Kenntnisse. Sie stehen im Zusammenhang mit dem Beruf des Arbeiters, sie weiten seinen geistigen Horizont; in eine systematische Ordnung gebracht, enthalten sie ein Fundament moderner Bildung, auf dem bei stärkerer geistiger Aufnahmefähigkeit weitergebaut werden kann. Eine solche Bildung entzieht dem Beruf keine Kraft, sie macht im Gegenteil den Menschen fähiger für seine Arbeit. Wenn die Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftsformen dahin geht, daß, wie Rathenau meinte, die produktive Arbeit immer mehr verwaltungsmäßig wird, weil der mecha-

2) Siehe hierzu auch *Woldt* Wirtschaftliche Schulungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum /Leipzig 1922/

nische Teil in immer größerem Umfang von Maschinen übernommen wird, so daß jeder einzelne zu dieser Verwaltungstätigkeit herangezogen werden kann, ja muß, so fordert das eine vertiefte und vergeistigte Berufsbildung, eine Fähigkeit der Übersicht, die nur durch eingehende Beschäftigung mit den gesamten Vorgängen des Wirtschaftslebens erworben werden kann. Gewerkschafter charakterisieren die Bildung, die sie verbreiten, als zweckbetont. Sie ist es, aber solche zweckbetonte Bildung ist zugleich Bildung der Persönlichkeit, die einzige, die möglich ist.

In dem oben erwähnten Sammelwerk führt Max Scheler einen heftigen Kampf gegen alle Versuche die Bildung mit der Berufsarbeit in Zusammenhang zu bringen. »Nicht die Förderung einer Sache, . . . sondern persönliche Gestaltgewinnung einer Menschenseele steht im Bildungsproblem im Vordergrund.« Ihm scheint Bildung »keine Bildung, wenn sie nicht allseitige Bildung ist«. Er fordert daher, daß die Volksbildung, speziell die Volkshochschule, Fach- und Berufswissen ausschalte. »Es wäre nach meiner Ansicht ein grundfalsches Ziel der Volkshochschule, wollte man ihr zumuten die Arbeit des Arbeiters zu "beseelen", zu "vergeistigen". Die moderne industrielle Arbeit als solche ist nicht zu "beseelen" und zu "vergeistigen". Gerade umgekehrt muß das Gefühl im Arbeiter erweckt werden, daß die Welt der Bildung ganz *außerhalb* seiner Tagesarbeit liegt, daß er als Mensch, Bürger, Deutscher noch ganz andere Aufgaben besitzt als diejenigen, die ihm als Arbeiter eignen. Die Welt der Bildung soll gerade dem Arbeiter als etwas Fremdes, Neues entgegentreten, als eine bisher ungeahnte Güterdimension, die ihm in seinem Beruf fremd ist und fremd bleiben muß. Gerade der schroffe Gegensatz der notwendig mechanisierten, prinzipiell unbeseelbaren Berufsarbeit und des Durstes nach menschlicher und bürgerlicher Selbständigkeit ist es ja, was zu dem Problem einer neuartigen Erfüllung der Seelenleere, die der Beruf und die einseitige politische Parteibetätigung im Arbeiter hinterläßt, durch Bildung treibt. Wie kann ein Rädchen im Beruf *außerhalb* des Berufs *zugleich* ein Mensch sein? Das ist die Frage.« Das alles ist noch, sicherlich gegen die Absicht des Autors, die alte (heute noch herrschende) Auffassung, die unfähig ist in die Tiefe der Schaffensidee zu dringen, die Forderung der Dinge zu hören, die in dem Menschen daher nicht den Schöpfer sieht sondern den Aneigner geistiger Werte, also den Verbraucher. Scheler selber, der ja in seiner Gesinnung zum Richtigen strebt, möchte auch die Beziehung zur Schaffensidee herstellen. Aber er macht diesen seinen Wunsch zunichte, weil er von der ihm eigentlich widerstrebenden Konsumentenanschauung nicht loskommt. (Auch im Geistigen haben wir, genau wie im Wirtschaftlichen, den Produzenten- und den Konsumentenstandpunkt, und der zweitgenannte ist immer noch der populärere.) Aber auch ihrem eigenen Ideal der Oberfläche führt diese alte Auffassung nicht näher. Denn bei jener Fragestellung wird gerade die einheitliche Bildung des Menschen, die "Gestaltgewinnung der Menschenseele", unmöglich. Soll die geistige Welt, die sich der Mensch in der kurzen berufsfreien Zeit erarbeitet, seiner Arbeit fremd sein und bleiben, so kann eine harmonische Persönlichkeit nicht entstehen. Geistig wird die "allseitige" Bildung zusammenhangloses Oberflächenwissen, seelisch kann nur innere Unrast bei den Ehrlichen, satte Überheblichkeit bei den Selbstzufriedenen die Folge solcher Bildungsarbeit sein. Die Bildung dagegen, die von der Berufsarbeit ausgeht, kann die geistigen und seelischen Kräfte des Menschen, die bei der modernen Arbeitsteilung nur

einseitig in Anspruch genommen werden, ins Gleichgewicht bringen, sie verschafft ihm Klarheit über sich und seine Umwelt, sie macht ihn aus einer Arbeitsmaschine zu einem bewußt und wollend Arbeitenden. Sie ermöglicht vor allem eine andere innere Stellungnahme des Menschen zur Arbeit, die ihm jetzt fast immer nur ein äußerer Zwang ist, und eröffnet damit ganz neue Möglichkeiten sittlichen Menschentums.³

Wir sehen den Menschen heute nicht mehr als isoliertes Individuum, wie ihn die Zeit der Klassiker selbstverständlich nahm, als Individuum, das der Staat, die Gesamtheit, so wenig wie möglich für irgendeinen ihm übergeordneten Zweck in Anspruch nehmen darf. Der moderne Mensch ist von Anfang an ein Glied der Gemeinschaft. Wahrt das Individuum dieser Welt gegenüber seine Autonomie, erkennt es ihre Notwendigkeiten als sein eigenes Gesetz an, so ist die Bildung, die es in seinem Beruf stärkt, es zum bewußten Organ der Gesamtheit macht, es seinen Platz in ihr erkennen läßt, kein ihm fremder, von außen aufgezwängter Zweck. Sie entwickelt eine geschlossene Persönlichkeit, die nicht nur harmonisch ist in sich, weil alle ihre Kräfte in Tätigkeit gesetzt und geformt werden, sondern harmonisch in Beziehung auf das Ganze. Volksbildung im vollen Sinn bedeutet nicht, daß jeder Angehörige des Volkes eine private Bildung erhält, sondern daß *das Volk* gebildet wird, daß die geistigen Formen der einzelnen zwar nicht uniformiert, eher differenziert werden, aber sich entsprechend den Beziehungen, in denen alle zu einander stehen, gestalten, daß nicht ein "Niveau" hergestellt, sondern ein System lebendiger geistiger Kräfte geschaffen wird. Die Formen, zu denen sich das Volksbildungswesen, zumal ein Teil der Volkshochschulen, entwickelt, die Arbeits-, ja Lebensgemeinschaft, lassen erkennen, was das Ziel der zukunftskräftigen Bildungstendenzen ist: der Gemeinschaftsmensch und die Gemeinschaft.⁴ Das moderne Bildungsideal ist der arbeitende Mensch, schaffend in Klarheit und Freiheit und brüderlicher Verbundenheit.

Man wird vielleicht einwenden, so entstehe eine Gemeinschaft von Fachmenschen, in der menschliche Totalität nirgends mehr zu finden sein werde. Wir haben die Notwendigkeit einer einseitigen Bildung zunächst einmal als das Neue in den Vordergrund gerückt. Es lassen sich aber von dem Punkt aus, an dem der einzelne steht, die Linien der geistigen Orientierung weiter und weiter ziehen. Jeder unverbildete Mensch hat irgendein Interesse an den großen Grundproblemen, denen die Wissenschaft in ihren vielen einzelnen Zweigen nachspürt. Mag eine universale Bildung heute, wie man allgemein glaubt, für den "durchschnittlichen" Menschen nicht möglich sein. (Auch das ist eine offene Frage.) Immerhin, wenn das theoretische Interesse über den nächsten Umkreis hinausgeht, wird es sich wohl meist natur- oder geschichtswissenschaftlich orientieren, und die Ausweitung des Wissens kann bei mechanischer Berufsarbeit an die technischen oder die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bildungselemente anknüpfen, die der Beruf einschließt. Zu der Frage nach dem letzten Sinn des Lebens, um deren Beantwortung sich die Philosophie bemüht, öffnet sich von beiden Seiten der Weg.

Losgelöst von planmäßiger Einordnung ist nur ein Gebiet geistigen Lebens, das doch auch dem Wirkungsbereich des Bildens angehört: das Gefühlsleben, der Bezirk der Religion und der Kunst. Wohl steht auch die Kunst unter dem Gesetz der Zeit, aber sie kann immer nur aus der Tiefe des Unbewußten

3) Siehe *Bauerle Vom Bildungswert der Arbeit*, in der Tat 1923-1924 Seite 820 ff.

4) Siehe hierüber *Stensen Beruf und Erziehung*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 227 ff.

die Sehnsucht und Hoffnung und Not der Zeit gestalten; wohl unterliegt das künstlerische Schaffen auch sozialen Bedingungen, aber immer sind es letzte und tiefste Dinge der Menschlichkeit, die den Wesenskern des Kunstwerks bilden. Durch jede Schöpfung der großen Kunst führt ein Weg zur Erhöhung des innern Menschen; sie durchglüht und beschwingt die großen einfachen und ewigen Gefühle, Liebe und Sehnsucht, Treue und Begeisterung, Stolz und Kampfeswillen, sie verdichtet das tiefe und geheime Sehnen des Menschen nach dem Zusammenhang mit dem unendlichen All zu Ahnungen, zu visionären Entzückungen. Es kann nicht für jeden Lebenskreis, für jede soziale Schicht eine eigene Kunst geben, mag auch die ästhetische Erziehung bei der Auswahl solche Berührungspunkte zur Anknüpfung nehmen. Aber frei von jeder Zweckbestimmtheit muß sich das innere Verhältnis des Menschen zur Kunst gestalten. Dann wird das Kunsterlebnis die Seelenkräfte des Menschen steigern und ins Gleichgewicht bringen, es wird damit auch seine produktiven Kräfte erhöhen und sich so in seiner Wirkung in den Rahmen des neuen Bildungsideals einfügen. Von einheitlichen Grundsätzen religiöser Erziehung ist heute kaum noch die Rede. Hier scheint es heute nur möglich dem Keimen und Wachsen in den Seelen, dem Werden neuer kultureller Formen in kleinen Kreisen freien Raum zu lassen. Vielleicht aber wird die Religiosität, die dem Menschen entspricht, dessen geistige und seelische Form vorwiegend durch seine Arbeit, die er als Aufgabe empfindet, bedingt ist, einen bestimmten Zug tragen; vielleicht wird der zukünftige Glaube des Menschen auf der Gewißheit ruhen einer der schlagenden Pulse des schaffenden Alls zu sein.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Pakt von
London

Als am 9. April 1924 der Amerikaner Dawes der Reparationskommission das Gutachten der Sachverständigen überreichte, wurden in Deutschland überall Zweifel laut, ob das Kabinett Poincaré es als eine brauchbare Grundlage für eine schnelle Lösung des Reparationsproblems anerkennen würde. Diese Zweifel waren unbegründet. Schon am folgenden Tag konnte die Reparationskommission, da die Zustimmung des Kabinetts Poincaré zum Sachverständigengutachten als Basis für neue Verhandlungen sofort erfolgte, sich darauf einigen eine Note an Deutschland zu richten, ob es bereit sei »an den Plänen der Sachverständigen mitzuarbeiten«. Diese Note ging der deutschen Regierung am 11. April zu. Am 16. April antwortete das Kabinett Marx-Stresemann, daß es das Gutachten als brauchbare Grundlage ansehe und bereit sei seine Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. Das war zunächst die Zusage einer Regierung, die

von der sogenannten nationalen Opposition bei den Reichstagswahlen am 4. Mai den Todesstoß erhalten hatte. Was nach dem 4. Mai in Deutschland geschehen würde, blieb völlig ungewiß. Trotz dem starken Machtzuwachs, den die Gegner des Sachverständigengutachtens am 4. Mai erzielten, reichte jedoch ihr Mandatszuwachs zur Bildung eines Kabinetts der Nichterfüllung nicht aus. Eine Koalition der Gegner des Gutachtens (106 Deutschnationale, 62 Kommunisten, 32 Deutschvölkische, 4 Deutschsoziale) ergäbe nur 204 Stimmen, während die einfache Mehrheit des neuen Reichstags 237 beträgt. Im Gegensatz dazu konnte die Koalition der Anhänger des Gutachtens 268 Stimmen aufbringen. Das Kabinett Marx-Stresemann verfügte über eine starke einfache Mehrheit. Zu einer Zweidrittelmehrheit, wie sie verfassungsändernde Gesetze erfordern, fehlten ihm allerdings rund 50 Stimmen. Gestützt auf die Parteien der Erfüllung, konnte das Kabinett Marx-Stresemann seine auswärtige Politik im Sinn seiner Antwort vom 16. April fortsetzen. Nach diplomatischen Vorverhandlungen zwischen Frankreich und England trat

am 6. Juli die Londoner Konferenz zunächst als interne Konferenz der Alliierten zusammen. Die Verhandlungen waren vertraulich. Aus ihrem Ergebnis kann man jedoch schlussfolgern, daß eine Einigung zwischen dem Kabinett Herriot, das aus den Kammerwahlen vom 11. Mai hervorging, und dem Kabinett MacDonald über den interalliierten Schuldenausgleich nicht zustande gekommen ist. Diese vertraulichen Verhandlungen wurden erst Anfang August beendet. Vom 5. bis 16. August tagte dann die Londoner Konferenz unter Mitwirkung Deutschlands. In dem Einladungsschreiben an die deutsche Regierung wurde das Arbeitsgebiet dahin gekennzeichnet, daß die besten Methoden für die Inkraftsetzung des Dawesberichts erörtert werden sollten. Das Ergebnis der Londoner Konferenz bestand in 4 Abkommen, die ein einheitliches Ganzes bilden und nach dem Schlußprotokoll endgültig am 30. August unterzeichnet wurden. Der Unterzeichnung ging am 29. August die Annahme von 8 Gesetzentwürfen durch den Reichstag voraus, die auf die Ausführung des Sachverständigenberichts abzielten. Die Zweidrittelmehrheit, die zur Annahme des Gesetzentwurfs über die Deutsche Reichsbahngesellschaft (Reichsbahngesetz) erforderlich war, kam dadurch zustande, daß 49 Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sich entschlossen für das Gesetz zu stimmen. Die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands sind nach dem Londoner Pakt in den ersten 3 Jahren wesentlich geringer als die Summen, die Deutschland bei dem bisherigen Zustand hätte aufbringen müssen. Man veranschlagt nämlich die Lasten aus den Abkommen mit der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines auf rund 1 Milliarde Goldmark, die Besatzungskosten ebenfalls auf 1 Milliarde Goldmark jährlich. Dieser Summe von 6 Milliarden Goldmark, die Deutschland nach dem System Poincaré in den 3 Jahren 1924-1925, 1925-1926, 1926-1927 hätte zahlen müssen, stehen im Dawesgutachten nur 3,4 Milliarden Goldmark gegenüber, wovon jedoch 800 Millionen Goldmark durch eine Anleihe vom Ausland aufzubringen sind, so daß sich als deutsche Zahlungsverpflichtungen für die sogenannten 3 Moratoriumsjahre nur eine Summe von 2,6 Milliarden Goldmark ergibt. Auch die Lastenverteilung ist durch das Gutachten sowohl für die Moratoriums- als auch für die Normaljahre bereits festgelegt und damit, wenigstens zu einem erheblichen Teil, der Einwirkung des Reichstags und

der Reichsregierung entzogen. Abgesehen von der Beförderungssteuer, die zu jener Summe in den 3 ersten Jahren 290 Millionen liefern soll, werden Haushaltsmittel nur in dem geringen Betrag von 110 Millionen Goldmark in Anspruch genommen. Der übrige Teil der Reparationszahlung der 3 Reparationsjahre wird durch den Zinsdienst der Eisenbahn- und Industrieobligationen sowie durch den Verkauf von Eisenbahnvorratsaktien aufgebracht. Größere Haushaltsmittel zu Reparationszwecken sind erst in den Jahren 1927-1928 und 1928-1929 bereitzustellen. Nach einem Vorschlag der Sachverständigen, der jedoch nicht obligatorisch ist, sollen die von 1927-1928 ab erforderlichen größeren Mittel aus dem Haushalt durch eine, die Zwischenhandelsgewinne ausschaltende Sozialisierung der Tabakindustrie (800 Millionen Goldmark) und eine Reform der Erbschafts- und Automobilsteuer (450 Millionen Goldmark) herkommen, womit für die Lastenverteilung auch nach Ablauf der Moratoriumsjahre bestimmte Richtlinien gegeben sind. Die für die Normaljahre vorgesehene Reparationszahlung erfolgt demnach 1. durch den Zinsdienst der Eisenbahn- und Industrieobligationen (960 Millionen), 2. durch die Beförderungssteuer (290 Millionen), 3. durch den Reinertrag der sozialisierten Tabakindustrie (800 Millionen), und 4. durch stärkere Besteuerung der Erbschaften und Automobile (450 Millionen).

Die Vorteile, die das Sachverständigen-gutachten Deutschland bietet, sind kurz die folgenden: Durch die Aufstellung des Transferprinzips wird der neuerrichtenden deutschen Goldwährung ein starker Schutz gewährt, die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets stellt die deutsche Wirtschaftseinheit wieder her, die Besatzungskosten sind in den Reparationszahlungen enthalten, alle in London getroffenen Vereinbarungen sind unter die Schiedsgerichtsklausel gestellt, ein 3jähriges Moratorium ermöglicht es der deutschen Wirtschaft sich von den furchtbaren Folgen des Ruhrkriegs zu erholen. Im ganzen ist zu dem Londoner Pakt zu sagen, daß, wenn Deutschland mit Entschlossenheit die Lasten des Dawesgutachtens auf sich nimmt, es sich damit den Weg zur Wiederaufrichtung bahnt und Europa den Frieden sichert.

Pazifismus Der Amerikaner Edward Filene hatte *internationale Friedenspreise* in Frankreich (200 000 Francs) und Deutschland

(10 000 Dollars) ausgesetzt. Die Frage lautete für die französischen Preise: »Wie können Sicherheit und Wohlstand für Frankreich und Europa durch internationale Zusammenarbeit wiederhergestellt werden?« Dem Preisgericht, dem der Rektor der Pariser Universität Appel vorsah, gehörten unter anderen Marie Curie, Henri Lichtenberger, Charles Richet an. Den Preis erhielt eine Arbeit, deren Gedanken von der kontinentaleuropäischen Idee beeinflusst sind, ohne diese konsequent durchzuführen. Die Lösung wird in ihr in der Bildung einer Gesellschaft der europäischen Nationen gesehen; doch wird diese nicht scharf genug als Wirtschaftsgemeinschaft erfaßt, weshalb auch die Art, wie sie sich zusammensetzt und zustande kommt, Widersprüche enthält. Für Deutschland lautete die Frage: »Wie können Friede und Gedeihen für Deutschland und Europa durch internationale Zusammenarbeit gesichert werden?« Preisrichter waren Gertrud Bäumer, Georg Bernhard, Rudolf Hilferding, Harry Graf Kessler, Ludwig Quidde und andere; den Vorsitz führte Walter Simons. Der 1. Preis wurde in 2 gleiche Teile geteilt, von denen der eine an Genossen Eduard David, der andere an den bayrischen Staatsbibliothekar Wilhelm Riedner verliehen wurde.

Am 8. Oktober beschäftigte sich der 23. Internationale Friedenskongreß in Berlin mit der Frage der *Einigung Europas*. In einem sehr sachlichen und feingegliederten Referat skizzierte Nikolaus Coudenhove-Kalergi die Gedanken, die er schon in seinem Buch *Panuropa* ausführlich entwickelt hatte. In der Diskussion vertrat nur Felix Stössinger in voller Konsequenz die kontinentaleuropäische Idee. Sonst ließ sie zum größten Teil Gründlichkeit und Verständnis vermissen. Der Kongreß war offenbar zu sehr von der Furcht beherrscht, das Eintreten für den Zusammenschluß des europäischen Festlands könne England mißfallen. Dies trat besonders deutlich in den Reden des Deutschen von Gerlach und des Franzosen Basch zutage. Von ihnen hoben sich die Ausführungen des Deutschen von Schoenaich und des Franzosen Verneuil wesentlich ab. Einen ausgesprochen antifranzösischen Standpunkt nahm der Professor Walther Schücking ein.

Totaliste Am 30. Oktober 1923 starb *Andrew Bonar Law* in London, 65 Jahre alt. Die Urne mit seiner Asche wurde, geleitet von 3000 der angesehensten Persönlichkeiten Eng-

lands und der Dominien, in der Westminsterabtei neben dem Sarg des Unbekannten Soldaten feierlich beigesetzt. Diese Ehrung sollte die Anerkennung für die Verdienste bedeuten, die der stille, zurückhaltende Canadier sich um das Britische Reich erworben hatte. Ihm vor allem war es zu danken, daß England auch in den schweren Jahren des Krieges seine Staatsfinanzen gesund erhalten konnte. Sehr im Gegensatz zu den deutschen Finanzpolitikern hat er dafür gesorgt, daß die Kriegsausgaben vorwiegend durch Steuern gedeckt wurden. Nach dem Krieg setzte er sich als Ministerpräsident für die rasche Liquidierung der Kriegswirtschaft ein.

Am 30. Dezember starb in Paris der General *Joseph Buat*, im Alter von 54 Jahren. Buat war einer der bedeutendsten Militärs der Kriegszeit. Bei Kriegsausbruch war er Professor der Strategie an der Kriegsschule, 1915 übernahm er bei Verdun die Führung einer Division, im Juli 1918, bei der großen Offensive der Alliierten, wurde er Chef des Generalstabs der Nordostarmee und Anfang 1920 Chef des Generalstabs der französischen Armee. Buats Bücher zeugen von seinem umfassenden militärischen Wissen und seinem scharfen menschlichen Urteil. Als Schriftsteller zeigte er eine nicht gewöhnliche Gabe der Darstellung, hohe Intelligenz und tief eindringendes Verständnis. Wahre Intuition im Erfassen des Psychischen zeigte er in seinen Büchern über Ludendorff und über Hindenburg (siehe den Artikel Schützingers Hindenburg und Ludendorff, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 726 ff.).

Am 22. März 1924 verschied infolge eines schweren Herzleidens der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Genosse *Vlastimil Tusar*, 43 Jahre alt. Tusar war unstreitig einer der fähigsten Köpfe in der internationalen Sozialdemokratie, wie unter den zeitgenössischen Politikern überhaupt. Er war es, der schon unter dem österreichischen Regiment eine besondere tschechische Sozialdemokratie ins Leben gerufen hatte, die im Oktober 1918 bei dem beginnenden Zusammenbruch die ausschlaggebende Rolle bei der Aufrichtung der Tschechoslowakischen Republik spielte. Nach dem ersten Ministerium Kramarz wurde Tusar tschechischer Ministerpräsident. Innere nationale Schwierigkeiten, die in dem neuen Staatswesen natürlich waren, veranlaßten ihn zum Rücktritt. Er war dann, seit 1921, Gesandter seines Landes in Berlin. Auch hier arbeitete er mit stärkster Intensität unermüdlich an der Verwirk-

lichung seiner politischen Ideen, die in erster Linie auch die Durchsetzung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien in sich schlossen. Als durch die Veröffentlichung der gefälschten Dokumente im Berliner Tageblatt Erregung und Argwohn in Deutschland gegen Tschechien aufflammten, nahm Tusar dies sich so zu Herzen, daß der ohnehin kranke Mann zusammenbrach.

Am 10. April starb *Hugo Stinnes* im Alter von 54 Jahren. Seine Bedeutung ist hier bereits in der Rundschau Wirtschaft (in diesem Band Seite 251) aufgezeigt worden. In vielen Stücken war Stinnes das Gegenstück zu Helfferich, im Persönlichen sowohl wie im Politischen. Wie Helfferich die angelsächsische, so hat Hugo Stinnes während des Weltkriegs die östliche Orientierung der deutschen Außenpolitik vertreten. Ausführliches wird sich hierüber erst sagen lassen, wenn der Parlamentarische Untersuchungsausschuß das Ergebnis seiner Arbeiten über die Friedensmöglichkeiten im Osten in den Jahren 1916 und 1917 veröffentlicht haben wird. Allerdings fehlten Stinnes für außenpolitische Dinge die Energie und der Mut sich für das richtig Erkannte mit seiner ganzen Person einzusetzen. Dazu glaubte er sich als Kaufmann nicht verpflichtet. Sein Einfluß auf die Außenpolitik war daher auch nicht so groß, wie er in der Presse der Linken häufig hingestellt worden ist. Selbst als Unterhändler in außenpolitischen Dingen hat er oft nur eine Politik vertreten, die ihm vorgezeichnet war, die er selbst aber als fehlerhaft erkannt hatte. Er glaubte damit, wie er sich ausdrückte, »seinem Vaterland zu dienen«. Daß Stinnes Republikaner und in konfessionellen Dingen sehr freidenkend war, ist bekannt. Von der Eignung der kaiserlichen deutschen Diplomatie hatte er eine sehr geringe Meinung, und auch die der Republik stand bei ihm nicht in hohem Ansehen.

Am 15. Mai starb in Paris *Paul d'Estournelles de Constant*, im Alter von 72 Jahren. Er hatte Jura und orientalische Sprachen studiert und dann die diplomatische Laufbahn eingeschlagen; 1895 wurde er in die Kammer, 1904 in den Senat gewählt. Für seine unermüdete Tätigkeit in der Friedenssache wurde ihm 1909 der Nobelpreis verliehen. Besonders ist ihm die Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland stets Herzenssache gewesen, für sie setzte er seine ganze Kraft und Persönlichkeit ein.

Am 22. Juli starb, 86 Jahre alt, *Sir George Buchanan*, der bekannte langjährige britische Botschafter in Petersburg. Er galt als einer der bedeutendsten Diplomaten Europas. Er begann seine Laufbahn 1903 in Sofia als diplomatischer Vertreter Englands. Damals sollte er dem russischen Einfluß dort entgegenwirken. Seine eigentliche Lebensarbeit fängt aber erst vom Jahr 1910 an, wo er als Botschafter nach Rußland ging, nun umgekehrt, um eine Annäherung Rußlands und Englands vorzubereiten. Während des Weltkriegs verfolgte er sein Ziel Rußland den englischen Interessen dienstbar zu machen mit größter Hartnäckigkeit. Als sich die Bolschewisten der Herrschaft bemächtigten, verließ er Rußland, um seine letzten Lebensjahre in einer Art Ruhesitz als Botschafter seines Landes in Rom zu verbringen. Mit der Haltung der englischen Politik gegenüber dem bolschewistischen Regime war er nicht einverstanden. Er plädierte für eine Intervention gegen den Bolschewismus, während die britische Regierung diesen indirekt förderte, um Rußland damit ohnmächtig zu erhalten.

Kurze Chronik Am 28. Dezember 1923 wurde in London ein Protokoll zur Regelung der Grenze zwischen dem *Sudan und Französisch Äquatorialafrika* unterzeichnet. Seit der Faschodaaffäre war die Sache in der Schwebe geblieben. ◊ Am 8. August 1924 wurde im Londoner Foreign Office der *englisch-russische Vertrag* unterzeichnet, auf englischer Seite durch MacDonald und Ponsonby, auf russischer durch Rakowskij und Joffe. Diese Tatsache wurde von der Opposition benutzt, um MacDonald zu beseitigen, der nun das Unterhaus auflöste, um durch Neuwahlen über den Fortbestand oder Demission seines Ministeriums entscheiden zu lassen. Daß MacDonald gerade darüber fallen soll, daß er mit einer Macht, die von England alle diese Jahre hindurch inoffiziell gestützt wurde, einen offiziellen Vertrag abschloß, braucht den nicht zu wundern, der mit dem Charakter der britischen Politik vertraut ist. ◊ Anfang August brach in *Honduras* eine Revolution aus. Die Vereinigten Staaten sandten ein Kriegsschiff, um, wie das Staatsdepartement erklärte, die Ordnung in Honduras aufrechtzuerhalten; sie würden deshalb eine Überwachung einrichten wie seinerzeit in Haiti und Santo Domingo. Das bedeutete eine Militärherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Honduras.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Republikanische Erziehung Vom Kulturkampf in der Republik handelt eine von Hermann Schützinger in der Schriftenreihe Kultur- und Zeitfragen /Leipzig, Ernst Oldenburg/ veröffentlichte Broschüre, in der das deutsche Republikanertum aller Klassen und Berufe zur Sammlung auf der Grundlage des Gedanken- und Kulturprogramms der Republik aufgerufen wird, um diesem Gedanken in unserm öffentlichen Leben, vor allem in der Verwaltung, in Heer und Polizei, Schule und Justiz wirksamer als bisher Geltung zu verschaffen und um ihn in der Stunde der Gefahr durch alle Machtmittel des politischen Kampfes zu schützen. Als eine Hauptaufgabe bezeichnet Schützinger mit Recht die Auslese und Heranbildung des republikanischen Führertums. Für dieses Führertum kann die Grenzlinie gegen den "innern Feind" nicht in der Klasse oder in der Partei liegen, sondern sie ist in der Stellung zur republikanischen Staatsform gegeben. Das Kriterium des republikanischen Führertums kann auch nicht in dem bloßen Lippenbekenntnis oder in der Tatsache irgendwelcher äußerer Vereins- oder Parteizugehörigkeit begründet sein, sondern es muß in der Persönlichkeit selbst, also in der Gesamtheit ihrer bisherigen Leistungen, in der Einheit zwischen Gesinnung und Tat, in der Verbindung von Sachkenntnis und intellektueller Fähigkeit mit Tapferkeit, Treue, Opferbereitschaft und Begeisterungsfähigkeit gesucht werden. Wird mit solchen Maßstäben ernstlich gemessen, dann wird mit einem Schlag klar, wo die Hauptursachen für das bisherige Versagen des republikanischen Führertums zu suchen sind, und welche Wege gegangen werden müssen, wenn es gelingen soll der Republik in Deutschland das innere Gewicht an Macht und Geist, dessen sie jetzt noch so gut wie ganz entbehrt, zu sichern. Einen Unterfall des allgemeinen Problems des republikanischen Führertums stellt das Problem Technik der republikanischen Beamtenverfassung dar. Was Schützinger hierzu schreibt, berührt vielleicht die wichtigste, leider in der großen Öffentlichkeit, vor allem in der Welt der republikanischen Arbeiter und Intellektuellen, in ihrer Bedeutung viel zu wenig beachtete Seite der auf die innenpolitische Durchsetzung des republikanischen Gedankens gerichteten Aufgabe. Wie weit entfernt wir in Deutschland von einer wirklich konsequenten Anwendung der dem republikanischen

Staatsgedanken immanenten Grundsätze der Selbstverwaltung, des selbstverantwortlichen freien Staatsbürgertums auf alle Gebiete und Instanzen der innern Verwaltung noch sind, lehren Schützingers von geschichtlichen und geographischen Ausblicken begleitete Darlegungen zum Problem der Polizeireform, aus denen man den Eindruck gewinnt, daß sich die Veränderungen, die in Deutschland seit der Revolution in diesem Punkt eingetreten sind, eher genau nach der entgegengesetzten Richtung des alten Obrigkeits- und Polizeistaats hin als nach der auf den republikanischen Volks- und Rechtsstaat zu bewegt haben. Schützinger faßt seine Stellungnahme in dieser Frage in folgenden Sätzen zusammen: »Die Zentralisation der militärisch geschulten Schutzpolizei aus Gründen der Ausbildung und Führungstechnik in der Hand des Staates ist unbedingt nötig. Woran wir festhalten müssen, das ist die Beschränkung der Staatsaufsicht auf das enge Gebiet der "Sicherheits"- und Kriminalpolizei und die Erhaltung der vollen Polizeihöhe der Organe, die die Glieder der künftigen Selbstverwaltung werden sollen: der Gemeinde und der Provinz.«

Politische Bildung

Unter dem Titel Der Geist der Paulskirche haben Wolfgang Petzet und Otto Ernst Sutter eine Auswahl aus den Reden herausgegeben, die in den Jahren 1848 und 1849 in der Frankfurter Nationalversammlung gehalten worden sind /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Dieses Buch läßt sich ganz besonders in den Dienst der politischen Erziehung, der reifen Jugend wie der Erwachsenen, stellen. Die neue Weimarer Reichsverfassung von 1919 hat ja in wesentlicher Hinsicht wieder an staatspolitische Strömungen angeknüpft, die in den vierziger Jahren, wenn auch ohne Erfolg, aber mit einer erstaunlichen Fülle von Geist von hervorragenden Politikern vertreten worden sind, und so läßt sich die Beschäftigung mit der Vorgeschichte und dem Verlauf der Reichsgründungs- und Verfassungsbestrebungen vom Jahr 1848 zwanglos zugleich zu einer geschichtlichen Grundlegung für das Verständnis der heutigen deutschen Reichsverfassung ausgestalten. Man kann, wenn man den Geist der Paulskirche auf sich wirken läßt, nur immer wieder Beschämung darüber empfinden, wie niedrig im allgemeinen das geistige und sittliche Niveau der deutschen Parlamente heute gegenüber dem ist, auf dem sich die mit

so viel Unrecht durch die neupreußische Geschichtsschreibung verächtlich gemachte Frankfurter Nationalversammlung bewegt hat. Wie ritterlich standen sich damals die Führer der entgegengesetzten Lager gegenüber, wie adelten Geist, Sachkenntnis und edle Begeisterung für Einheit, Freiheit und Menschenwürde die Verhandlungen, wie stark wurde nach innen und außen das Recht gegenüber der Macht betont, wie anständig wurden Fragen wie die der nationalen und konfessionellen Minderheiten, die Juden-, die europäische, die soziale Frage, das Problem der Demokratie usw. behandelt. Wahrlich, man kann Sutter nur beistimmen, wenn er in der Einleitung zu dieser Auswahl im Hinblick auf jene erste deutsche Nationalversammlung schreibt: »Beschämend genug, daß eine Zeit, die vom Geist der Paulskirche nichts mehr wußte, Jahrzehnte hindurch 1848 als "tolles Jahr" ausgeben durfte. Allerdings sah ihre Welt so ganz anders aus als die der Männer der Frankfurter Nationalversammlung; diesen waren Großmannssucht und phrasenreiches Bramarbasieren ebenso fremd wie die Unkultur eines öffentlichen Lebens, die in Ordensschnallen und prunkenden Paradengeld und Zeit vertat und darüber vergaß, daß Freiheit und Menschenwürde das Erbgut jedes Erdenkindes sind.«

Eine »Anmerkungen zum Verständnis der gegenwärtigen Weltlage« enthaltende Schrift hat Friedrich Wilhelm Foerster unter dem Titel Angewandte politische Ethik erscheinen lassen /Wiesbaden, Verlag Friede durch Recht/. Es handelt sich hier um eine Sammlung von Tagesaufsätzen, die Foerster im Jahr 1922 in der Zeitschrift Die Menschheit als Streiflichter zur gegenwärtigen Lage veröffentlicht hatte. Obwohl die Tagesereignisse, die den Anlaß zu den Aufsätzen gegeben haben, nicht mehr im eigentlichen Sinn aktuell sind, darf die Sammlung doch als ein Versuch die in den philosophischen und pädagogischen Schriften des Verfassers dargelegten Prinzipien auf konkrete außen- und innenpolitische Fragen anzuwenden bleibendere Beachtung beanspruchen. Sie eignet sich insofern vortrefflich dazu als Ausgangspunkt für Diskussionen in den Zirkeln für politische Bildung zu dienen, wie sie von der deutschen Jugendbewegung ins Leben gerufen worden sind. Gerade der Umstand, daß die Darlegungen den zum Teil vor 2 Jahren, zum Teil heute noch landläufigen Beurteilungen so stark widersprechen, muß sie, wie der Verfasser in

seinem Vorwort mit Recht hervorhebt, allen denen, die ernsthaft und ohne Rücksicht auf die Tagesmeinung nach Objektivität streben, für einen solchen Zweck geeignet erscheinen lassen. Sie bieten wegen der zur Zeit ihrer Veröffentlichung unpopulären Auffassungen vielfach Schulbeispiele dafür, wie schnell sich die Meinung des Tages ändert, und können so im besten Sinn des Wortes zur politischen Erziehung des deutschen Volkes beitragen. Man kann Foerster nur beistimmen, wenn er in seinem Vorwort schreibt: Das einfache deutsche Volk hat einen sehr gesunden und treffsicheren Gerechtigkeitsinn. Den deutschen Bildungsschichten hingegen ist die Fähigkeit zu objektiver Beurteilung anderer Völker in erstaunlichem Maß verloren gegangen, wohl im Gefolge eines gewissen nationalen "Ichrausches", der schon mit Fichte begann und uns im Kriege zu so tödlicher Unterschätzung gegnerischer Traditionen, Institutionen und Kraftreserven geführt hat. Eine planmäßige Gegenwirkung hiergegen ist von entscheidender Bedeutung für unsere ganze politische Erziehung und Selbsterziehung, und alles, was wir uns im weltpolitischen Urteil an Objektivität und an Selbsterkenntnis abringen, das wird sich auch im innenpolitischen Leben, ja auch im Berufe und im Hause tausendfältig belohnen.«

Lesebücher Von der Vergiftung des deutschen Volkes durch die deutschen Lesebücher handelt eine Schrift Heinrich Wernekes, der in einer Reihe von Publikationen bereits wertvolle positive Versuche gemacht hat die große Aufgabe des neuen Lesebuchs für die Jugend der deutschen Republik der Lösung entgegenzuführen. Die bisher herausgegebenen Lesebücher Wernekes (Jugendfreund, Exzelsior, Phöbus, Der Herold, Kleines Lesebuch der Moral, Der kleine Plutarch) bieten im wesentlichen Proben aus dem klassischen Schrifttum des humanitären Rationalismus, wobei aber außer den philosophischen und religiösen Systemen auch die Welt der Dichtung, der wissenschaftlichen Forschung, der Politik und Erziehung Berücksichtigung gefunden haben. Einen großen Teil seines Stoffs entnimmt Werneke dem französischen Kulturkreis, in der Überzeugung, daß die volkstümliche Darbietung des wertvollsten Gedankenguts der französischen Literatur eine wichtige Kulturaufgabe ist (siehe auch diese Rundschau, 1920 II Seite 1091 ff.). Als ein Mangel an Wer-

nekes Lesebüchern erscheint es, daß in ihnen die Anschaulichkeit hinter das, an sich natürlich wertvolle Gedankliche zu stark zurücktritt. Doch muß bei der Beurteilung derartiger Werke auch berücksichtigt werden, daß sie erste Versuche sind, deren Mängel sich im Zusammenhang mit der praktischen Erprobung erweisen und beheben lassen werden. Jedenfalls verdienen die Grundsätze, die Werneke in der oben genannten Broschüre für den Geist und die Stoffauswahl des neuen Lesebuchs aufstellt, die ernsteste Beachtung aller derer, die an dieser so zeitgemäßen Aufgabe arbeiten. Mit Recht schreibt Werneke, daß das bürgerliche Lesebuch der guten alten Zeit in vieler Hinsicht dem, was die letzten Jahrzehnte auf diesem Gebiet bei uns hervorgebracht haben, überlegen gewesen ist. Sein Bestreben geht daher darauf hinaus in einer den veränderten Zeitverhältnissen angepaßten Form an jene guten alten Traditionen wieder anzuknüpfen. Was er vor allem vom neuen Lesebuch fordert, ist: Überwindung der stofflichen, sprachlichen und sittlichen Anarchie sowie Ablehnung aller dem Geist der Sentimentalität, des Schwulstes, des nationalen Hochmuts, der Kriegsverherrlichung und des Franzosenhasses dienenden Stoffe. Die Beispiele aus der Lesebuchliteratur, durch die Werneke seine grundsätzlichen Forderungen erläutert, geben einen ebenso treffsichern wie erschreckenden Einblick in all den Unfug, der sich in vielen Lesebüchern breit macht, die heute noch in Gebrauch sind, und wenn auch Wernekes eigene Versuche zur Schaffung zeitgemäßer Lesebücher noch nicht ohne Fehl sein mögen, so sollten sie doch vor allem überall dort erprobt werden, wo sich Eltern und Lehrer mit dem Problem der Schaffung geeigneter Unterrichtsstoffe und -bücher für den nicht im Sinn eines bestimmten kirchlichen Bekenntnisses erteilten Unterricht auseinandersetzen haben.

Ein großer Teil der zahlreichen Publikationen Wernekes ist der volkstümlichen Darbietung ausgewählter Stücke aus dem klassischen Schrifttum Frankreichs gewidmet. Hierher gehören seine Schriften mit Proben aus den Werken J. M. Guyaus, Fénelons, Voltaires, J. J. Rousseaus, Germaine de Staëls, Chateaubriands, Lamartines, Victor Hugos und Michelets, das Lesebuch *Durch den Garten der französischen Literatur* und die aus 20 kleinen Einzelheften bestehende Sammlung *Vernünftiges und Nütliches* aus französischen Schul- und Le-

sebüchern. Endlich sind noch zu nennen das Heft *Der Geist Frankreichs* (mit charakteristischen Lesestücken und Gedichten der französischen Volksschule in Übersetzungen), und aus der auch für unsern Unterricht in praktischer Lebensweisheit in Betracht kommenden amerikanischen Gedankenwelt das Heft *Die schönsten Stücke aus den Werken Benjamin Franklins*.

Alle Hefte und Schriften Wernekes sind im Selbstverlag des Verfassers, jetzt in Wiesbaden, erschienen.

Universitätsgründungen

Noch in diesem Jahr soll in *Mailand* eine neue Universität eröffnet werden, zu deren Bau die Stadt 10 Millionen Lire hergegeben hat. Bis jetzt besaß Mailand nur eine Reihe einzelner Hochschulinstitute: die 1859 errichtete *Accademia scientifico-letteraria*, an der philosophisch-literarische Vorlesungen gehalten wurden, eine Technische Hochschule, eine Höhere Handelslehranstalt, einige Klinische Fortbildungsinstitute, eine Tierärztliche und eine Landwirtschaftliche Hochschule und eine Kunstakademie. Um dem Wunsch der Stadt *Triest* nach dem Besitz einer Universität entgegenzukommen, wurde die Handelshochschule dort durch Königliches Dekret in eine Universität verwandelt.

Der griechische Unterrichtsminister hat in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Gründung einer Universität in *Saloniki* eingebracht, die in erster Linie die praktischen, politischen und volkswirtschaftlichen Wissenschaften pflegen solle.

In *Sofia* wurde Anfang Juli der Grundstein zu dem Gebäude einer bulgarischen Universität gelegt. Sie soll nach 2 Brüdern Georgieff benannt werden, die die Mittel dazu hergegeben haben.

Auch das Arabische Reich ist im Begriff eine neue, große Universität, in *Bagdad*, zu errichten. Ihr erstes Gebäude wurde schon im April eingeweiht. Es enthält die Theologische Fakultät, die "Schule der Gelehrsamkeit". Um seine Räume auszunutzen, soll auch eine Medizinische Fakultät dort ihre Studien betreiben. Doch schon ist auch der Grundstein für einen weitem Bau gelegt. Man will eine Volluniversität zusammenbekommen, für die freilich einstweilen Lehrer wie Studenten erst in kümmerlichem Maß vorhanden sind.

Die holländische Regierung will in *Batavia* eine Universität errichten. Auch hier hofft man noch in diesem Jahr die juristischen Kurse aufnehmen zu können.

In Vorbereitung sind die Philologische und die Medizinische Fakultät. Im Haag hielt man im April einen kolonialen Hochschulkongreß ab, um das Interesse auf diese Universität hinzulenken.

Die unter dem Vorsitz Henri Bergsons stehende Kommission für geistige Zusammenarbeit beim Völkerbund empfahl die Errichtung einer *jüdischen Universität in Europa*. Als Ort war Danzig in Aussicht genommen. Ein 7gliedriges Komitee, dem unter anderen Einstein angehörte, leitete die Vorarbeiten. Die Stadt Danzig hat aber, unter wenig überzeugenden Ablehnungsgründen, die Gründung dort vereitelt. Damit dürfte das Projekt nicht erledigt sein.

Neuausgaben Der Neigung unserer Tage zu östlicher und mittelalterlicher Mystik wird durch zahlreiche Neuausgaben entsprochen. Der Verlag C. H. Beck in München bringt *Eckeharts* Reden der Unterweisung in neuer Übertragung von Josef Bernhart. Allen, die sich zum erstenmal in Eckehart, den Urquell deutscher Mystik, vertiefen wollen, sei dies handliche Büchlein warm empfohlen. Des Meisters eigene Worte geben dem Leser einen kurzen Umriß seines Denkens.

Wie man sich vor 100 Jahren mit dem Geist der Zeit auseinandersetzte, das zu zeigen ist Hans Lohmanns Verlag in Leipzig bemüht. Er gibt den bis zum Frieden von Tilsit reichenden 1. und 2. Teil von *Ernst Moritz Arndts* Geist der Zeit in gekürztem Neudruck heraus. Weitere Bändchen folgen.

Kurze Chronik Das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster stellte 2 *Preisaufgaben*, die bis zum 1. März 1926 gelöst sein sollen. Die eine lautet: »Die Psychologie des kindlichen Fragens.« Die Antwort soll auf eigenen Untersuchungen fußen und die kinderpsychologische Forschung zugleich berücksichtigen; auch sei die pädagogische Nutzanwendung daraus zu ziehen. Die andere lautet: »Die katholische Jugendbewegung.« Sie fordert eine möglichst umfassende Darstellung des Ursprungs, der Ideen, Richtungen und Gruppen der Bewegung bis zu ihrem gegenwärtigen Stand. Die Preise betragen 1000 Mark. **◇** Der 23. *internationale Friedenskongreß*, der vom Berner Internationalen Friedensbureau einberufen wird, fand vom 2. bis zum 8. Oktober in Berlin statt. Das Hauptthema war Panuropa (Kontinentaleuropa) und der Völker-

bund. Daneben wurde die Frage der Abrüstung behandelt; bemerkenswert waren hierbei die Reden des französischen Generals Verraux und des deutschen Generals von Schoenaich. **◇** Als Unterrichtsminister des Kabinetts Poincaré (das mittlerweile durch das Kabinett Herriot ersetzt ist) hat de Jouvenel die Direktoren der Staatsschulen in einem Erlaß aufgefordert die Schulpflicht auf die Geschichte und Mission des *Völkerbundes* aufmerksam zu machen. **◇** Der verstorbene Professor Ignatz Goldziher in Budapest besaß eine 6000 Bände umfassende berühmte orientalische Bibliothek, die das Komitee für die *Jüdische Nationalbibliothek* erworben hat, und die Ende Februar über Triest nach Jerusalem transportiert wurde. Sie enthält arabische, persische und türkische Drucke, meist solche, die in Europa nur in einem einzigen Exemplar vorhanden sind.

Literatur Im Verlag Ernst Oldenburg in Leipzig erscheint seit April 1924 als Monatschrift für jugendliche Weltanschauung *Die Grüne Fahne*, herausgegeben von Gustav Wyneken, dem bekannten Führer der deutschen Jugendbewegung und Begründer der Freien Schulgemeinde Wickersdorf in Thüringen. **◇** Das unabhängige Wochenblatt *Die Menschheit*, das es sich zum Programm gesetzt hat für innern Frieden und Völkerfrieden zu wirken /Ludwigsburg, Verlag Friede durch Recht/, war vom Oktober 1923 bis zum März 1924 verboten. Der Verlag siedelte hierauf nach Wiesbaden über, wo das Blatt nun erscheint. Sein Herausgeber ist Fritz Röttcher, Friedrich Wilhelm Foerster sein Hauptmitarbeiter. **◇** Die Zeitschrift *Junge Menschen*, eines der führenden Organe der deutschen Jugendbewegung, hatte ihr Erscheinen vorübergehend eingestellt. Seit April 1924 erscheint sie aufs neue, im Verlag Junge Menschen in Hamburg. **◇** Das früher in unregelmäßiger Folge herausgegebene Amtliche Nachrichtenblatt der Deutschen Studentenschaft ist zu einer Zeitschrift ausgebaut worden, die seit Januar 1924 unter dem Namen *Die Hochschulgemeinschaft* erscheint /Berlin, Verlag Hochschule und Ausland/. **◇** Als Organ der Europäischen Studentenhilfe erscheint die Monatschrift *Vox Studentium* in je einer deutschen, einer französischen und einer englischen Ausgabe. Der Herausgeber ist Donald Grant, Hörsaal 30, Universität Wien.

Nationale Bewegung / Adolf Reichwein

Ägypten Die jüngsten Ereignisse im Sudan haben das ganze ägyptische Problem wieder stark in den Gesichtskreis gerückt. Der Abbau der alten englischen Front der Oberhoheit von Kairo bis Bombay und ihr Umbau in das Verhältnis des gegenseitigen "wohlverstandenen Interesses", aus dem man sich heute und morgen für das Imperium größern Gewinn verspricht: dieser ganze halbverborgene große Prozeß tritt dort im Sudan wieder einmal blitzartig in die Erscheinung: heute in Chartum und Port Sudan, gestern in Benares, morgen in Kairo oder Bagdad; es ist immer das gleiche. Es ist kein Zufall, daß sich Saglul gerade in Paris befand, um nach London zu Verhandlungen mit MacDonald zu reisen, als Ende Juli die Unruhen bei Chartum ausbrachen. Ein ägyptisches Eisenbahnbataillon im Sudan meuterte. Die Demonstration war deutlich; wie sie angezettelt wurde, bleibt dabei ziemlich gleichgültig. Der Sudan zieht ägyptische Verwaltung der britischen vor. Die Frage, ob der Sudan der künftigen ägyptischen Selbstverwaltung eingefügt oder aber, gewissermaßen rückläufig, durchaus getrennt von Ägypten, englische Kolonie werden soll, ist seit 1922 akut und wartet noch einer klaren Entscheidung. Der Sudan, ein Gebiet von 2½ Millionen Quadratkilometer, auf dem 5 Millionen Menschen (zwei Drittel davon Sudaneger) wohnen, wurde von den Türken 1820 an ihr damaliges Vasallenland Ägypten angegliedert. 1881 flammte ein sudanesischer Aufstand gegen die türkische Herrschaft auf, der 1887 erfolgreich endete. 1895 bis 1898 wurde das Land unter Kitcheners Führung mit ägyptischen Truppen für Ägypten zurückerobert (dabei der historische Zusammenstoß der britisch geführten Streitkräfte mit den Franzosen bei Faschoda). Ägypten war zunächst formal noch türkisch, obwohl es praktisch schon unter britischer Oberhoheit stand. 1899 kam ein englisch-ägyptisches Kondominium über den Sudan zustande, das eindeutig bis 1922 bestand. 1922 gab Großbritannien seine Oberhoheit über Ägypten auf. Dieses verlangte nun die alleinige Oberherrschaft im Sudan. Seitdem schleppt sich die Krise hin: Ägypten weist auf seine wirtschaftlichen Ausgaben, die es im Sudan gemacht hat, hin, auf die Rückeroberung mit ägyptischen Truppen 1898, auf die Notwendigkeit der ägyptischen Kontrolle über den Oberlauf des Nils

zum Zweck einer einheitlichen Wasserwirtschaft dieses Flußsystems. England dagegen betont, daß der Sudan unter seiner Führung zurückerobert worden, und daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes im Sudan am besten unter britischer Oberhoheit gesichert sei (wozu die Tatsachen der letzten sudanesischen Rebellionen in merkwürdigem Gegensatz stehen). Es verlaudet, die britische Regierung erwäge den Sudan, wenn weitere Unruhen nicht zu vermeiden sind, formell zu annektieren, um damit die Gewalt der Oberhoheit wieder in der Hand zu haben. Einstweilen versucht die liberale Presse die englischen Verdienste um die sudanesischen Zivilisation festzustellen und andererseits zugleich die ägyptisch-sudanesischen Unfähigkeit "jetzt schon" die Selbstverwaltung zu übernehmen (siehe dazu auch Indien, in dieser Rundschau, in diesem Band Seite 588 ff.). Der Manchester Guardian berichtet zum Beispiel über »a great experiment in civilisation« und faßt diese Idee so gleich in die Worte zusammen: »Wo einst die Wachtfeuer des Mahdi brannten, da zerstreuen jetzt große elektrische Bogenlampen das Dunkel jener kurzen Sommernächte, um den Ingenieuren beim Dammbau nach Sonnenuntergang bei ihrer Arbeit zu leuchten.« Es folgen begeisterte Worte über den Dammbau von Mekwar, der für den Sudan bedeuten werde, was die Dämme von Assuan für Ägypten bedeuten: gewiß wichtige, große Arbeit, Verdienste. Aber leisteten die Ingenieure der Siemens-Schuckert-Gesellschaft in Rußland etwa weniger Verdienstvolles, weil Rußland nicht deutsches Dominion war? Wurden Dynamos und elektrische Lampen, nachdem die deutsche Firma sich einmal in den russischen Markt eingebaut hatte, weniger gekauft und angewandt? Gewiß, Rußland fängt heute an in größerem Maß elektrische Glühlampen herzustellen und wird darum vom deutschen Elektromarkt immer unabhängiger werden, und Ägypten wird ihm einmal auf diesem Weg folgen. Aber kann das England um der Zivilisation willen hindern wollen? Niemand, auch das sich selbst verwaltende Ägypten nicht, wird England hindern seine Leistungen in Technik und geordneter Verwaltung auch weiterhin Ägypten zu vermitteln; niemand wird England dafür angemessene Entschädigungen und Entgegenkommen versagen. Aber Selbstverwaltung ist auch in Ägypten und im Sudan das durchdringende Wort, das sich Geltung verschafft. Bei den Wahlen zum ägyptischen Parlament im Januar

dieses Jahres hat die Partei Sagluls, die die vollkommene Autonomie Ägyptens anstrebt (mit Einschluß des Sudans), 150 von insgesamt 170 Sitzen erobert. Die konstitutionellen Liberalen, von Adly Jugan geführt, erlitten eine vollständige Niederlage, erhielten nur 14 Sitze. Die restlichen 6 Sitze zersplitterten sich unter die Matanisten (2) und die sogenannten Unabhängigen (4). Das bedeutet, daß die Masse des ägyptischen Volks hinter dem "Alten", hinter Saglul, steht.

Die englische Presse sucht sich nun, nachdem diese Tatsachen gegeben sind, damit abzufinden: »Give Zaghlul his chance.« Man rechnet ihm die Aufgaben vor, die sein Kabinett, bevor von einer vollen Unabhängigkeit die Rede sein könne, noch erledigen müsse: Klärung des künftigen Verkehrs (communication) mit dem Britischen Reich beziehungsweise in ihm, Schutz des Landes gegen fremden Angriff, Schutz der nationalen Minderheiten, endlich die Frage des Sudans. Solange diese Probleme nicht gelöst seien, könne Ägypten nicht zur Ruhe kommen.

Nun ist Saglul auch selbst in London gewesen, um mit MacDonald zu verhandeln. Er forderte die Räumung Ägyptens und des Sudans durch die britischen Truppen und vollständige Selbständigkeit des Landes. MacDonald lehnte die Räumung mit dem Hinweis ab, daß der Suezkanal als Verbindung nach Indien militärisch in englischer Hand bleiben müsse. Saglul schlug daraufhin den Völkerbund als Garanten der Kanalzone vor, MacDonald lehnte diesen Vorschlag ab und machte den Gegenvorschlag eines englisch-ägyptischen Bündnisses. Dazu äußerte sich Saglul auf seiner Rückreise von London einem Korrespondenten des *Matin* gegenüber folgendermaßen: 1. Ein Bündnis und zugleich eine militärische Besetzung von Gebieten eines Verbündeten durch Truppen des andern sind unvereinbare Dinge. 2. Der Suezkanal ist seit dem Vertrag von Konstantinopel im Jahr 1888 neutralisiert, was auch von England anerkannt ist. 3. Sollte der ägyptische Schutz des Kanals nicht genügen, so wird Ägypten den Kanal dem Schutz des Völkerbunds anvertrauen. Damit ist die Rechtslage tatsächlich bezeichnet, aber die Entscheidung noch nicht getroffen. Nachdem MacDonald in den Fragen der Kanalbesetzung und des Sudans unnachgiebig geblieben war, wurden die Londoner Verhandlungen abgebrochen. Saglul erklärte, daß er »vorläufig« auf diplomatischem Weg weiterarbeiten wolle.

Das ägyptische Parlament hat beschlossen den Beitrag Ägyptens zu den Kosten der britischen Besatzungsarmee aus dem Budget zu streichen.

Arabien Der Fall Mekkas und die Abdankung des Königs Hussein, des Schützlings Großbritanniens, bedeuten eine abermalige Niederlage der englischen Politik in der mohammedanischen Welt. Auf diese Zusammenhänge muß später hier noch näher eingegangen werden. Zunächst sei nur dazu mitgeteilt, daß die gesamten Hoffnungen Englands im Orient einen Stoß erlitten haben. Es laufen, allerdings schwer kontrollierbare, Gerüchte um, daß die gegen Hussein aufständischen Mahabiten von den indischen Muselmanen unterstützt worden seien. Bainville knüpft an diese Nachrichten in der *Liberté* die Folgerung, daß nunmehr auch die Räumung Mesopotamiens durch die Engländer nur noch eine Frage der Zeit sei. England habe sich dort durch eine oft gegen die französischen Interessen gerichtete Politik selbst isoliert. Der *Soir* meint, MacDonald habe noch in den letzten Augenblicken seiner Ministerpräsidentschaft den Versuch gemacht eine gewisse Schwenkung in der traditionellen britischen Kolonialpolitik durchzuführen, indem er nämlich, entgegen den Überlieferungen Lloyd Georges und Baldwins, Hussein, den englischen Posten in Arabien, nicht gestützt habe. Wenn solche Beweggründe für die englische Teilnahmslosigkeit am Schicksal Husseins tatsächlich maßgebend gewesen sind, so waren sie zu vereinzelt im Bild der ganzen britischen Kolonialpolitik, um wirklich einleuchten zu können.

Indien Der Staatssekretär für Indien, Lord Olivier, hat dem House of Lords Ende Juli beruhigende Mitteilungen über Indien gemacht. Er versicherte dort, daß Das, ein ehrenhafter und vorsichtiger Mann, nahe daran sei überzeugt zu werden, daß Selbstverwaltung nicht ohne organisierte Macht möglich ist. Und doch muß er im nächsten Satz zugeben, daß Das sich mit einer Resolution einverstanden erklärt habe, die ihre Bewunderung für den Charakter und die Motive des Mörders Days aussprach. Lord Olivier ist beglückt mitteilen zu können, daß die Rekrutierung für den Polizeidienst auch weiterhin ohne Schwierigkeiten von statten gehe. Er vergißt nur die ökonomische Ursache dieses Tatbestands anzugeben: daß nämlich

den durch Manchester brotlos gemachten bengalischen Webern oft nichts anderes übrig bleibt, wenn die Not akut ist, als in den nichtgeliebten Dienst der Polizeitruppe einzutreten. Und vor kurzer Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die Londoner Regierung 25 000 Mann neue Truppen für Indien einkleiden will. Die neuesten Berichte aus Indien melden Zusammenstöße von Mohammedanern und Hindus. Die Nachrichten stammen aus englischen Quellen und sind darum mit Vorsicht aufzunehmen; vor allem wäre es wichtig zu erfahren, aus welchen Ursachen diese Konflikte zustande kamen.

Ungarn Über Ungarn, das durch die Groß Pariser Friedensverträge mit am meisten verloren hat, sowohl an Volkstum wie auch an wirtschaftlicher Kraft, ist eine historische Darstellung von der Hand des Budapester Universitätslehrers J. Szeksü erschienen (Der Staat Ungarn /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/). Obwohl das Buch noch in der Kriegszeit entstanden ist, hat es doch noch nicht an Wert verloren; denn es ist von der dauerhaften Warte des betrachtenden, nicht des "tagespolitischen", Menschen geschrieben. Für den, der ohne viel Umsstände in die Geschichte des Magyarenstaats eindringen möchte, ist dieses handliche Buch in deutscher Sprache am geeignetsten. Szeksü geht von der Tatsache des mittelalterlichen Stände- und Nationalstaats aus, verfolgt dann die Zeit der »Dreiteilung des Landes« unter dem Druck der Türken (von Türken beherrschtes Gebiet, selbständiges Siebenbürgen und habsburgisches Land), ein Zustand, der zu dem heutigen volkspolitisch manche Parallelen aufweist; es folgt dann die Darstellung der Befreiung unter dem absolutistischen Staat und dann, etwas breiter, des Übergangs zum Verfassungsstaat. Das Buch ist auf Grund umfangreichen historischen Materials gearbeitet und durch Quellennachweise wie Sach- und Personenregister gut ergänzt. Als eine gewisse Fortsetzung des historischen Werkes kann man das ganz gegenwärtige Buch des Budapester Professors Ladislaus von Buday Ungarn nach dem Friedensschluß /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/ lesen. Während Szeksü sich durchweg auf die staatspolitische und verfassungsrechtliche Entwicklung beschränkt, hebt der Statistiker Buday in erster Linie die wirtschaftlichen Tatsachen hervor. Und zwar ist die Generalabsicht die Verstümmelung

Ungarns durch den Friedensvertrag auf allen wichtigen Gebieten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens nachzuweisen. »Die Geographiebücher müssen neu geschrieben, die Statistiken richtiggestellt werden, damit der Politiker, der Kaufmann, der Industrielle die Werte der alten Welt, wenn sie überhaupt noch bestehen, aufzusuchen wisse. Eine solche Neuorientierung für Ungarn bietet das vorliegende Buch.« Dieser vorgesezten Aufgabe genügt das Buch. Sowohl der Vorkriegszustand wie die Umschichtungen infolge des Kriegs werden knapp, sachlich, gut zahlenmäßig belegt, graphisch verdeutlicht dargelegt. Ungarn, das 80 % seiner mineralischen Bodenschätze abtreten mußte, neben Kroaten, Slowenen, Tschechen und Rumänen auch 3,5 Millionen Magyaren an die 3 umliegenden Staaten der Kleinen Entente verlor (es beherbergt heute nur noch eine deutsche Irredenta von 551 700 Menschen, das heißt 6,9 % seiner Gesamtbevölkerung), dieses Ungarn ist heute auf ein Drittel seines Umfangs und damit auch ungefähr seiner Bedeutung herabgesunken. Das frühere wirtschaftliche Gleichgewicht ist durch den Krieg gänzlich aus den Fugen geraten. Ungarn wird viele Jahre brauchen, um seine natürlichen Kräfte im neuen Rahmen auszubalancieren. Es ist jedenfalls so weit schon gelungen, daß durch eine Regierungsverordnung kürzlich das Einfuhrverbot für gewisse Agrarprodukte, vor allem aber Textilien und Eisenwaren, aufgehoben werden konnte. Das heißt, der inländische Markt wenigstens ist wieder hinreichend geordnet, um ausländische Konkurrenz vertragen zu können. Jetzt bleibt noch die Aufgabe den auswärtigen Handel auf Grund der neuen Tatsachen neu zu organisieren. In jüngster Zeit werden von Ungarn besonders lebhaft Beziehungen zur russischen Wirtschaft angestrebt. Rußland soll in der Zukunft als erstes Absatzgebiet der ungarischen Maschinenindustrie gelten. Dazu ist es freilich nötig, daß die russische Wirtschaft selber funktioniert. Rumpfungarn ist vom Meer abgeschnitten, der Wille des Volkes hat sich dadurch nicht auf die Agrarbasis zurückwerfen lassen sondern hat schnell den Anschluß an die technische Entwicklung wiedergefunden. Dem muß so bald wie möglich die Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken von und nach den unmittelbaren Nachbarländern, die ebensowenig autark sind wie das neue Ungarn, folgen; vorerst zu den Landschaften der ehemaligen österreichischen Krone.

Kurze Chronik Der Senator Magnus Johnson aus Minnesota protestierte in einer öffentlichen Erklärung gegen die Klausel über den "nationalen Ursprung" in dem *Einwanderungsgesetz der Vereinigten Staaten*. Er und seine Freunde wollen alles daran setzen, um bis zum Juli 1927 die Klausel zu beseitigen. Die Formel seines Gegenvorschlags ist: Jährliche Gesamteinwanderung nach dem 1. Juli 1927 rund 150 000 Personen; Minimumquote für jedes Land 100; das Verhältnis der Einzelquote zur Gesamtzahl darf nicht günstiger sein als das Verhältnis der in den Vereinigten Staaten ansässigen Rassegenossen zur Gesamtbevölkerung im Stichjahr 1920. Durchgeführt, ergäbe das eine außerordentliche Begünstigung der großbritannischen und irischen Einwanderung, die auf 91 000 stiege (jetzt 62 000), während die deutsche Quote weit unter den in der Regierungsvorlage vorgesehenen Standard sinken müßte, nämlich auf 22 000 (jetzt 51 000). Das Einwanderungsgesetz wurde, trotz den Bedenken, am 1. Juli durch den Präsidenten Coolidge in Kraft gesetzt. \diamond Die *Türkei* versucht im Schiffsdienst ihre eigene (nationaltürkische) Flotte so auszugestalten, daß sie den innern und Levantendienst zunächst selbst besorgen kann. Da die Türken nicht selbst bauen können, kaufen sie gebrauchte Schiffe auf. Ein hierfür günstiger Umstand ist im Augenblick der Tonnageüberfluß der Weltschifffahrt (trotz eifriger Abwrackarbeit); die billige Tonnage bedeutet zwar zugleich auch minderqualifizierte Schiffe, aber für den Küstendienst genügen sie. Eine Klausel im Lausanner Vertrag gestattet den Türken zum 1. Juli 1926 die auswärtigen Küstenschiffahrtsprivilegien zu kündigen, wenn bis zum 1. Juli 1924 keine Einigung zwischen den privilegierten Reedereien und der Regierung von Angora erzielt worden sei. Die Türken hatten es leicht die Einigung durch ihre Bedingungen zu hintertreiben, so daß die Kündigung zum 1. Juli 1926 nunmehr ausgesprochen worden ist. \diamond In *Riga* ist es der deutschen Minderheit, die heute kaum noch 40 000 Köpfe zählt, gelungen, wieder ein ständiges deutsches Theater, zunächst in bescheidenen Räumen, einzurichten, nachdem das ehemals deutsche Theater während der Staatsumwälzung in lettische Hände übergegangen war.

Literatur

Im Jüdischen Verlag in Berlin sind *Max Nordaus* Zionistische Schriften in neuer Ausgabe erschienen. Der am 22.

Januar 1923 Verstorbene hinterläßt damit nicht nur der Zionistischen Bewegung sondern der ganzen geistigen Öffentlichkeit das Zeugnis einer Persönlichkeit, die im schärfsten politischen Tageskampf niemals das hohe Ziel verliert und bei aller kämpferischen Haltung niemals die Würde des geistigen Menschen verliert. Als Theodor Herzl, der Gestalter der zionistischen Bewegung, der Bewegung nach der räumlichen Heimat des jüdischen Volkes, zur Sammlung der jüdischen Kräfte rief, war Max Nordau, der 11 Jahre ältere, einer der ersten, die sich ihm zur Seite stellten. Eine lebenslängliche Kampfkameradschaft entwickelte sich, aus der nach Herzls frühem Tod /1904/ Nordau das Erbe des Zionismus weitertrug. Nordau hatte eine sorgfältige Erziehung (logische, philosophische, hebräische Unterweisung) von frühester Jugend an im väterlichen Haus in Krotoschin genossen (der Vater war der Rabbi Gabriel Südfeld); er trat darum mit bestimmtem geistigen Rüstzeug in die Welt und konnte früh eine glänzende schriftstellerische Laufbahn beginnen. Nach dem Zusammenschluß mit Herzl war er der glänzende Verfechter der zionistischen Idee auf den zionistischen Kongressen, in öffentlichen Versammlungen, wo die packende, ungemein lebendige Diktion seiner Rede mitriß, scharfer Logiker in seinen ungezählten Flugschriften und Artikeln, jede Äußerung getragen von dem Ethos des sichern Charakters. Bei der Bedeutung Nordaus als des geistigen Vorkämpfers im Zionismus nach Herzls Tod ist natürlich die Herausgabe seiner wichtigsten Schriften nicht nur als historisches Dokument sondern auch als Bild eines großen politischen Charakters zu werten. Wem der Zionismus am Herzen liegt, sei es als lebendiges Ereignis oder als Gegenstand der Forschung, der kann an der vorliegenden Sammlung der Schriften Nordaus nicht vorübergehen. \diamond Bei dieser Gelegenheit sei auch auf *Theodor Herzls* Tagebücher hingewiesen, die ebenfalls der Jüdische Verlag in Berlin herausgebracht hat. Eine sehr wesentliche Publikation. Sie enthält unter anderem auch wichtige Mitteilungen über politische Ereignisse, die in das Verhältnis Deutschlands zur Türkei eingreifen, weil die damals, Ende der neunziger Jahre, schwebenden Verhandlungen um die jüdische Siedlungskolonie in sehr interessanter Weise, wie aus den Tagebüchern Herzls hervorgeht, die Fäden der großen europäischen Politik geschnitten haben.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Deutsche sozial- Am 15. Juni tagte in Berlin demokratische Frauenkonferenz 1924 im Anschluß an den sozialdemokratischen Parteitag eine Frauenkonferenz. Das Thema der Besprechung, zu dem Marie Juchacz referierte, hieß Die Frauen und die Wahlen. Da die bisherigen Wahlen erwiesen haben, daß noch ein großer Teil der Frauen für die Sozialdemokratie gewonnen werden muß, will man vor allem versuchen an die politisch indifferenten Frauen heranzukommen. Ein Mittel zu diesem Zweck soll die Frauenwelt sein, eine Zeitschrift, die an die Stelle der Gleichheit tritt (die im vorigen Jahr einging), und die vorwiegend als Unterhaltungsblatt gehalten ist. Neben ihr erscheint ein Informationsblatt Die Genossin, das hauptsächlich den Zwecken der Parteifunktionärinnen dienen soll. Gestreift wurden in den Verhandlungen die Fragen der Alkoholkämpfung, der Schulreform, der Änderung des § 218. Anträge folgenden Inhalts wurden angenommen: Die Konferenz bedauert, daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zur Reichstagswahl die Frauen nicht genügend berücksichtigt worden sind; die Konferenz ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Frauen bei dem Beamtenabbau einzutreten; die Konferenz fordert, daß die Partei ihrem alten Grundsatz "Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb" theoretisch und praktisch zur Durchführung verhilft. Ferner wurde noch eine allgemein gehaltene Resolution angenommen die Kräfte der Frauen für die Bekämpfung des Alkoholismus einzusetzen. An die Reichstagsfraktion wurde die dringende Bitte gerichtet dahin zu wirken, daß der Antrag auf Straffreiheit bei Unterbrechung der Schwangerschaft in den ersten 3 Monaten im Reichstag baldigst beraten werde. Das auf dem Parteitag angenommene Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei bestimmt, daß in den Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis zu ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren ist.

Geschlechtsprobleme In einer Reihe von Abhandlungen, zusammengefaßt unter dem Titel Geschlecht und Kultur /Jena, Eugen Diederichs/, untersucht Rosa Mayreder in Ergänzung und Fortführung ihrer vor etwa 20 Jahren veröffentlichten Kritik der Weiblich-

keit die Geschichte der Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Sie sucht die Normen, die für die Kultur der Zukunft geschaffen werden müssen, weniger in ihrer sichtbaren Gestalt als in ihrem ethischen Gehalt zu bestimmen. Mit reicher Kenntnis, feiner psychologischer Einfühlung und der Gabe origineller Kombination arbeitet sie die Stufen der Entwicklung heraus, die das Verhältnis zwischen Mann und Frau zurücklegt, indem sie immer untersucht, inwiefern diese Beziehungen und ihre Ausgestaltung einen Kulturfaktor darstellen. Bedeutungsvolle Einblicke in das Wesen sexueller und erotischer Probleme, schwerwiegende Forderungen seelischer Leistung ergeben sich daraus. 2 größtenteils parallele Entwicklungslinien treten in dem farbenreichen Bild, das die Verfasserin entwirft, als die wichtigsten hervor: die wachsende Vergeistigung des geschlechtlichen Lebens und die Entwicklung der Frau zur Persönlichkeit. Sie seien hier kurz nachgezeichnet.

Daß Geist und Körper immer mit einander im Zwiespalt sind, ist die Grundtatsache, auf der sich alle Kulturarbeit, als Kampf zur Überwindung, zum Ausgleich dieses Zwiespalts, aufbaut. In primitiven Kulturzuständen tritt ein eigentlicher Konflikt noch nicht ins Bewußtsein. Der Geschlechtsakt erscheint als unbefangene Befriedigung eines Naturtriebs, auch als sakrale, den Göttern wohlgefällige Handlung, losgelöst von jeder seelischen Verbindung zwischen den Geschlechtern. Erst mit der Ausbreitung der christlichen Religion im Abendland beginnt der Zwiespalt zwischen Geist und Fleisch. Die sexuelle Sphäre erscheint als etwas Niedriges, Unreines; von denen, die den höchsten Rang im Reich des Geistes bekleiden, wird der Verzicht auf geschlechtliches Leben gefordert. Auch in der christlichen Ehe, der einzig anerkannten Form der Geschlechtsverbindung, bleibt das Geschlechtliche etwas Sündhaftes, das durch das Sakrament geheiligt werden muß. Wohl wird der einzelne hier an ein bestimmtes Individuum des andern Geschlechts gebunden, aber die sexuelle Beziehung selbst hat noch keinen individuellen Charakter. Dieser wurde in jener hochkultivierten illegitimen Form geschlechtlichen Verkehrs geschaffen, die im Mittelalter neben der Ehe bestand: im Minnedienst. Hier sind die Anfänge der Vergeistigung der Sexualität, der Beginn einer erotischen Kultur, die sich um die Wende des 18. Jahrhunderts vollendet. Nunmehr wird eine Synthese

von Geist und Sinnlichkeit durch die individuelle Liebe gefordert. Eine solche Einheit ist nichts Naturgegebenes, fällt nicht vom Himmel, sie wird errungen, und die Kraft zur Versöhnung der feindlichen Elemente wird aus der Askese geschöpft, die, ihres schlechthin lebenverneinenden Charakters entkleidet, zur Übung in der Beherrschung und Formung, nicht in der Unterdrückung der Triebe wird. So vermag Mayreder mit wahrhaft historischer Gerechtigkeit ein Ideal, über das die Entwicklung hinweggegangen ist, das asketische, weit entfernt es als bloße Verirrung zu betrachten, in seiner Bedeutung für eben diese Entwicklung zu erkennen. In der Gegenwart hat keins der Ideale, die in der Vergangenheit herrschten, mehr Allgemeingültigkeit, die verschiedenen Formen und Mischformen kämpfen mit einander um die Herrschaft.

Wie stellt sich nun innerhalb dieser Wandlungen das seelische Schicksal der Frau dar? Mayreder weist es mit Recht als historisch unhaltbar zurück, daß in der weiblichen Erotik immer jene Harmonie von Sinnen und Seele vorhanden gewesen sei, zu der sich der Mann erst allmählich durchringt. Auf der 1. Stufe ist die Frau bloßes Objekt des Mannes. Auf der 2., unter dem Einfluß der christlichen Askese und der sakramentalen Ehe, wird in ihr das Persönlichkeitsbewußtsein geweckt. Nicht mehr die Mutterschaft, sondern die Jungfräulichkeit gilt für sie als das Höchste; dies gibt ihr ein Gefühl eigenen Wertes. An Stelle der Eigentumsidee, die anfänglich das Verhältnis zwischen Mann und Frau beherrscht, tritt das Bewußtsein der Rechtmäßigkeit, die den Verkehr mit dem einen Mann sanktioniert. So verbindet sich hier zuerst mit den sexuellen Impulsen etwas Geistiges, wenn es auch noch nicht die individuelle Liebe ist, zu sein braucht. Nur die Gesetzlichkeit muß gewahrt werden, auf die persönliche Neigung kommt es nicht an (man denke nur an das in Shakespeareschen Lustspielen häufige Motiv der Unterschlebung einer andern Frau bei der Heirat, das offenbar für damaliges Empfinden nichts Verletzendes hatte). Im Minnedienst, in dem zuerst die persönliche Liebe für das Verhältnis zwischen Mann und Weib entscheidend wurde, entstand doch noch nicht die Einheit von Seelischem und Sinnlichem; diese Beziehungen beruhten auf der Distanz, die immer noch einen Zwiespalt anzeigt. Die Liebe als volle seelische und körperliche Hingabe, als geistig-sinnliche Gemeinschaft, wie sie

wohl zum erstenmal in der Gestalt der Heloise erscheint, die Liebe der 3. Entwicklungsstufe, wird heute von den Frauen, die eine neue Sittlichkeit erstreben, als einzige ethisch gültige und wertvolle Form der legalen Ehe, die kein inneres Verhältnis als notwendig voraussetzt, gegenübergestellt. Erst die Frau der 3. Stufe ist zur vollen Persönlichkeit entwickelt. Eben um aber der Forderung der Einheit von Körper und Geist zu genügen, muß sie ihr eigenes Wesen zur höchsten Entfaltung bringen. Erst jetzt ist sie aus dem Objekt vollständig Subjekt geworden, erst jetzt kann sie daher auch von ihrer Liebe sprechen, und deshalb hat man fälschlich geglaubt, eine andere Stufe der Liebe habe es für sie nicht gegeben. In dieser höchsten Form ist zwischen der Liebe des Mannes und des Weibes kein Wesensunterschied mehr, sie ist bei beiden völlige Verschmelzung, Erweiterung des eigenen Ichs, Erlösung aus der Vereinzelung. Aber bei der Frau hat sich die Entwicklung zur selbständigen Persönlichkeit im Gegensatz zu ihrer durch die Gattungsbestimmung geprägten Natur, die sie zur Passivität disponierte, vollzogen, und immer wird es für die Frau ein größeres Problem sein ihre Persönlichkeit zu behaupten; ja gerade die Liebe, die eine Hingebung des Leibes und der Seele mit allen Fasern fordert, wird den Konflikt zwischen Selbsthingabe und Selbstbehauptung noch vertiefen und verschärfen. Die individuelle Liebe bedeutet vermehrte Leidensfähigkeit, aber sie bedeutet auch den höhern Seelenzustand.

Den Prozeß der Verinnerlichung und Sublimierung, den die Geschlechtsliebe erfährt, beobachtet Rosa Mayreder auch in der Entwicklung des Vatergefühls, die sie in einem besondern Kapitel Die Krise der Väterlichkeit untersucht. Die Väterlichkeit, die sich vor allem auf die Herrschafts- und Eigentumsidee gründete, nachdem sie über den primitiven Instinkt hinausgewachsen war, wird immer mehr zu einem reinen Ausdruck des Gefühls, das von Anfang an eine ihrer Wurzeln bildet: des Identitätsgefühls. «mit dem der einzelne durch sein Verhältnis zur Nachkommenschaft sein flüchtiges Dasein in die unermessliche Dauer der Gattung verwebt».

Welche Konsequenzen müssen sich nun aus diesen geistigen und psychologischen Wandlungen für die Institutionen, die das Verhältnis zwischen den Geschlechtern regeln, ergeben? Die Ehe hatte festen Bestand, solange sie sich auf ein äußeres Machtverhältnis, die patria po-

testas gründete, solange sie materielle und soziale Vorteile bringen konnte, solange die Liebe in ihr keine wesentliche Voraussetzung war. Ein mittelalterliches Minnegericht fällt das Urteil, daß Liebe zwischen Ehegatten nicht statthaben könne, weil Liebende sich alles freiwillig gewähren, Ehegatten dagegen verpflichtet seien einander zu Willen zu sein. Doch wird schon in der Ehe und durch die Ehe der Grund zu einer persönlichen seelischen Verbindung zwischen Mann und Frau gelegt. Und langsam tritt in der Entwicklung das Streben hervor Liebe und Ehe als einheitliche Lebensform, die Ehe als Verwirklichung der Liebe aufzufassen. Sobald aber an den Lebensbund zwischen Mann und Frau die Forderung gestellt wird, daß er nicht nur eine äußere sondern auch eine seelische Gemeinschaft sein soll, muß ihre unbedingte äußere Geltung erschüttert werden; zugleich wird das Herrschaftsrecht des Gatten und Vaters durch die Entwicklung der geistigen Selbständigkeit und die moderne Jugendbewegung untergraben.

Gibt es nun ein Moment, das die Ehe, die innerlich begründete Ehe, von der freien Liebe unterscheidet, das ein Bemühen um ihre Erhaltung unter so veränderten Verhältnissen rechtfertigt? Mayreder sieht es in dem Willen zur Dauer der Liebe, und eine Ehe im modernen Sinn ist »der Wille in einer geschlechtlichen Verbindung die Liebe als jene Form der Lebensgemeinschaft zu verwirklichen, die aus 2 Personen verschiedenen Geschlechts eine seelische Einheit macht«. Es ist ohne Frage, daß erst der Wille zur Dauer, die Treue der Liebe den höchsten Adel verleiht, daß erst die Bindung ihr einen sittlichen Wert aufprägt und sie mit dem Hauch der Schicksalsmächte umkleidet. Die Ehe als Verkörperung solcher Liebe ist eine der wertvollsten Errungenschaften seelischer Kultur. Diese Idee darf nie verloren gehen, soll die Kultur nicht sinken, und jede Umbildung der gesellschaftlichen Formen des sexuellen Lebens wird sich aus ihr entwickeln müssen. Eine solche Ehe ist unauflöslich; aber freilich nur im Sinn einer innerlichen Forderung, nicht eines äußern Gesetzes. Nicht mit dem blinden Vertrauen in einem sichern Hafen gelandet zu sein darf eine Ehe geschlossen werden sondern mit dem festen Willen alle Kräfte der Seele zu spannen, um die innere Gemeinschaft durch ständige Vertiefung und Vereidung zu wahren. Mayreder beleuchtet die Schwierigkeiten, die sich dieser Lei-

stung entgegenstellen, und die sowohl aus der Liebe und ihrem veränderlichen unberechenbaren Wesen wie aus dem zermürbenden Einfluß des Alltags entspringen. Und ferner, daß der lebenslänglichen Einehe auf Grund der freien Liebeswahl der höchste Rang gebührt, besagt nicht, daß sie die einzige sozial gebilligte Form des Geschlechtsverhältnisses sein muß. Das hieße an die Durchschnittsmenschen zu hohe Anforderungen stellen und bedeutete die Unmöglichkeit aus der Verwirrung und Heuchelei der heutigen sexuellen Zustände herauszufinden. Daß durch die »kleine Ehe neben der großen Ehe«, die Zeitehe, die »große Ehe« außer Gebrauch käme, ist schon deshalb nicht zu befürchten, weil sie ja auch jetzt nur von denen aufrechterhalten wird, die sie erfüllen. Mayreder betont mit Recht, daß sich die Tendenzen der Verinnerlichung und der Verweltlichung der Ehe nicht durchkreuzen dürfen, daß das Interesse, das der Staat an der Regelung des geschlechtlichen Lebens nimmt, die Entwicklung zur Vergeistigung nicht stören darf, und daß hier die eigentliche Schwierigkeit für die Schaffung neuer Ehenormen liegt.

Auf den inneren Banden ruht jetzt, wo immer mehr die äußeren zerreißen, die Gestaltung der Kultur des sexuellen Lebens und der Familienbeziehungen. Mayreder ist des Glaubens, daß sie sich als die stärkeren erweisen werden. Für die Entwicklung neuer sittlicher Maßstäbe fällt der Frau eine besondere Aufgabe zu. Die heute herrschende doppelte Moral ist eine Schöpfung des Mannes; wie Rosa Mayreder glaubt, des Vaters, der seine Tochter schützen wollte. Sie kann erst dann verschwinden, wenn die Frau stark genug ist sich selbst zu schützen, die Notwendigkeiten ihres innern Lebens zum allgemeinen Maßstab zu erheben. Sie muß, was unter der Herrschaft früherer Ideale durch die hohe, zu hohe Bewertung der Jungfräulichkeit errungen ist, die innere Einheitlichkeit festhalten und im Sinn der Einheitsseele die Einheitsmoral zur Herrschaft bringen. Mit einem neuen Begriff der weiblichen Ehre, mit der die Bewahrung der Keuschheit an sich nichts zu tun hat, muß die Ausschließlichkeit, die generative Verlässlichkeit untrennbar verbunden sein. Die Kultur der Zukunft wird überhaupt, dies ist das Resultat der allgemeinen Betrachtungen Mayreders über Geschlecht und Kultur, stärker unter dem Einfluß der Frau stehen. Freilich nicht in dem Sinn, daß entsprechend einer besondern weiblichen Eigenart, gegen deren sche-

matische Festlegung sich Mayreder schon in der Kritik der Weiblichkeit energisch wendete, besondere Wirkungsgebiete für die Frau abgetrennt werden. Aber die naturgegebene Verschiedenheit der Geschlechter, die in der ungleichen generativen Belastung liegt, bedingt, daß, wenn die Frauen in den Wirkungskreis des Mannes eintreten, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dort, wo sie der weiblichen Natur widersprechen, ihr angepaßt werden müssen.

Zu den hier behandelten Problemen nimmt auch Marianne Weber in ihrem Buch Frauenfragen und Frauengedanken /Tübingen, J. C. B. Mohr/, das in dieser Rundschau (1922 I Seite 48) schon kurz besprochen wurde, Stellung. Sie gelangt in dem letzten Aufsatz Die Formkräfte des Geschlechtslebens, in dem sie mit schmiegendem und weitherzigem Verstehen die seelischen Zustände der Gegenwart beleuchtet, trotz ihrer im Grunde konservativen Einstellung doch zum Teil zu ähnlichen Resultaten wie Rosa Mayreder. Sie erkennt, daß die starren Normen der Vergangenheit sich vor der Mannigfaltigkeit des Lebens heute nicht mehr aufrechterhalten lassen. Wohl ist die Geschlechtsliebe in ihrer idealen Form nicht losgelöst von Verantwortung zu denken. Aber neben der großen, schicksalhaften Liebe gibt es andere Formen der Lebenssehnsucht, die der despotische Zwang eines zu hoch gegriffenen Ideals erstickt, wodurch seelische Verkümmerng entsteht. Weber warnt deshalb davor, daß man freie Liebesverhältnisse, wie sie sich heute mehr und mehr einbürgern, unduldsam mit sozialer Mißbilligung verfolgt, sie tritt für eine leichte Lösbarkeit der Ehe ein, damit jungen Menschen, die sich noch nicht unlösbar binden wollen und können, die Möglichkeit zur Frühheirat gegeben wird. Allerdings verlangt sie für das freie Verhältnis ein »strenges Incognito«; es habe, da es sozial nicht wertvoll sei, keinen Anspruch auf soziale Anerkennung. Freilich wird sich die Grenze zwischen sozialer Mißbilligung und der Versagung sozialer Anerkennung hier schwer ziehen lassen, und es ist die Frage, ob es nicht eigentlich dem Sinn und der Würde der Ehe mehr entspricht, und klarere Verhältnisse geschaffen werden würden, wenn Menschen, die sich nicht auf immer binden wollen, eine "Ehe auf Zeit" eingingen. Wer eine wirkliche Ehe schließen will, sollte es mit dem Willen zur Treue tun; er soll wissen, daß er einen in der Idee unlöslichen Bund schließt, der nur, wenn die Kräfte zu seiner Er-

füllung nicht reichen, gelöst werden muß. Die freie Ehe aber wird von selbst, sobald sie sozial anerkannt ist, aus der absoluten Verantwortungslosigkeit in die Sphäre gewisser Bindungen gehoben.

Liebe und Ehe Die Probleme und Konflikte, die sich für das innere und äußere Leben der Frau aus den gegenwärtigen Zuständen des Geschlechtslebens ergeben, beleuchtet Ketty Guttman in Form von Briefen zweier Frauen unter dem Titel Liebe und Ehe /Hamburg, Internationaler Kulturverlag/. Sie stellt in ausdrucksvoller Lebendigkeit zwei Frauen einander gegenüber, eine russische Schriftstellerin und Politikerin und eine Proletarierin, die jede auch einen andern erotischen Typ darstellen. Sascha ist jene Frau der 3. Stufe, die in der Ehe unbedingt die Liebe fordert, sich von ihrem Mann trennt, als er sie nicht mehr liebt. Anna, die Arbeiterfrau, ist in ihren Liebesinstinkten im Grunde eine primitive Natur, sie gibt sich dem ersten Mann, der sie äußerlich lockt, hin, um ihren Erlebnisdrang zu befriedigen, ohne daß sie ihn liebt, ohne daß sie eine dauernde Verbindung mit ihm wünscht; sie heiratet ihn nur, weil sie sich nicht getraut sich allein durchs Leben zu schlagen. Zugleich ist sie die Frau, die sich dem Mann, dem sie gehört, in allem fügt, die seine Untreue schweigend duldet, ihn, nachdem er sie verlassen hat, wieder aufnimmt, als er müde und gebrochen zu ihr zurückkehrt, alles ohne Liebe, nur aus Schwäche und einer Art mütterlichen Mitleids. Trotzdem vertritt diese Frau sehr bewußt und kritisch ein Programm der Sexualreform: freie Liebe, Wegfall jeglicher Normen des sexuellen Lebens, staatliche Erziehung der Kinder. Gegenüber der vielfach guten psychologischen Beobachtung komplizierter Seelenzustände, die die Verfasserin in der Charakteristik der beiden Frauen an den Tag legt, wirkt diese Lösung reichlich einfach und schematisch. Gerade das Eheleben der Anna zeigt, wie wenig durch eine bloße Beseitigung äußerer Schranken geändert werden würde. Warum heiratet sie den Mann überhaupt, da sie ja später auch ohne ihn fertig wird? Und warum nimmt sie ihn wieder auf? Die Konflikte liegen viel tiefer, in der Seelenbeschaffenheit der Geschlechter. Die Forderung der freien Liebe ist hier rein negativ, zumal im Mund dieser primitiven Frau, bei der sie ja nicht dem Wunsch nach ungehemmter Entwicklung erotischer Kultur

entspringt sondern dem Drang Naturtriebe zu befriedigen; es ist "Freiheit wovon", die für den Menschen höherer Kultur nichts bedeutet, nicht "Freiheit wozu". Und wenn die Verfasserin Anna sagen läßt »Das Band zwischen Eltern und Kindern ist nicht von der urbegründeten natürlichen Festigkeit, wie es immer dargestellt wird« und »Mutterliebe, ob sachlich überhaupt etwas daran ist?« und darauf ihre Forderung nach staatlicher Kindererziehung gründet, so widerlegt sie diese Behauptungen selbst durch die Schilderung der andern Frau und Mutter, die, obgleich sie ihr Kind in der Verfolgung ihrer eigenen Lebenspläne, ihrer geistigen und politischen Tätigkeit, als ein Hemmnis empfindet, trotzdem, als der kleine Knabe, den sie zu Fremden in Pflege gegeben hat, dabei zu Grunde zu gehen droht, ihr eigenes Leben für ihn opfert. Manches, was die Verfasserin zugunsten einer Gemeinschaftserziehung gegen die oft einsichtslose Erziehung der Eltern anführt, ist stichhaltig. Aber niemals kann es der Sinn einer höhern Entwicklung des menschlichen Geschlechts sein an Stelle der individuellen Beziehungen, die in der engsten blutmäßigen Verwandtschaft, die es gibt, ihre tiefe und naturstarke Wurzel haben, den Schematismus einer allgemeinen ausschließlichen Anstaltserziehung, »so freundlich und verständig wie möglich«, zu setzen, die Elternliebe und Kindesliebe, die, um mit Rosa Mayreder zu sprechen, »im Wesen der Generationsfolge, die eine ewige Form des natürlichen Lebens ist«, wurzelt, aus der Gestaltung der menschlichen Verhältnisse ausschalten zu wollen. Eine stärkere Einflußnahme der Gesellschaft auf die Erziehung wird sich als notwendig erweisen. Aber die Verantwortung der Eltern für die Kinder aufheben, das Band zwischen ihnen zerreißen zu wollen, dürfte nicht gelingen und würde, wenn es gelänge, eine Verarmung und Verflachung des Lebens bedeuten.

Einen psychologisch interessanten Versuch ein Verhältnis zwischen zwei Menschen, das den Anforderungen einer sublimierten Erotik genügt, in allen seinen Möglichkeiten und allen Konsequenzen für die Entwicklung der Persönlichkeit, insbesondere der Frau, darzustellen, bildet der Roman Helene Stöckers *Liebe* /München, Rösl & Cie./ Man wünschte nur diese Zusammenstellung psychologischen Materials nicht in Romanform gebracht zu sehen, weil dabei der Mangel künstlerischer Formung, die über dem Inhalt, der Tendenz, vollstän-

dig vergessen worden ist, stellenweise unerträgliche Längen schafft. Inhaltlich jedoch ist das Buch in mancher Beziehung aufschlußreich, und die Tendenz an sich: einer verfeinerten Liebeskultur zur Entfaltung zu verhelfen, durchaus zu begrüßen. (Nur wird der Eindruck durch eine naive Parteinahme für den weiblichen Teil beeinträchtigt, der in der Liebe wenigstens immer als der unbedingt überlegene erscheint, und durch eine sich immer wiederholende, an moralisches Philistertum neuerer Observanz streifende Polemik gegen Goethes *Faust*, das heißt gegen die Gretchentragödie, deren tiefster und unmittelbarer Sinn von der Verfasserin wohl sehr verkannt wird.) Stöcker schildert eine illegitime Liebe, die aus äußeren Gründen nicht zur Ehe wird und, obgleich ihr eine volle gegenseitige seelisch-sinnliche Hingabe und der unbedingte Wille zur Dauer zugrunde liegen, doch nicht zu einer völligen Gemeinschaft ausreifen kann sondern vorzeitig gelöst wird. Durch eine an einer Stelle freilich etwas schwache Motivierung gewinnt sie die Möglichkeit dieses Verhältnis in allen seinen verschiedenen Stadien des Werdens, der Erfüllung, des Ringens um innere Vertiefung, des Verzichts, des Auseinanderlebens, des Wiederfindens auf höherer Stufe und der endlichen Resignation darzustellen; sie hat insbesondere Gelegenheit die Entwicklung in der Liebe der Frau von einem leidenschaftlichen, unbedingt fordernden Idealismus zu einem reifen, gütigen Verstehen zu schildern, ebenso den Konflikt, in den die liebende Frau gerät, wenn sie ihre Persönlichkeit behaupten will, und der sich mit der Verinnerlichung der Liebe immer mehr zuspitzt. Den Kernpunkt ihrer Auffassung der Liebe bezeichnen diese Worte: »Liebe ist ja die stärkste Gebundenheit, die es gibt, die tiefste seelische Abhängigkeit, die erlebt werden kann, das gerade Gegenteil von Freiheit.« Also könne auch die sogenannte freie Liebe keine Lösung sein, die überhaupt nicht in der Form stecke sondern in dem seelischen Vorgang.

Tagungen Vom 1. bis zum 8. Mai fand in Washington der 4. Kongreß der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* statt, zu dem 39 Nationen Vertreterinnen entsandten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage einer neuen internationalen Ordnung, die vom politischen, ökonomischen und ethischen Standpunkt aus erörtert wurde.

Der Vorstand des *Internationalen Frauenbundes* hielt seine alle 2 Jahre stattfindende Tagung vom 20. bis zum 28. Mai in Kopenhagen ab. Es nahmen etwa 150 Delegierte, unter ihnen zum erstenmal Vertreterinnen aus Lettland, Polen und Tschechien, daran teil. In seinen verschiedenen ständigen Ausschüssen beschäftigte sich der Bund, außer mit allgemeinen Frauenfragen, im einzelnen vor allem mit der Regelung der Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau, mit der Sicherung des weiblichen Einflusses im Völkerbund und mit der Auswanderungsfrage.

Am 31. Mai tagte vor dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien eine *internationale Konferenz gewerkschaftlich organisierter Arbeiterinnen*, an der Delegierte aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Jugoslawien, Österreich, Tschechien und Polen teilnahmen. Dem 1919 in Washington gegründeten Internationalen Arbeiterinnenbund, dessen Sekretärin ebenfalls anwesend war, stehen die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen auch heute noch fern. Man beschloß die Arbeit für die Organisation der Frauen innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes fortzusetzen, der sich bereit erklärt hat nach Bedarf eine internationale Arbeiterinnenkonferenz einzuberufen, für die Aufstellung eines Arbeiterinnenkomitees Richtlinien auszuarbeiten und die Anstellung einer Sekretärin für Frauenpropaganda in Erwägung zu ziehen.

In Mannheim fand vom 17. bis zum 19. März die 13. Generalversammlung des *Bundes deutscher Frauenvereine* statt. Referate Dora Hansens und Marie Baums beschäftigten sich mit dem Problem der Hausfrauenarbeit von der psychologischen Seite und von der Seite der Gesetzgebung, nicht unter dem Gesichtspunkt der praktischen Umgestaltung. Eine ausgedehnte Aussprache knüpfte sich an die Vorträge Emma Enders und Gertrud Bäumers über die Frauen in den Parlamenten und als Wähler, in der mehrfach der Wunsch nach überparteilicher Zusammenarbeit zum Ausdruck kam. Ein Vortrag Margarete Treuges beleuchtete die Lebensprobleme der weiblichen Jugend. Der Gesamtvorstand der am 19. März zu einer Sitzung zusammentrat, beschloß unter anderem eine Facharbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Alkoholismus zu bilden. Ferner billigte er die ablehnende Haltung, die der Bund gegenüber einer Einladung des Internationalen Frauenbundes zur Teil-

nahme an einem internationalen Frauenkongreß zur Erforschung der Kriegsur-sachen eingenommen hat, weil die Fragen, die sich auf den Krieg und seine Folgen beziehen, von den Verhandlungen ausgeschlossen sein sollten. (Diese Ablehnung verträgt sich freilich schwer mit der lebhaften Propaganda, die ein großer Teil der Frauen gegen die "Kriegsschuldlüge" treibt.)

Kurze Chronik Nach dem Jahresbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes betrug der Anteil der Frauen an den *gewerkschaftlichen Organisationen* im Jahr 1922 in Deutschland 22,5 %, in Österreich 22,2 %, in Jugoslawien 21,2 %, in Tschechien 18,3 %, in Palästina 17,3 %, in Dänemark 16,4 %, in der Schweiz 13,1 %, in Ungarn 10,5 %, in Polen 10,4 %, in Frankreich 10,3 %, in Italien 9,9 %, in Schweden 8,6 %, in Belgien 8,4 %, in England 6,9 %, in Holland 5,2 %. \diamond Innerhalb der *Deutschen Friedensgesellschaft* ist ein Frauenbund gegründet worden mit dem Ziel auf andere Art und zum Teil mit anderen Mitteln die Arbeit der Männer zu ergänzen. \diamond Nach den Angaben der Denkschrift der Reichsregierung über den *Beamtenabbau* sind 15,3 % der weiblichen Beamten, 51,6 % der weiblichen Angestellten entlassen worden. Von 2955 verheirateten Beamtinnen sind 54, von 745 verheirateten Angestellten 139 übriggeblieben (siehe auch diese Rundschau, in diesem Band Seite 522). \diamond Die Direktion der *niederländischen Eisenbahnen* hat beschlossen sämtliche verheiratete Frauen, die im Eisenbahndienst sind, zu entlassen. \diamond Im kommenden Wintersemester halten an den deutschen Universitäten 20 *weibliche Dozenten* Vorlesungen, 9 auf dem Gebiet der Philologie, 4 auf dem der Naturwissenschaften, 2 über Geschichte, je 1 über Nationalökonomie, Soziologie und Pädagogik und 2 über Sprachtechnik. \diamond In Dänemark hat Genossin Nina Bang das *Unterrichtsministerium* übernommen. \diamond Am 5. Oktober ist *Maria Lischnewska* 70 Jahre alt geworden. Sie gehörte zu den Führerinnen der ersten Generation der Frauenbewegung. Sie rief 1895 den Landesverein preußischer Volksschullehrerinnen, 1912 den Reichsverband deutscher Schneiderinnen ins Leben. Mit Helene Stöcker zusammen gründete sie im Jahr 1915 den Bund für Mutterschutz. Sie ist eine der wertvollsten Persönlichkeiten der deutschen Frauenbewegung, und es sei ihr noch eine lange Wirksamkeit gewünscht.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Natorp † Am 17. August starb Paul Natorp, nach Hermann Cohen Führer der Marburger Kantschule. Er war am 27. Januar 1854 in Düsseldorf geboren. Bald nach seiner Habilitation in Marburg /1882/ hat sich der junge Philosoph ganz an Hermann Cohen angeschlossen. Der alten Universitätsstadt an der Lahn ist er seitdem treu geblieben. Hier wurde er 1885 außerordentlicher und 1893 ordentlicher Professor. Er hat alle Gebiete der Philosophie behandelt und vielfach mit Glück gefördert. Wie bei Cohen so lag auch für ihn der Schwerpunkt der Leistung Kants in der Schöpfung der transzendentalen Methode, die ihre strengste Durchbildung erhielt. Infolgedessen kam er nahe an einen Panlogismus. Die Erkenntnis stellte sich ihm als ein unendlicher Prozeß der Gegenstandsbestimmung, als eine unendliche Aufgabe dar. Er hat diesen Standpunkt auf die Probleme der Mathematik und Physik in seinem Buch *Die logischen Grundlagen der exakten Wissenschaften* /Leipzig, B. G. Teubner/ angewandt, dessen Ergebnisse den Physikern weit annehmbarer erschienen als den Physikern. Große Beachtung haben seine Ethik und seine Pädagogik gefunden, in denen er dem sozialen Element die überragende Bedeutung gab. Unter scharfer Bekämpfung Herbarts vertrat er die Meinung Pestalozzis, daß Erziehung Willensbildung durch die Gemeinschaft sei.

In den letzten 8 Jahren ungefähr haben sich Natorps Anschauungen nicht unwesentlich gewandelt. Wohl unter dem Einfluß seiner ethischen und sozialpädagogischen Theorien kam er der Lebensphilosophie immer näher. Ohne seine früheren Ausführungen zu widerrufen, suchte er sie durch einen Vorstoß ins Irrationale in ihrer systematischen Bedeutung zu modeln. Logos und Ethos werden ihm nunmehr zu den alles tragenden Grundbegriffen, und in jahrelangen Ringen, das durch den Tod jäh abgebrochen wurde, suchte er nach einem neuen systematischen Aufbau. Eine seltene Jugendlichkeit und Frische des Empfindens machte ihn zu einer der sympathischsten Erscheinungen unter den deutschen Philosophen unserer Tage.

Ethik Viel mehr als die Frage nach dem richtigen Inhalt des Sittengesetzes beschäftigt seit altersher die philosophische

Ethik das Problem nach dem Wesen des moralischen Gesetzes überhaupt. Schon früh fiel es den Betrachtern auf, daß sowohl der Ort, wo das Sittengesetz sich auswirkt, wie auch die Besonderheiten, mit denen es sich Beachtung zu verschaffen sucht, es zu einem Gebilde eigener Art machen und es, wenigstens nicht ohne weiteres, zu den Naturgesetzen stellen lassen. Die vielfachen Bemühungen der Sophisten, der epikuräischen Philosophie, Hobbes', Humes und der psychologisch orientierten Ethiker des 19. Jahrhunderts den Naturcharakter des Sittengesetzes zu erweisen haben den Erfolg gehabt, daß man die völlige Verschiedenartigkeit der beiden Gesetzearten eingesehen hat. Auch die schärfsten und folgerichtigsten Versuche das Sittengesetz als einen Spezialfall der psychologischen, also einer kausalen Gesetzmäßigkeit, anzusehen, ließen gerade das Besondere der moralischen Verbindlichkeit unangetastet. So wertvoll alle moralpsychologischen und moralhistorischen Untersuchungen in anderer Hinsicht sein mögen, die Form des Sittengesetzes wurde in ihrer Eigenart kaum bemerkt, und wo dies doch hin und wieder geschah, da mußten die allerseltsamsten Hilfskonstruktionen herhalten, um die gesuchte psychologische Herleitung zu ermöglichen. So scheint, wenn man die ethische Literatur der letzten Jahre durchmustert, wenigstens darin eine gewisse allgemeine Übereinstimmung zu herrschen, daß das Sittengesetz etwas anderes sein müsse als ein Kausalgesetz. Denn es enthält ja kein Müssen wie dieses, sondern ein Sollen. Auf diesen Unterschied hat schon Kant mit aller Deutlichkeit hingewiesen, und es ist vor allem seinem Einfluß zuzuschreiben, wenn man heute, auch da, wo man ihn sonst ablehnen zu können glaubt, die Unterschiede zwischen Sitten- und Naturgesetz schärfer sieht als es noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war.

Dies ist nun wesentlich: Das Naturgesetz verknüpft Vorgänge, physische oder psychische, in strenger Notwendigkeit mit einander; das Sittengesetz fordert ein bestimmtes Geschehen als Handlung des bewußten Menschen. Jenes hat seine Geltung im ganzen Umkreis des physischen und psychischen Seins, dieses nur im Bereich des bewußten Handelns. Nun entsteht hier die Frage, ob die sittliche Forderung aus dem Mechanismus des physischen oder des seelischen Lebens auf irgendeine Art erwächst, oder ob sie etwas davon ganz Verschiedenes ist. Nach der ersten Auffassung sind es etwa

die sozialen Triebe in der Menschenatur (Sympathiegefühle bei Hume, das Mitleid bei Schopenhauer), die die sittliche Handlung ermöglichen. Nach der andern Auffassung ist es ein überindividuelles Vernunftgesetz, das sich im Bewußtsein manifestiert und den Grund der Möglichkeit des Sittlichen abgibt.

Einen neuen Beitrag zur Lösung dieser Frage gibt der Berliner Privatdozent *Paul Hofmann* in seiner Schrift *Eigen-gesetz oder Pflichtgebot* /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/. Mit der ruhigen Klarheit und dem vorsichtigen Abwägen aller Meinungen gegen einander, das man bei diesem Denker kennt, werden die Argumente geprüft, die dafür sprechen das Sittengesetz in der Beschaffenheit des Individuums ruhen zu sehen. Ebenso wird aber auch der andere Standpunkt untersucht, der das Sittengesetz in einem überindividuellen Vernunftgesetz erblickt. Des Verfassers Anschauung, die er vor Jahren in einem großen Werk erkenntnistheoretisch zu begründen versuchte: daß das Bewußtsein von antithetischer Struktur sei, und daß infolgedessen überall 2 einander entgegengesetzte Betrachtungsweisen möglich sind, beide in sich folgerichtig durchführbar, wird auch hier angewandt. Einmal nämlich können der Handelnde und seine Handlungen als Objekt unter anderen Objekten betrachtet werden; dann aber kann der Handelnde als Subjekt seiner Handlungen sich selbst betrachten. Im einen Fall kommt man zu einer mechanistisch-individualistischen Ethik, wie sie die englischen Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts ausgebildet haben, im andern Fall erhalten wir eine rationalistisch-überindividualistische Gesinnungsethik, wie sie die Philosophie des deutschen Idealismus entwickelte. Man darf Hofmann zugeben, daß die Herleitung der beiden Theorieengruppen von diesen beiden Standpunkten lückenlos und folgerichtig möglich ist. Ebenso wird man die methodische Voraussetzung des Verfassers billigen, daß die Durchführung dieser antithetischen Betrachtungsweise nicht nur die relative Berechtigung der beiden Theorieengruppen, der mechanistisch-realistischen und der idealistischen, erweist sondern auch ihre Einseitigkeit und Unzulänglichkeit.

Den Ausgang zu ihrer Überwindung findet Hofmann darin, daß beide ethische Theorien, die Erfolgs- wie auch die Gesinnungsethik, das rein Individuelle als das Widersittliche betrachten, das überwunden werden muß. Wenn nun das In-

dividuelle selbst zum Prinzip des Sittlichen gemacht würde, dann wäre ein Standort über den beiden vorgenannten antithetischen Standpunkten gefunden. Diese wahrhaft individualistische Ethik hätte das Gute in dem Kern des realen Individuums zu erblicken, der sich erst allmählich entfaltet und zur Auswirkung bringt. Damit wäre jede Forderung nach realer Allgemeingültigkeit der ethischen Wertungen abgelehnt. Sie hängen durchaus mit der jeweiligen Eigenart des Individuums zusammen, dessen sittliches Handeln nicht in der Unterordnung seiner Sonderart unter ein überindividuelles Gesetz besteht sondern in dem vollen Bekennen und Herausarbeiten dieser Sonderart entgegen allen Trübungen und Verwirrungen, die durch Einflüsse von außen und durch Irrtümer in der Selbstbesinnung entstehen. Daß aber auch bei Durchsetzung der Eigenheit ein soziales Handeln möglich ist, kommt nach Hofmann daher, daß der Kern der Persönlichkeit nicht Egoismus ist sondern Liebe. Wenn nun bei einem Handeln, das nur auf Manifestierung der tiefsten individuellen Eigenart gerichtet ist, tatsächlich eine große Übereinstimmung unter den Menschen besteht, so kommt dies daher, daß diese in ihrem tiefsten Kern einheitlicher und übereinstimmender sind als die mehr oberflächlichen Bezirke ihres geistigen Lebens ahnen lassen.

Hiernach ist das Gute ein objektiv Gegebenes, das real seiende Individuum; und es ist ferner das Gute das nicht in einem objektiven Vorgang Angebbare sondern in der Selbstbesinnung Aufgefundene. Das Individuelle in all seiner Fülle und Mannigfaltigkeit erhält ethischen Wert zugesprochen. Andererseits aber darf man sich doch nicht die Schwächen und Schwierigkeiten dieser Theorie entgehen lassen. Nicht das tatsächliche Individuum ist ethisch wertvoll sondern sein Kern, so wurde uns gesagt. Hier wird doch ein Unterschied gemacht zwischen den realen Seinsmomenten und einem idealen, erst noch zu verwirklichenden Element, das eigentlich nicht Seinscharakter sondern Geltung besitzt. Tatsächlich steht hinter allen Argumentationen verbüllt die Geltungstheorie. Gewiß, das Gute tritt nicht als Norm, als Pflichtgebot dem einzelnen Menschen und dem Ablauf seines seelischen Lebens gegenüber, aber es ist das auszeichnende Moment eines Seienden, des Individuums, in der Mannigfaltigkeit seiner Eigenschaften; es zeigt sich an einem Sein, aber es ist selbst

kein Sein sondern ein Geltendes. Auch Hofmann sieht, daß nicht das Individuum als solches, mit diesen und jenen Eigenschaften und Handlungen, selbst schon wertvoll ist, sondern nur sein Wesenskern. Was ist dieser aber besonders neben den Eigenschaften und Handlungen? Er ist nur insofern etwas Besonderes, als er kein Sein ist, sondern ein Idealbegriff, der Typus zu einem irgendwie bestimmten Sein. So haben die Darlegungen Hofmanns wohl das Verdienst die Überspannung der rationalistisch-überindividualistischen Theorie zu bekämpfen. Aber ohne Anleihen bei ihr zu machen und ohne sich auf sie zu stützen, kann auch er die Eigenart des Ethischen nicht fassen. Wenn dieses ein Sollen ist, dann kann keine Eigenschaft des Individuums das Gute selbst sein; denn dann wäre das Sein gleich dem Sollen; eine unmögliche These.

Das Buch Hofmanns hat der Diskussion über ein ethisches Grundproblem neue Anregungen gegeben, und dies ist ein nicht gering anzuschlagender Gewinn. Aber eine wirkliche Lösung konnte es nicht bringen. Sie muß in einem ganz andern Bezirk gesucht werden. Die Hilfskonstruktion einer prästabilierten Harmonie zwischen Individuum und Gemeinschaft, deren sich Hofmann im Grunde bedient, läßt das Letzte des Problems unangetastet. Ein prinzipiell Neues muß gefordert werden. Wir können zu ihm nur durch eine neue Zentrierung vordringen; von dem Menschen (gleichviel ob als Individuum oder als Kollektivum) weg zu den zu schaffenden Dingen hin. In dem Pflichtgebot des Schaffens, auf das Objekt, nicht das Subjekt bezogen, liegt der Ausgangspunkt einer neuen Ethik, die die alte Antithese in höherer Sphäre auflöst. In diesem Zusammenhang sei auf die deutsche Ausgabe der Ethik *Peter Krapothins* hingewiesen, die der Verlag Der Syndikalist in Berlin herausbringt, und von der 1. Band: Ursprung und Entwicklung der Sittlichkeit, erschienen ist. Dieses Werk des interessanten Denkers und edlen Menschen steht ganz auf dem Standpunkt einer naturwissenschaftlich fundierten Ethik. Die moralgenetische Betrachtungsweise, die hier durchgeführt wird, stützt sich auf ein außerordentlich reiches Material. Prinzipiell muß freilich eingewandt werden, daß es nicht erlaubt ist die tatsächliche Moralität der Primitiven und die moralphilosophischen Lehren seit der griechischen Philosophie zu einer Reihe zu ordnen; sie gehören verschiedenen Gebieten an.

Internationaler Philosophenkongress 1924 Vom 5. bis zum 9. Mai hat in Neapel ein internationaler Kongress für Philosophie stattgefunden, zum erstenmal seit Kriegsende. Verbunden mit diesem Kongress waren 3 Gedenkfeiern: die Feier der Gründung der Universität Neapel durch Friedrich II vor 700 Jahren, der 650. Todestag Thomas' von Aquin und der 200. Geburtstag Kants. Mit außerordentlicher Feierlichkeit wurde der Kongress eröffnet, dessen Teilnehmer aus der ganzen Welt zusammengeströmt waren. Im Theater San Carlo fand die Feier zur Erinnerung an die Gründung statt. Der Unterrichtsminister Gentile hielt die Gedenkrede auf den Hohenstaufenkaiser, den Gründer der Universität. Dann folgte die Begrüßung der Delegationen der auswärtigen Hochschulen, die zum Teil in ihrer akademischen Festtracht erschienen waren. Die Begrüßung galt den »Gesandten der brüderlichen und unlöslichen Gemeinschaft aller im Kult der Wissenschaft«. Deutschland war durch eine von der Reichsregierung entsandte Delegation vertreten, an deren Spitze der Geograph Penck stand, und der Hans Driesch und Georg Steindorff aus Leipzig, von Duhn aus Heidelberg, Encke aus Freiburg, Grabmann aus München angehörten. Bei der Festsitzung in der prachtvollen alten Aula überbrachten Vertreter aller Länder die Glückwünsche zur Universitätsfeier. Für die Kantgesellschaft sprach Arthur Liebert; eine gedankentiefe Rede über Kant und Thomas von Aquin. Dessen Gedenkfeier fand in der Kirche San Domenico Maggiore statt, in der er seine Vorlesungen gehalten hatte. Der Rektor der katholischen Universität Mailand, Agostino Gemelli, hielt hier die Festrede. Danach begannen die Fachvorträge, in 10 Sektionen: Metaphysik, Logik und Erkenntnistheorie; Ästhetik; Ethik; Religionsphilosophie; Geschichte und Philosophie der Wissenschaft; Psychologie; Pädagogik; Soziologie; Geschichte der Philosophie. Es sprachen 180 Redner. Aus Deutschland waren es vor allem Max Dessoir, der die Sektion für Ästhetik leitete; er sprach über Sinn und Aufgabe der allgemeinen Kunstwissenschaft; dann Fritz Heinemann, Arthur Hoffmann, Georg Lasson, Karl Müller/Braunschweig/, der über Psychoanalyse und Philosophie sprach, Ferdinand Tönnies, Helmuth von Glasenapp, Hans Driesch, um nur einige Namen zu nennen. Aus Frankreich, das nicht so viel Vertreter entsandt hatte wie Deutschland, sah man den feinsinnigen Emanuel

Leroux aus Rennes und den scharfsinnigen Cartan aus Paris, der über die Relativitätstheorie sprach. Mancher, den man gern gehört hätte, hatte abgesagt. So war der Kardinal Mercier nicht gekommen; seinen angemeldeten Vortrag hatte er zurückgezogen. Auch auf Benedetto Croce mußte man verzichten. Der allgemeine Eindruck, den der Berichterstatter empfindet, der sich bei strahlender Maisonnette und dementsprechender Temperatur um die Erkenntnis der philosophischen Weltlage bemühte, war der, daß überall rings um Deutschland regstes philosophisches Leben herrscht, das ganz andere Bahnen geht als der Positivismus. Der Drang und die Kraft zur metaphysischen Spekulation ist vielfach stärker und glücklicher als in Deutschland. Dessen 10jährige Isolierung und Abgeschlossenheit von der internationalen Produktion wurde auf diesem Kongreß deutlich. Andererseits bemerkte man aber auch bei den anderen, wie nachteilig die Vernachlässigung der deutschen Philosophie sich offenbaren kann, und wohl jeder nahm von Neapel die Erkenntnis mit, daß die Völker nur in friedlichem Zusammenarbeiten die philosophische Forschung fördern können. Kein Mißklang störte diese Zusammenkunft der Völker, einträchtiger Wille verband alle, die dort waren.

Kurze Chronik Die Philosophische Fakultät der Berliner Universität stellt für das neue akademische Jahr die folgende *Preisauflage*: »Die Beziehungen Fichtes zu Friedrich Heinrich Jacobi und seiner Philosophie sollen untersucht werden.« Das Thema der Preisauflage der Universität Jena lautet: »Die grundsätzliche Bedeutung des deutschen Idealismus für die Probleme der Bildung und Erziehung.« \diamond Für den Ausbau der *Philosophischen Akademie* auf dem Burgberg in Erlangen, einer Stiftung des Fabrikanten Rolf Hoffmann an die Kantgesellschaft, hat Walter Gropius, der Leiter des Staatlichen Bauhauses in Weimar, die Pläne angefertigt. 10 Staaten sollen je 4 Wohnappartements zur Besetzung erhalten. Jede Wohnung enthält eine umfangreiche Bibliothek. \diamond Der außerordentliche Professor an der Berliner Universität *Hans Hamburger* ist zum Ordinarius der Mathematik an der Universität Köln ernannt worden. \diamond Alfred Baeumler *habilitierte* sich an der Technischen Hochschule in Dresden für das Fach der Philosophie in ihren systematischen Disziplinen.

Literatur Die problemreiche Situation der gegenwärtigen Philosophie, die Mannigfaltigkeit der Schulen und Richtungen und schließlich die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen den Charakter der philosophischen Lehrbuchliteratur. Auch die Verfeinerung der Unterrichtsmethode in der Philosophie prägt sich in der Gestaltung der hierhergehörigen Bücher vielfach aus. Dem Bedürfnis nach möglichst praktischer Zusammenstellung der philosophischen Literatur verdanken die *Quellenhandbücher der Philosophie*, die beim Panverlag Rolf Heise in Berlin unter Mitwirkung der Kantgesellschaft von Arthur Liebert herausgegeben werden, ihr Dasein. Jeder Disziplin ist ein besonderer Band gewidmet. Nach einer Einleitung, die die systematische und historische Entwicklung des betreffenden Gebiets darstellt, folgen die Originaltexte der Philosophen in Auswahl. Den Beschluß macht eine alles Wesentliche enthaltende Bibliographie. Der Herausgeber Liebert hat selbst das Bändchen über Ethik bearbeitet, das von Platon bis zu Nietzsche und Natorp die Philosophen zu Wort kommen läßt. Emil Utitz hat die Zusammenstellung zur Ästhetik gemacht. Werner Sombart zeichnet als Verfasser der Quellensammlung zur Soziologie, Theodor Ziehen für die Psychologie, Georg Wobbermin für die Religionsphilosophie, Kurt Sternberg für die Staatsphilosophie. Man muß den Bänden die außerordentlich geschickte Auswahl und Zusammenstellung nachrühmen, die diese Quellensammlung zu einem wertvollen Hilfsmittel bei Seminarübungen oder Volkshochschulkursen machen. \diamond In der Philosophischen Handbibliothek /München, Josef Kösel & Friedrich Pustet/ hat *Max Eitlinger* eine Geschichte der Philosophie von der Romantik bis zur Gegenwart herausgegeben. Eine allgemeine Charakteristik leitet die Betrachtung einer jeden Periode ein, darauf folgt eine kurze biographische Zusammenstellung der in jenem Abschnitt auftretenden Philosophen, und dann folgt die eingehende Darstellung ihrer Lehren, die überall genau referiert werden. Dem katholischen und neuthomistischen Standpunkt des Verfassers entsprechend werden viele Denker behandelt, die sonst leider übergangen werden, wie der recht interessante Martin Deutinger. Besondere Freude empfindet man bei der Lektüre der Darstellung der romantischen Philosophie, weil hier auf viele sonst wenig beachtete Züge aufmerksam gemacht wird.

KUNST

Musik / Erwin Lendvai

Busoni † Wiederum einen Großen hat uns der Tod entrissen.

Am 27. Juli hat Ferruccio Busoni in Berlin sein Leben in *media vita* beschlossen. Uns ließ sein, an Paul Bekker gerichteter Züricher Brief aufhorchen. Eine neue Klassik versprach er uns, deren erste Morgenstrahlen er schon erblickte, wo wir noch immer in der verkrampften Romantik des Expressionismus litten. Zum Fürsprech sollte sein Doktor Faust werden; nun durfte er sein letztes Bühnenwerk nicht mehr erblicken, und sicher sind noch manche seiner Ideen Pläne geblieben.

Busonis Leitstern war Franz Liszt. Unbedingt sind zwischen den beiden großen Anregern des Musikgeschehens viele ähnliche Züge aufzufinden: schnellstes Erfassen des internationalen Zeitgeistes, Menschenliebe eines gütig Aufnehmenden und Verschenkenden sowie eine nahezu grenzenlose manuelle Fähigkeit. Liszts Tat war die Schöpfung der neu-deutschen, neuromantischen Schule, Busoni wandte sich mehr der romanischen Formklarheit eines Bach und Mozart zu und wurde schließlich ein Verneiner der romantischen Subjektivität. So wurde in ihm der Wille zu einer neuzeitlichen Einstellung, die die Linie und nicht die Farbe, das Gewissen und nicht den Rausch zur 1. Instanz hebt.

Busoni wurde am 1. August 1866 in Empoli /Toscana/ geboren. Er war der Sohn eines Klarinettenvirtuosen und einer trefflichen Pianistin und konnte sich schon mit 7 Jahren als Pianist- und Komponistwunderkind der ihm zjubelnden Öffentlichkeit zeigen. Seine pianistische Natur ermöglichte es ihm nun autodidaktisch seine Ausbildung fortzusetzen, wobei ihm die Klavierwerke Liszts als letzte Schulung dienten. Nach mannigfaltigen Stationen (Graz, Italien, Wien, Leipzig) wurde er Ende der achtziger Jahre als Lehrer an das Konservatorium nach Helsingfors verpflichtet. Dort heiratete er die Tochter des finnischen Bildhauers Sjöstrand, die ihm bis zu seinem Tod als treue Gefährtin die Lebenslast, unter der Schaffende unsagbar leiden, mutig mittragen half. Nach kurzer Lehrtätigkeit am Moskauer Konservatorium schlug er sein Domizil in Boston, später in New York auf und wurde nach zahlreichen Tourneen der Liebling der Amerikaner. Doch konnte Amerika Busoni, der nur in geistiger Atmosphäre wirken konnte, kein ständi-

ges Asyl bieten. Von 1894 an nahm Busoni seinen Wohnsitz in Berlin; er verließ diese Stadt nur, um je ein Jahr in Wien und Bologna zuzubringen: enttäuschungsreiche Stationen seines reich bewegten Lebens. Dann haben ihn noch einmal die 4 Kriegsjahre von Berlin entfernt; während dieser Zeit hielt er sich in stiller Zurückgezogenheit in Zürich auf. Hier kam er zu innerer Sammlung und dem Entschluß der atonalen Musik den Abschied zu geben und sich einen neuen Stil zu schaffen. Seit dem Sommer 1919 war er wieder in Berlin, wo man ihm eine Meisterklasse der Akademie für musikalische Komposition anvertraute. Er liebte den bewegten Potsdamer Platz und die darum liegenden Hauptstraßen und die Menschen im Schein der großen Bogenlampen. Wie oft sah ich ihn inmitten der wogenden Masse visionär nach innen schauen. Ihn düsterte nach Leben. Und dieses Leben mußte er so früh verlassen. (Über Busonis Lebensbahn gibt eingehend Auskunft die liebevoll geschriebene Biographie Hugo Leichtentritts /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, auf die hier noch einmal besonders hingewiesen sei.)

Oper In Hans Pfitzners meisterlicher Revision hat jetzt die Opernbühne *Heinrich*

Marschners romantische Oper *Der Vampyr* zurückgewonnen. Der Vampyr gehört zu den bedeutendsten Schöpfungen deutscher Opernmusik; es wäre wünschenswert, daß diese glücklich gelungene Wiedererweckung nicht bloß am Stuttgarter Landestheater sondern an allen deutschen Opernbühnen vor sich ginge. Die Stuttgarter Aufführung war über jedes Lob erhaben; Pfitzner als Dirigent des Werkes leistete Höchstes. In Berlin wartet man seit Jahren auf eine Marschneroper.

In Rostock ist *Richard Wagners* Jugendoper *Das Liebesverbot* unter der Leitung Karl Schmidt-Beldens mit großem Erfolg zum erstenmal aufgeführt worden: ein Akt überflüssiger Pietät. Statt solcher Ausgrabungen sollte man sich endlich mit Energie an Händel, Mozart und die alten Italiener machen.

In mehreren Städten Deutschlands wird an der neuesten Schöpfung *Franz Schrekers* Irrelohe bewiesen, daß Paul Bekker sich gar arg geirrt hat, da er in Schreker Wagners Erben zu finden glaubte. Außer groben Kulisseneffekten, die ihre Wirkung nie verfehlen, bietet der Stoff nichts psychologisch Glaubwürdiges oder künstlerisch Befriedigendes. Kleine Or-

chesterwitze, raffinierte und doch langweilige Orchestereffekte täuschen nicht über Schrekers jähen Niedergang.

Ein heiter-romantisches Bühnenspiel in 4 Aufzügen *Der Taugenichts*, nach Eichendorffs Novelle, von *Georg Haeser* kam in Basel unter der Leitung Gottfried Beckers zu erfolgreicher Uraufführung. In der selben Stadt errang die Oper *Andromeda* des in Richard Wagners heute ziemlich ausgetretenen Fußstapfen wandelnden *Pierre Maurice* einen bedenklichen Publikumerfolg. Das eklektische Werk, ein Sammelsurium nichtssagender Redensarten, wurde mit lyrischem Arioso und geschickter Instrumentation einer unkritischen Hörschicht serviert. Der Kapellmeister Becker, der Regisseur Wälterlin und der Maler Felix Fleischer haben sich an dem Werk verausgabt.

Am 13. April wurde im Freiburger Stadttheater die Oper *Schwanenweiß* von *Julius Weismann*, ein Märchenspiel in 3 Akten nach Strindberg, zum erstenmal aufgeführt. In Rostock ist der Teufelsteg von *Karl Bleyle* zu wohlgelungener Uraufführung gekommen; in Gotha *Otto Wartisch'* phantastische Oper *Cagliostro*.

Gesangsmethodik

In den zahlreichen neueren Büchern über Gesangsmethodik eröffnet sich ein Gebiet, auf dem die widersprechendsten Anschauungen über die vielen Wege, die nach Rom führen, hie und da mit Glück gezeigt werden. Häufig benutzen Halbwissende auf diesem Gebiet die Tatsachen zu Reklamezwecken, mit dem eindeutigen Ziel leichtgläubige Schüler einzufangen. Die Reihe der Methoden sei mit Franziska Martienssens Buch *Das bewußte Singen* /Leipzig, C. F. Kahnt/ eröffnet. Auf psychologisch-physiologischer Grundlage, auf bewährtem Boden aufbauend, gibt uns die Leipziger Gesangslehrerin eine Darstellung ihrer Methode. Dabei läßt sie sich auf dem heiklen Gebiet von den Vorstellungen leiten, die sie von der »Lockerheit und Spannung des Tones, von den Registern, von der Farbe und Beleuchtung der Töne und den bildhaften Vorstellungen« beim Gesang hat. Sie arbeitet also, wie es sein muß, mit Vorstellungen, weil die feinnuancierte Bewegung der Kehlkopfmuskulatur, die trotz Garcia und Kehlkopfspiegel wissenschaftlich noch nicht einwandfrei ergründet ist, eben nur durch Vorstellungen dirigiert werden muß, wobei selbstverständlich das kultivierte Ohr der geübten Gesanglehrerin zur Kontrolle des Schülers niemals entbehrt werden kann. Und damit kommen wir

gleichzeitig zur Schwäche des Buches: So ernst und wissenschaftlich die Verfasserin das Problem nimmt, so gibt sie doch eben nur ein Buch, und dieses kann und will niemals die Lehrerin ersetzen. Dieser einzige negative Punkt in der Kritik trifft freilich nicht dieses Buch allein sondern mehr oder minder jedes Werk dieser Literatur. Den Mangel einer Totalität fühlt übrigens die Verfasserin selbst, wenn sie schreibt: »Dem Schüler aber kann eine geschriebene Schule keinen Ersatz für lebendigen Unterricht geben.« Mithin taucht die Frage auf: Wem soll das Werk dienen? Jeder Gesangslehrer und jeder fertige Sänger wird das Buch mit Nutzen lesen, keinesfalls darf es aber einem Schüler am Anfang des Studiums in die Hand gegeben werden; es verleitet zu leicht zu Mißverständnissen und aus ihnen heraus zu Fehlern, die am allerwenigsten von der Verfasserin beabsichtigt wurden. Es werden im Verlauf unserer Untersuchungen nicht viele ähnlich ernst zu nehmende Bücher über Gesangskunst zu besprechen sein.

Radiomusik

Einen Schritt näher zu Dürrers Melancholie: Um ein enträtseltes Wunder sind wir ärmer geworden. Und dennoch: Ungeahnte geistige Schätze für das Volk harren ihrer Verwendung und Verwertung. Die Musik, die durch Runkfunktender ins Haus dringt, wird in Kreise getragen, die bislang der guten Musik fernstanden. Vom größten Segen ist die Einrichtung für die stadtferne Landbevölkerung, die jetzt die Gaben unserer großen Meister anhören und damit ihr naturbedingtes materielles Leben durch Geist verschönern, vertiefen kann. Daraus erwachsen aber auch dem Radiofunksender schwere Aufgaben; er hat nun dem Volk gute Musik zu bieten. Wenn man bedenkt, daß der Musikalienhandel in Deutschland 82 % Schundware absetzt, so kann man erimmen, wie schwer der Übergang von der seichten Ware zur ersten Kunst ist. Niemals sollte der Rundfunktender den Massen Konzessionen machen, wenn auch im Anfang ein zu jäher Übergang vom lieben Gewohnten zum Ungewohnten, "zu Hohen", wohl von Nachteil wäre. Wie diese Frage am besten beantwortet werden kann, zeigt der Hamburger Sender, der nach ganz kurzer Übergangszeit seinen Hörern jetzt allabendlich Werke von Rang bietet. Es wird immerhin noch dauern, bis das "Publikum" von der Operette und ihren Begleiterscheinungen auf die klassisch-romantische Kunst hinübergeleitet wird.

Aber gerade in dieser Erziehung liegt die edle Aufgabe des Radios. Von unschätzbarem Vorteil ist der Fortfall des leidigen Personenkults, an dem unser Konzertleben seit der Ära der Virtuosen des 19. Jahrhunderts krankt; man hört jetzt Sänger und Instrumentalisten im Dienst der Kunst und nicht um ihrer selbst willen. Eine Schädigung des öffentlichen Musiklebens durch das Radio ist nicht zu befürchten. Die feierlichen Momente des Konzert- oder Opernbeginns, ja schon das Imponderabile der Lust sich dorthin zu begeben sind durch das Radio nicht ersetzbar. Aber man kann sich wohl denken, daß man durch ständiges Hören der Rundfunkmusik die Konzerte besser vorbereitet besucht, und dadurch der seelische Gewinn und der Genuß daran gefördert wird. Auch die Familie gewinnt ihre alte Konzentration wieder, weil Zerstreuungen außer dem Haus gemieden werden (Café, Kino, Tanzsalon), was namentlich für die Großstadtwelt von Gewinn sein wird.

Noch haften dem Radio gewisse akustische Mängel an, die beim Sprechen kaum, hingegen bei der Vokalmusik mehr oder minder deutlich in Erscheinung treten. Bei den hohen Lagen der Frauenstimmen gibt die Membran des Senders zu leicht Kreischöne wieder; auch der Klavierklang klingt etwas blechern, während Violine, Flöte, Klarinette und Horn in unveränderter Klangfarbe aufgenommen werden. Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient die Hörperspektive. Der Membran nahe erklingende Stimmen sind nicht durchweg als primäre Melosvermittler zu verwenden. Vom Podium oder der Bühne und dem Orchesterraum strömt uns ein ausgeglichener Gesamtklang entgegen. Beim Radiosender wäre sozusagen eine Regie der Abdämpfung empfehlenswert. Doch das sind alles Anfangsmängel, die mit der Zeit nach sorgfältigen Versuchen abgestellt werden können. Alles in allem haben wir hier ein schnell erschlossenes Neuland des Musiklebens vor uns, auf dessen Früchte man gespannt sein kann.

Totenliste

Ende März starb *Sir Charles Villiers Stanford*, einer der wenigen guten Musiker Englands, in seinem 72. Lebensjahr. Er hat sich als Dirigent, als Hochschullehrer, vor allem aber als Komponist betätigt. Eine seiner Opern ist sogar in Hamburg aufgeführt worden. In Rotterdam starb der holländische Komponist und Musikpädagoge *Theodor*

H. H. Verhey, 76 Jahre alt. Er trat mit Opern sowie mit Kammermusik, Liedern und Klavierstücken hervor.

Der französische Komponist *Théodore Dubois* ist in der 1. Hälfte des Juni, im Alter von fast 80 Jahren, gestorben. Dubois hat Orchester- und Chorwerke und eine Reihe Opern komponiert.

Der Kapellmeister *Carl Besl*, der lange Jahre an der Berliner Staatsoper wirkte, ist am 29. April gestorben.

Am 18. April starb in Eisleben *Carl Eitz*, 76 Jahre alt. Sein Tod wird die Freunde und die Gegner seiner Tonwortmethode nochmals auf den Plan rufen. Eitz hat dem Volksschulkind, das kein Instrument kennt, in einer geradezu verblüffenden Art Verständnis für die Notenschrift und somit die Fähigkeit beigebracht vom Blatt zu singen. Die Eitzsche Methode in allen Schulen Deutschlands einzuführen wäre deshalb ein verdienstliches Werk.

Am 12. Mai starb der weltbekannte Musikwissenschaftler *Hermann Kretzschmar* in Berlin, nach langem schweren Leiden. Kretzschmar wurde am 19. Januar 1848 zu Olbernhau im sächsischen Erzgebirge geboren. Den ersten Musikunterricht erhielt er von seinem Vater, der Kantor und Organist war. Er studierte in Leipzig und erlangte 1871 den Doktorgrad auf Grund einer lateinisch abgefaßten Arbeit über die Notenschriftzeichen vor Guido von Arezzo. Sodann leitete er in Leipzig größere Chorvereine, kam nach Metz ans Opernhaus und wurde 1877 Universitätsmusikdirektor zu Rostock, von 1880 an auch Städtischer Musikdirektor. Seit 1887 wirkte er an der Leipziger Universität und dirigierte daneben den Chorverein Paulus und den Riedelverein. 1890 rief er die Akademischen Orchesterkonzerte ins Leben, die bis 1895 bestanden. Von 1904 ab war Kretzschmar ordentlicher Professor an der Berliner Universität. 1909 wurde er an Joachims Stelle zum Direktor der Hochschule für Musik berufen, mußte dieses Amt aber krankheitshalber einem Unberufenen überlassen. Kretzschmar erwarb sich große Verdienste durch seinen Führer durch den Konzertsaal, der schnell beliebt wurde. Über seine Geschichte der Oper ist in dieser Rundschau (1921 II Seite 925 f.) berichtet worden. Wertvolle Aufsätze Kretzschmars findet man in dem Musikalischen Wochenblatt, in der Vierteljahrsschrift für Musikwissenschaft und in den Petersjahrbüchern. Eine Geschichte des Deutschen Liedes, deren 1. Band 1912 erschien, ist leider nicht vollendet worden.

Der Wiener Orgelvirtuose *Josef Labor* starb Anfang Juni an den Folgen einer Grippe, 82 Jahre alt. In seiner Kindheit wurde er blind, blieb es sein ganzes Leben. Er besuchte das Wiener Konservatorium und trat im Jahr 1863 zum erstenmal als Pianist auf. Zahlreich sind seine Kompositionen, besonders Kammermusik. Daneben fand er jedoch noch Zeit junge Musiker, vor allem blinde, zu fördern. Zu seinen sehenden Schülern gehörte unter anderen Julius Bittner, der Komponist des Hölisch Gold, zu seinen blinden der schon verstorbene Storck. Für den 19jährigen Arnold Schönberg, der damals noch ohne jede musikalische Vorbildung war, hat er sich sofort nach Anhören des 1. Satzes eines Streichquartetts eingesetzt. Seine musikpädagogische Tätigkeit übte Labor fast bis zu seinem Tod aus, und zwar bei Unbemittelten stets unentgeltlich. In Leipzig starb der Studiendirektor des Staatlichen Konservatoriums *Stephan Krehl* in seinem 59. Lebensjahr. Er war, bevor er nach Leipzig ging, Lehrer für Klavier und Theorie am Konservatorium in Karlsruhe. Als Komponist ist er mit Kammermusik und Liedern hervorgetreten. Stärkere Beachtung fand er aber mit seinen theoretischen Arbeiten, seiner Praktischen Formenlehre, seinem Kontrapunkt und der zugehörigen Aufgabensammlung sowie seiner großangelegten Kompositionslehre.

In Brüssel starb im August der Begründer des Museums für Musikinstrumente *Victor Mahillon*. Das Museum ist in ungünstigen Räumen untergebracht; trotzdem zählt der Katalog 5 volle Bände.

Ende August starb in Brixen in Tirol der Chormeister und Musikdirektor der Kathedrale, der Kirchenkomponist *Ignaz Mitterer*, 72 Jahre alt. Er gehörte zu den besonderen Pflegern des Palestrinastils; er hat Palestrinas berühmte *Missa papae Marcelli* für 4 Stimmen bearbeitet. Er schuf auch eine Praktische Chorschule und ein *Vademecum* für Harmoniumspieler. Von 1882 bis 1885 war er Domkapellmeister in Regensburg.

Kurze Chronik Das Berliner Kaiser Friedrich-Museum besitzt eine Tontafel aus Assur, die etwa 800 vor Christus mit kleinen Keilschriftzeichen bedeckt wurde. Einen Teil dieser Zeichen konnte man entziffern; sie handeln von dem uns bereits bekannten Schöpfungsmythus. Dagegen blieb ein anderer Teil seinem Sinn nach unlösbar. Jetzt glaubt Kurt Sachs die Lösung gefunden zu haben. Er will in

den Zeichen eine *babylonische Tonsilbenschrift* erkennen. Das Ganze enthält seiner Meinung nach eine Melodie in einer halbtönenfreien Fünftönenleiter und eine Begleitung dazu auf einer 22saitigen Harfe, wie sie damals in Ägypten und in anderen Mittelmeerländern benutzt wurde. Das Tonsystem ist dem der Chinesen ähnlich. Das deutete dann auf eine Gemeinsamkeit der musikalischen Ausdrucksformen im Mittel- und Fernen Osten. Ist die Hypothese richtig, so hätten wir hier ein kleines Dokument der Tonkunst aus sumerischer Zeit, also etwa 2000 Jahre alt. ◊ Im Sommer fand ein Besuch des Baseler Seminars für Musikwissenschaft bei der Universität Freiburg statt. Bei dieser Gelegenheit wurden dort im Collegium musicum einige *Solokantaten Buxtehudes* aufgeführt, die kürzlich in der Bibliothek zu Upsala aufgefunden worden waren. Seit 200 Jahren hat man sie nicht mehr gehört. Man betrachtete Buxtehude bisher stets als Bachvorläufer, wird aber nach dieser Aufführung von solcher Auffassung abgehen müssen, da die Kantaten von einer ganz eigenen Persönlichkeit zeugen. Der Schweizer Organist Matthei benutzte bei der Aufführung ein Instrument, das der Orgel des Meisters Praetorius nachgebildet war. ◊ Eine *Gemeinde der Händelfestspiele* hat sich gebildet, die hauptsächlich den Zweck verfolgt die seit einigen Jahren bestehenden wunderschönen Händelfestspiele in Göttingen auch für die Zukunft zu sichern. Sie soll sich nach dem Wunsch des Kuratoriums möglichst zu einem Zusammenschluß aller Händelfreunde auswachsen und auf diese Weise eine weitere Vorführung der vielen, jetzt unaufgeführten Händeloperen ermöglichen.

KULTUR

Verkehr / Hartmuth Merleker

New York Die volkreichste Stadt der Erde hat durch ihre städtebauliche Entwicklung und durch ihre natürlich gegebene Lage die besten Vorbedingungen für die Abwicklung ihres innern Verkehrs. Die verantwortlichen Leiter New Yorks dachten in die Zukunft, unbekümmert darum, ob ihnen der Augenblick schon recht gab oder erst die Zeit, die nach ihnen kam. Der Erfolg war, daß in die Anlagen, die New York geschaffen hatte, der Verkehr organisch hineinwuchs, und sich erst in allerletzter Zeit, als die Schnelligkeit des Wachstums menschliche Voraussicht überstieg, Schwierigkeiten ergaben.

New York entstand auf einer Insel, Manhattan, die zunächst in ganz unregelmäßiger Weise, so wie die Einwanderer es aus der europäischen Heimat kannten, besiedelt wurde. Die Straßen liefen ohne System durcheinander. Kaum war man bei der Bebauung über eine gewisse Grenze hinausgegangen, als sich gebieterisch die Form der Insel als richtunggebend für den Straßenplan aufzwang. Die schmale, langgestreckte Insel mit den fast parallelen Kanten forderte eine schachbrettartige Bebauung, und sie erhielt sie auch. Durch diese Anordnung der Wege war auch das Netz der Verkehrslinien vorgezeichnet, die die Stadt durchziehen sollten; es auszuführen, war nur ein weiteres Glied in einer vorbedachten Kette von Gedanken. Aber New York wuchs über die Insel hinaus den Städten entgegen, die es an den Ufern des Hudson und des East River umsäumten. Diesen Orten mußte der Straßenbaugedanke aufgezungen werden, nach dem man in New York handelte. Auch das gelang; alle die großen Orte, die in der Bannmeile New Yorks der Vereinigung mit Manhattan entgegenleben, bauten auf die Struktur und den idealen Verkehrsplan von Manhattan zu. So ergab sich das grandiose einheitliche Netz, das den Nah- und Fern-, den Lokal- und Schnellverkehr Groß New Yorks, eines Wohnplatzes von 10 Millionen Einwohnern, bedient.

New York hat alle Arten von Verkehrsmitteln, die man von großen Wohnsiedelungen kennt. Zunächst entstanden die Straßenbahnen, dann Untergrund- und Hochbahnen, ihnen folgten die Autoomnibusse, daneben laufen auf dem Wasser die Fähren, und an den Rändern sind Eisenbahnen vorhanden. Dem privaten Verkehr dienen Droschken, früher Pferdewagen, heute Automobile, zu denen die Zehntausende von Privatkraftwagen treten.

Die *Straßenbahnen* sind in New York sehr schnell nur zu Zubringern der anderen Verkehrsmittel herabgedrückt worden. Sie fahren in weiten Abständen nur noch durch etwa jede 10. der von West nach Ost verlaufenden Querstraßen der Insel Manhattan und bringen die Fahrgäste zu den senkrecht durch die Avenuen verkehrenden Hoch- und Untergrundbahnen. Nur über den Broadway läuft eine Straßenbahn, außerdem durch ein paar an der Peripherie gelegene Längsstraßen. Den Langstreckenverkehr beherrschen zunächst einmal die *Untergrundbahnen*. Ihre Struktur ist überall die gleiche. Jede Strecke hat 4

Geleise, 2 dienen dem Lokalverkehr und 2 dem Schnellverkehr. Die Schnellverkehrsgeleise liegen zwischen den Lokalgeleisen, manchmal sogar auch noch tiefer in den Granitboden eingelassen. Der Übergang vom Lokal- zum Schnellverkehr geschieht an den Doppelstationen, die etwa an jeder 6. Lokalstation vorgesehen sind, ohne Nachzahlung und Kontrolle. An Untergrundbahnen in Manhattan, die von Ost nach West verlaufen, gibt es nur die Querverbindung vom Zentralbahnhof zum Times Square, die quer durch die Stadt läuft. Die *Hochbahnen* zeigen das gleiche Prinzip in der Gleisanlage wie die Untergrundbahnen. Die *Autoomnibusse* dienen fast sämtlich auch nur dem Transversalverkehr. Die meisten beginnen auf dem Columbus Circle und laufen auf der 5. Avenue entlang, biegen dann etwas ab und enden im Norden am Hudson, am East River und im Stadtteil Bronx; ihre allgemeine Nordsüdrichtung geben sie nirgends auf. Die Verlängerung der Querstraßenbahnen sind die *Fähren*. Sie überqueren den Hudsonfluß und den East River, einen Meeresarm, der Brooklyn und seine Stadtteile von Manhattan trennt. In den politisch oder bevölkerungstechnisch zu New York gehörenden Stadtteilen New Jersey, Newark, Brooklyn, Bronx, Queens und anderen kleineren Orten setzen sich, nur durch das Wasser unterbrochen, Straßenanordnung und Verkehrsrichtung ohne weiteres fort. Die 4 großen Brücken, die Manhattan und Brooklyn verbinden, nehmen Straßenbahn und Hochbahn hinüber und lassen sie in der gleichen Richtung weiter verlaufen.

Die unkomplizierte, rein geographische Gliederung des New Yorker Massenverkehrs erlaubt ein sehr schnelles Zurechtfinden. Erleichtert wird es auch noch durch gute Anschriften an den Wagen selbst. Im Lokal- und Schnellverkehr von Untergrund- und Hochbahn ist Umsteigen jederzeit zulässig. Auch die Querverbindungsbahn zwischen dem West- und dem Oststrang der Untergrundbahn kann man ohne Zuzahlung benutzen. Dagegen besteht kein Umsteigeverkehr zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln; man kann nicht vom Autoomnibus auf die Hochbahn, von der Straßenbahn auf die Untergrundbahn übergehen. Lediglich einige Fähren kann man als Fortsetzung benutzen, sowohl wenn man mit dem Vorortzug ankommt und von Weehawken über den Hudson nach Manhattan will, als auch von Manhattan nach Brooklyn.

Der Normalfahrpreis beträgt bei den 3 elektrischen Fahrzeugen zurzeit 5 Cents; der Omnibus kostet dagegen 10 Cents. Es gibt überall nur eine Wagenklasse. Einheitsfahrpreis und Einheitsklasse erleichtern ungemein das schnelle Platznehmen. Sie sind aber nicht die einzigen Erleichterungen. Es gibt fast gar keine Fahrkarten. Man geht bei Hoch- und Untergrundbahn durch eine Drehkreuzsperre, die man durch den Einwurf eines 5 Cents-Stücks zum Drehen bringt. Ebenso verläßt man auf der Zielstation durch Drehkreuze den Bahnsteig. Auf der Straßenbahn wirft man das Geldstück durch einen Schlitz in einen Glaskasten, dem Schaffner des Omnibus steckt man ein 10 Cents-Stück in eine Art Zange. Alle Apparate zählen selbständig die Frequenz. Auch alle Arten der Fahrgeldentrichtung fördern die Schnelligkeit und Verkehrsdichte.

Niemand besteigt in New York ein Verkehrsmittel, bevor dies zulässig ist. Die Selbstzucht des Publikums wird durch technische Hilfsmittel unterstützt. Die Wagentüren der Hoch- und Untergrundbahn werden entweder alle gleichzeitig vom Führer oder je 2 und 2 vom Schaffner geöffnet. Erst wird ausgestiegen und dann eingestiegen. Die Schließung erfolgt vom Wageninnern aus; die Türen haben Gummikanten, damit sie nicht klemmen, wenn sich noch ein Fahrgast zwischen Tür und Angel befindet. Der Zugführer bekommt erst Strom, wenn alle Türen fest geschlossen sind. Ähnlich liegen die Anordnungen bei der Straßenbahn. Hier wird hinten eingestiegen und vorn beim Führer ausgestiegen. Die Zeitersparnis ist sehr groß. Abfahren kann auch hier der Wagen erst, wenn beide Türen geschlossen sind.

Alle Einrichtungen zeigen deutlich das Bestreben die Durchführung des täglichen Millionenverkehrs sicherzustellen. Seine reibungslose Abwicklung ist auf den Verkehrsmitteln, die eigene Bahnkörper besitzen, nur eine technische Frage. Hoch- und Untergrundbahn begegnen dem Stoßverkehr am Morgen und am Abend, wenn 2 Millionen Bureauangestellte fahren wollen, durch eine ungeheuer dichte Zugfolge. Durch gut arbeitende, automatische Blocksicherungsanlagen erreichen sie Zuabstände von nur 60 Sekunden, auf den Brückenbahnen über den East River sogar von nur 45 Sekunden. Das Publikum weiß sehr gut mit den Bestimmungen und Einrichtungen Bescheid und übt auch eine ganz achtbare Verkehrsdisziplin aus. Auf den Umsteigebahnhöfen sind riesige Rich-

tungsweiser, die dem Sprachkundigen jede Frage ersparen. Ein Suchen nach bestimmten Abteilen entfällt bei der absoluten Gleichheit.

Schwieriger ist die Ordnung im Straßenverkehr zu erreichen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man feststellt, daß an jeder Blockecke ein Verkehrspolizist steht. Nach Norden zu, also etwa jenseits des Zentralparks, wo der Verkehr stark abnimmt, ist das nicht mehr der Fall, aber im Süden von Manhattan bestimmt. Dieser Verkehrspolizist arbeitet nach folgendem Muster. Er läßt zunächst einmal eine Minute, lang alle Wagen in der Richtung der Avenue, also der Längsstraße durchfahren und hemmt den Verkehr, der durch die Street, die Querstraße, will; nach einer Minute wechselt er seinen Standort, nimmt Front gegen die Street und läßt hier die Gefahr'e passieren und die Wagen in der Avenue sich stauen. Diese Art der Verkehrswebung ist allen Chauffeuren so bekannt, daß Fehler oder Verstöße gegen die Anordnungen praktisch nicht vorkommen. Die Fußgänger wissen, daß sich dieser Wechsel der Fahrtrichtung an den Blockecken abspielt, und bevorzugen daher zum Übergang diese Stellen. Die Dichte der Wagen ist enorm; zu 4 und 6 nebeneinander und zu Dutzenden hintereinander kommen ganze Wolken von Automobilen angefahren. Die Chauffeure fahren sehr sicher, sie sitzen meist links, haben ausgezeichnete Fußtrittbremsen, die automatisches Halten gestatten, und kommen fast ganz ohne Hupensignale aus, da sie niemand zu warnen haben, weil jeder alles richtig und von selbst macht. In einigen Längsstraßen, so der 5. Avenue und der Park Avenue, auch schon dem Broadway und der 42. Straße hat man an Stelle der Verkehrspolizisten Türme aufstellen müssen, in denen mit Lichtsignalen gearbeitet wird.

Dieser stoßweise sich vollziehende Verkehr ist natürlich im Effekt durchaus kein Schnellverkehr mehr; deshalb fahren die, die Eile haben, auch nicht Automobil sondern Untergrundbahn. Um auch in den Straßen wieder Schnellverkehr zu erhalten, hat man ein Projekt ausgearbeitet, das nicht sehr weit von der Ausführung ist. Man will unter allen Avenues unterirdische Straßen anlegen, auf denen sich der wirklich durchgehende Längsverkehr abspielen soll. Die Kosten für den Bau dieser Straßen belaufen sich auf 190 Millionen Dollars. Der Schaden, den die Automobilbesitzer durch das langsame Fahren und das Warten erleiden, beträgt aber mehr als diese 190

Millionen; es kann also nicht mehr sehr lange dauern, bis die nüchternen Rechner diesen Verlust abstellen.

Die New Yorker Verkehrseinheit hat als einen ihrer Grundpfeiler die Homogenität der Wagen; es gibt mit verschwindenden Ausnahmen nur Automobile. In Berlin sind die Pferdewagen noch zu zahlreich, ihre von den Kraftwagen allzu verschiedene Geschwindigkeit benachteiligt beide: Die Kutscher suchen einen Ausgleich dadurch, daß sie sich noch weniger als die Chauffeure um die Verkehrsvorschriften kümmern. Gerade diese zu erziehen sollte die erste Aufgabe der Verkehrspolizei sein, bevor sie mit technischen Neuerungen kommt. Hinzu kommt dann noch, daß in New York die Verkehrspolizei kein Anhängsel der Sicherheitspolizei ist sondern völlig selbständig ist. Der Verkehrspolizist wird von Einheimischen auch nicht mit Dingen behelligt, die ihn nichts angehen, wie bei uns. Er kümmert sich eben nur um den Verkehr und gar nicht um spielende Kinder oder rote Fahnen.

Eisenbahnwesen Die Kruppwerke stellten vor einiger Zeit die erste deutsche *Turbinenlokomotive* fertig, die noch erprobt wird. Die Kohlenersparnis soll gegenüber der Dampflokomotive 20 % betragen.

Die Oestrazentralbahn in Schweden erhielt 2 deutsche *Benzoltriebwagen* von Büßing in Braunschweig, die über 60 Kilometer Geschwindigkeit auf der Probefahrt erreichten.

Die Linke-Hoffmann-Werke, die im Wettbewerb mit amerikanischen Fabriken vor einem Jahr den Auftrag auf 47 *Pullmannwagen* für die chilenischen Startbahnen erhielten, lieferten kürzlich diese 22,5 Meter langen Wagen nach einer Probefahrt in Deutschland an die Auftraggeber ab. Die Erprobung erfolgte auf deutschen Drehgestellen, der Umbau auf chilenische Spur erfolgt im Bestimmungsland.

Die Liquidation des Ruhrkampfes und der Londoner Pakt haben die Abschließung des *besetzten Gebiets* vom übrigen Reich bereits stark gemildert. Der Regiebetrieb wird eingestellt. Der gesamte Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet geht ohne die vielen Schwierigkeiten vor sich, die über ein Jahr lang den Verkehr behinderten.

Die deutschen Mitglieder des Verwaltungsrats der neuen *Reichsbahngesellschaft* sind Arnhold, von Batocki, Bergmann, Blum, Buck, Fischer, von Hertel, Klöckner, von Miller, Münchmeyer, Ott,

Sarre, von Siemens, Stieler, die ausländischen Jadot /Belgien/, Margot /Frankreich/, Acworth. /Großbritannien/ und Bianchini /Italien/.

Großrumänien ist zurzeit damit beschäftigt das gesamte Eisenbahnnetz in den neuerworbenen Gebieten *Siebenbürgens* von der Adria nach dem Schwarzen Meer umzuorganisieren. Gleichzeitig wird aber das Netz entstaatlicht, was schon vor 3 Jahren, kurz nach dem Kriegsende, von der Industrie dort lebhaft angestrebt wurde.

Der durch den Krieg geschaffene selbständige Staat Hedschas plant die Verlängerung der *Hedschasbahn* nach Sana, kurz vor Aden, und die Erbauung zweier Bahnen quer durch Arabien von Kairo nach Koweit und von Mekka nach den Bahreininseln im Persischen Golf. Ob diese Bahnen, die durch völlig unbewohnte Gegenden gehen würden, gebaut werden, hängt von der Unterstützung Englands ab, das sie für seine imperialistischen Zwecke benötigt.

Den ungebrochenen Lebenswillen *Japans* nach dem Erdbeben beleuchten auch die großen Verkehrsprojekte dieses Landes. Eine Reihe Dampfbahnen, so die Strecke Tokio-Odawara, werden zurzeit elektrifiziert, gleichzeitig wird das Signalsystem auf Lichtsignale umgestellt.

Die Deutsche Reichsbahn hält mit eiserner, einer bessern Sache würdigen Beharrlichkeit an alten Zöpfen fest. So quält sie die Inhaber von *Zeitkarten* weiter mit dem Bildzwang. Durch die Übertragbarkeit der Zeitkarten kann sie nicht mehr geschädigt werden als die deutsche Wirtschaft durch den Verlust von Arbeitsstunden bei der Besorgung der Bilder und ihrer Ösung. Allein durch die Übertragbarmachung der Zeitkarten würde, wie die Vossische Zeitung ausrechnete, bei der Reichsbahn die Jahresarbeit von 2 Beamten für produktive Arbeit freigemacht.

Auf den Gleisen des Bahnhofs Seddin bei Potsdam veranstaltete die Reichsbahn eine *Ausstellung* von Lokomotiven und Wagen. Darunter befanden sich eine 23 Meter lange Turbinenmaschine sowie neuartige Schlafwagen mit einbettigen Abteilen 2. Klasse.

Die *Katastrophe des Gotthardexpresszuges*, der unter anderen auch der frühere Staatssekretär Helfferich zum Opfer fiel, hat der kleinen Schweiz, die im allgemeinen von großen Verkehrskatastrophen in den letzten Jahren verschont geblieben war, viele Sorgen aufgebürdet. Die Schuld versuchte man daher dort in ihrer großen Auswirkung auf die Gas-

beleuchtung des deutschen Wagens zurückzuführen, der leider, obwohl veraltet, als Ergänzung in dem Unglückszug mitgeführt wurde. Man hat deutscherseits den Anteil an der Schuld durchaus nicht verkleinert, aber die primäre Ursache war zunächst einmal der Zusammenstoß der beiden Züge, der durch das Schweizer Streckenpersonal verursacht wurde, und nicht durch die deutsche Gasbeleuchtung. Ob die Insassen des deutschen Wagens vor dem Verbrennen schon tot waren, ist bei dem Zustand der völlig verkohlten Leichen nicht einwandfrei festzustellen gewesen. Die Aussagen der sehr erregten Geretteten über den verbrannten Wagen sind widersprechend und nicht zur Klärung der Frage zu verwenden. An der Entzündung des Gases trägt auch wesentlichen Schuldanteil der Schweizer Heizwagen, der im Zug mitgeführt und durch den Zusammenstoß auf den deutschen Wagen geschoben wurde.

Postwesen

Noch vor der endgültigen Entscheidung über ihre Zukunft unter den Dawesgesetzen ist es der Reichspost gelungen ihr Defizit zu beseitigen. Die Entwicklung der Post unter der Rentenmark ergibt ein großes und ganzes ein zufriedenes Bild. Man ist sogar an die Ausführung einer ganzen Reihe von Aufgaben gegangen, die in der Inflation nie hätten angefaßt werden können. So soll Berlin ein automatisches Fernsprechnet erhalten, nachdem einige Vororte es bereits für ihren innern Betrieb besitzen. Berlin kommen mit seinem Nachhinken immerhin die Münchener, Leipziger und Hamburger Erfahrungen zugute. Vor kurzem ist eine wichtige, lange geforderte Entscheidung gefallen: Die Gesprächsgebühr ist, und zwar nur für die Vielsprecher, herabgesetzt worden, umständlich wie eine Behörde im Gegensatz zum Kaufmann ist, nach einem Staffeltarif. Immerhin ist damit Bresche in die noch sehr hohen Gebühren der Post überhaupt gelegt. Weitere Herabsetzungen werden folgen, einmal als Folge der Beschlüsse des letzten Weltpostvereinskongresses in Stockholm, und dann, wenn die Reichspost ganz selbständig zur Arbeit im Rahmen des Reparationsplans eingespannt ist. Dem werden sich auch die Sachverständigen nicht verschließen, daß gerade bei der Post nur großer Umsatz ständigen, steigenden Nutzen bringen kann. Der Weltpostkongreß brachte einen bemerkenswerten Sieg der deutschen Vertreter in der Frage des For-

mats der Postkarte im Weltverkehr. Deutschland hatte gute Erfahrungen mit der großen Postkarte gemacht, und auf seinen beharrlichen Antrag wird dieses Format mit einigen Änderungen am 1. Oktober 1925 eingeführt.

Der Ausbau des Fernkabelnetzes auf dem Land macht große Fortschritte. In den letzten 3 Jahren wurden 3000 Kilometer gelegt; kaum ein Land des Weltpostvereins verschließt sich den Vorzügen dieser Technik, die den Fernspreverkehr unabhängig macht von den Wetterkatastrophen, die regelmäßig jedes Jahr die oberirdischen Leitungen heimsuchen. Nur politische Gründe drosselten bisher die Entwicklung in Europa. Auch hier verspricht die Wendung der europäischen Politik zur kontinentalen Zusammenfassung eine Epoche raschen Fortschreitens. Im Seekabelbau ist das bedeutendste Ereignis die Wiederauslegung einer direkten Verbindung zwischen Deutschland und Amerika, die durch den Krieg verloren ging. Amerika hat überhaupt das Bestreben mit den großen europäischen Ländern direkte Kabelverbindungen zu besitzen, so wird zurzeit ein Kabel Rom-New York erörtert. Im Zeitalter der drahtlosen Verbindung gehört zu solchen kostspieligen Unternehmungen immerhin einiger Mut. Aber für den Massenverkehr hat auch das Kabel noch seine Bedeutung. Denn auch Nord- und Südamerika verbinden sich mit neuen Kabeln, die mehr und mehr, an Stelle von kurzen Telegrammen, zur Beförderung von abgekürzten Briefen benutzt werden.

Kurze Chronik Die völlige Entspannung im besetzten Gebiet hat einen ungewöhnlich guten Einfluß auf die deutsche *Kohlenversorgung* ausgeübt. Deutschland ist zurzeit so ausreichend mit Brennstoff versorgt, daß sich Einfuhren aus dem Ausland vollkommen erübrigen. Zum Beispiel lagert für die Elektrizitätswerke Berlins Kohle für mehr als einen Monat; ähnlich sind Reichsbahn und andere Unternehmungen versorgt. Auch die Freigabe der Kohlenversorgung der Privaten hat dazu geführt, daß sich die meisten nach Maßgabe ihres Einkommens und Vermögens in den Sommermonaten mit Hausbrand für den Winter eindecken konnten. \diamond Das *Bayernwerk*, das über Bayerns Grenzen hinaus ganze Flächen Süddeutschlands mit Strom versorgt und Strom von anderen Stellen verteilt, ist fertiggestellt und dem Verkehr übergeben worden. \diamond Die Erschütterungen, die der Verkehr in der *Londoner City* hervorruft, haben die

Verwaltung der Stadt veranlaßt die Waterloo-Brücke zu sperren, da sie vom Zusammenbruch bedroht ist. Die Westminster-Brücke ist von diesem Schicksal nicht mehr weit entfernt, da hier besonders die auf Treibsand errichteten Gebäude der Nachbarschaft ihre starken Schwankungen auf die Brücke übertragen. Den gleichen Erschütterungen ist die Sankt Pauls Kathedrale ausgesetzt. ◊ In Manchester hat man die Zufahrtsstraße zu einer der größten Gummifabriken mit *Kautschuk gepflastert*. Es wurden 5 Zentimeter dicke und 270 Kilo schwere Platten benutzt, die mit eingegossenen Stahlstäben verstärkt wurden. Sie heben sich vom Untergrund auch im Betrieb nicht ab und verschieben sich kaum. Angeblich sind die in der kurzen Zeit gemachten Erfahrungen bereits besser als die mit Holzstöckelpflasterung. ◊ Versuchsweise läßt die Rheinische Bahngesellschaft auf ihrer *Rheinuferlinie* einen Aussichts- und Speisewagen verkehren, in dem 32 Personen sitzen können. Die Fahrzeit auf der Strecke beträgt nur 50 Minuten. Es ist daher fraglich, ob sich hier ein Nutzen herauswirtschaften läßt. An sich ist die Idee gut. ◊ Die Londoner Straßenbahn hat so schlechte Erfahrungen mit den *Anhängewagen* gemacht, die die Fahrzeit durch langen Aufenthalt an den Haltestellen ausdehnten, daß sie sie kurzerhand ganz abschaffte und als Ersatz die Wagenfolge verdichtete. ◊ Die *Technische Nothilfe*, die im September 1919 entstand, hat seit ihrer Gründung etwa 80 000 Nothelfer und Nothelferinnen an rund 3100 Stellen eingesetzt und fast 5 Millionen Arbeitsstunden geleistet. Die von ihr sichergestellten Werte und geretteten Betriebe stellen einen in die Hunderte von Goldmillionen gehenden Wert dar. Die Technische Nothilfe, die die nötigen Geldmittel aus dem Etat des Ministeriums des Innern erhält, ist eine Einrichtung, der die Allgemeinheit mit gemischten Gefühlen gegenübersteht. Ihre Leistungen sind nicht zu leugnen; trotzdem hat sie sich, die aus den Truppen zweifelhafter Freikorps entstanden ist, noch nicht ganz von dieser Vergangenheit freimachen können. Allerdings schreitet ihre Entmilitarisierung fort, und heute schon sitzen in ihr zur Kontrolle Vertreter der 3 Arbeiterspitzenorganisationen. Wohl gibt es sehr viele Arbeiter in ihren Reihen, aber ihr Ton ist noch sehr stark militärisch. Das Vertrauen auch der Arbeiter kann sich die Nothilfe nur durch völlige Abkehr von überlebten Formen erwerben.

EINZELNES

Notizen

Pharisäertum In seiner Studie über die Pharisäer (in diesem Band Seite 568 ff.) zeigt Raphael Seligmann, wie es dazu kam, daß »das Pharisäertum mit Heuchelei in Verbindung gebracht« wurde, daß infolge einer durch nichts begründeten Insinuation »die Gleichung Pharisäer = Heuchler zu einem Gemeinplatz in fast allen Literaturen des Abendlandes geworden ist, und daß diese Identifizierung auch in der alltäglichen Sprache, mindestens der "Gebildeten", wiederkehrt«. Historische Unwahrheiten, die noch dazu lebendigen Gegenwartseinfluß haben, müssen ausgerottet werden. Die Sozialistischen Monatshefte haben daher jenen konventionell schlimmen Gebrauch des Wortes Pharisäertum niemals zugelassen. Aber gerade im selben Heft, das den Artikel über die Pharisäer enthält, wird, nur wenige Seiten vorher, in dem Artikel Frankreich nach diesen 10 Jahren, vom »üblichen pazifistischen Pharisäertum« gesprochen, wird also jener verwerfliche Ausdruck scheinbar unbedenklich gebraucht. Wie ist das zu erklären? Daß dieses Wort sich in den Artikel eingeschlichen hatte, war schon gleich, als das Manuskript vorlag, von der Redaktion bemerkt worden. Selbstverständlich sollte es entfernt und durch eine zutreffende Wendung (Selbstgerechtigkeit) ersetzt werden. Der Verfasser des Artikels, der auch längst wußte, was es mit den Pharisäern in Wahrheit für eine Bewandnis hatte, konnte sich, als die Redaktion ihn auf dieses sein Versehen aufmerksam machte, gar nicht denken, daß er es überhaupt begangen hatte; so fern hatte es ihm innerlich gelegen. Und trotzdem gelang es diesem Wort sich durch das druckfertig gemachte Manuskript sowie alle Korrekturen, Revisionen und Superrevisionen (deren es in den Sozialistischen Monatsheften eine große Anzahl gibt!) hindurchzuwinden und in dem Heft stehen zu bleiben. Das lesende Auge, an das Bild dieses Wortes gewöhnt, war immer wieder darüber hinweggeglitten. Dieser Triumph einer fast 2000jährigen Unwahrheit läßt uns so recht fühlen, wie wir gegen die Lüge doch noch gar nicht aufkommen. Glauben wir sie vertrieben, so kehrt sie als gedankenlos geduldete Phrase wieder. Wir werden es schon viel genauer nehmen müssen, wenn wir etwas Nennenswertes gegen sie aussprechen wollen.

Die Redaktion